

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wertejahr 1,20 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Post.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Gleiche Wehrpflicht.

Die beiden von der sozialdemokratischen Reichstags-
Fraktion zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes
über Aenderung der Wehrpflicht eingebrachten Anträge haben
die gemeinsame Tendenz, die gesetzlich bestehende allgemeine
Wehrpflicht nunmehr auch zu einer gleichen Wehr-

pflicht zu machen. Der eine will mit einer ungerech-
fertigten Belastung gewisser Kategorien von Dienstpflichtigen,
der andere mit einer ungerechten Bevorzugung der wohl-
habenden Schichten der Bevölkerung aufträmen. Deshalb soll
einmal die bisherige drei jährige Dienstpflicht der berittenen
Truppen hinfür auf nur zwei Jahre beschränkt, und andermal
die Einrichtung des Einjährigen ganz aufgehoben werden.

Es versteht sich von selbst, daß diese beiden Anträge keine
Abweichung von unserer prinzipiellen Haltung in der Wehr-
frage sind, die durch folgende Worte im dritten Absatz der
Forderungen unseres Programms festgelegt ist: „Erziehung
zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der
stehenden Heere“. Sie gehören vielmehr zu jenen Vorschlägen,
durch die sich die Sozialdemokratie um die Verbesserung be-
stehender Zustände müht.

Der zweite unserer Anträge — Abschaffung des Ein-
jährigenprivilegs — ist bereits in der Budgetkommission des
Reichstages besprochen worden und hat dort zu sehr bemerkens-
werten Auslassungen der bürgerlichen Abgeordneten und der
Heeresverwaltung geführt. Wurde er schließlich auch mit
großer Mehrheit abgelehnt — nur der Abg. Liebermann von
Sonnenberg stimmte ihm bedingt, der Demokrat Storz un-
bedingt zu —, so bestritt doch kein einziger seiner Gegner seine
prinzipielle Berechtigung, nur fand man die Frage noch nicht
„spruchreif“. Merkwürdig, wie lange die Privilegien der
herrschenden Klassen brauchen, bis ihre Abschaffung „spruch-
reif“ wird. Seit ihrem Bestehen ist die Sozialdemokratie im
Kampfe gegen den Militarismus nicht müde geworden, seine
Klassenden Schäden aufzuzeigen, und dennoch klagt man über
die „Mißlichkeit“, mit der wir unsere Reformvorschläge ein-
bringen!

Das Privilegium des einjährigen Dienstes ist ohne jede
Frage ein Privilegium des Besitzes. Im Jahre 1813, in
der Not des Befreiungskrieges geschaffen, sollte es die bisher
von der militärischen Dienstpflicht befreiten und (oder weil)
wohlhabenden Schichten der Bevölkerung mit dem Gedanken
der allgemeinen Wehrpflicht ausfüllen. Die beiden von
Scharnhorst angeregten Aenderungen der bisherigen Wehr-
verfassung (vom 3. und 9. Februar 1813) betrafen die Er-
richtung von „Detachements freiwilliger Jäger“ und die „Auf-
hebung der bisherigen Exemption (Ausnahme) von der Kantons-
pflichtigkeit für die Dauer des Krieges“. Alle siebzehn bis
vierundzwanzigjährigen jungen Männer aus „denjenigen
Klassen der Staatsbürger, welche bisher vom Dienste befreit
und wohlhabend genug sind, um sich selbst bekleden und be-
reiten machen zu können“, durften sich als Freiwillige melden
und ihren Truppenteil wählen; sie sollten nach zum inneren
Dienst in Garnisonen und zum Nachdienst herangezogen
werden, sondern nur den Dienst der leichten Truppen leisten.
Die Scharnhorstschen Reformen wurden von dem reaktionären
Friedrich Wilhelm III. sofort nach Beendigung des Krieges
durch Kabinettsorder vom 27. Mai 1814 wieder aufgehoben,
feierten aber dank den energischen Bemühungen Bovens in
dem Gesetze über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom
3. September 1814 ihre Auferstehung — mit dem Grundsatz
aber auch zugleich die Ausnahme! Der § 1 des Gesetzes be-
stimmte: „Jeder Eingeborene, sobald er das zwanzigste Jahr
vollendet hat, ist zur Verteidigung des Vaterlandes ver-
pflichtet“; im § 6 hieß es weiter, daß „die Mannschaft des
stehenden Heeres die drei ersten Jahre sich durchgängig
bei ihren Fahnen befinden soll“. Aber dann kommt sofort
der Privilegienparagraf 7: „Junge Leute aus den gebildeten
Ständen, die sich selbst kleiden und bewaffnen können, sollen
die Erlaubnis bekommen, sich in die Jäger- und Schützenkorps
aufzunehmen zu lassen. Nach einer einjährigen Dienstzeit
können sie zur Fortsetzung ihres Berufes auf ihr Verlangen
beurlaubt werden. Nach den abgelaufenen drei Dienstjahren
treten sie in die Landwehr des ersten Aufgebots, wo sie nach
Möglichkeit ihrer Fähigkeiten und Verhältnisse die ersten An-
sprüche auf die Offiziersstellen haben sollen.“ Aus dieser Vor-
schrift ist die heutige Form der Privilegierung hervorgegangen,
die wir im § 11 des Gesetzes betreffend die Verpflichtung zum
Kriegsdienste vom 9. November 1867 finden: „Junge Leute
von Bildung, welche sich während ihrer Dienstzeit selbst be-
kleiden, ausrüsten und versorgen, und welche die gewonnenen
Kenntnisse in dem vorjährsmäßigen Umfange dargelegt
haben, werden schon nach einer einjährigen Dienstzeit
im stehenden Heere — vom Tage des Dienstesintrittes an ge-
rechnet — zur Reserve beurlaubt. Sie können nach Maßgabe
ihrer Fähigkeiten und Leistungen zu Offiziersstellen der
Reserve und Landwehr vorgeschlagen werden.“ Die Vor-
schriften über den Umfang und die Art der zur Erlangung des
Privilegs notwendigen Kenntnisse, das sogenannte Berech-
tigungsverfahren, haben von 1814 bis heute mannigfach gewechselt;
immer aber ist die Bedingung erhalten geblieben, daß der
längere oder kürzere Besuch einer höheren Lehranstalt nach-
gewiesen werden mußte; ausnahmsweise privatim dorgebildete
Bewerber mußten vor einer besonderen Kommission ein Examen

ablegen, bei dem die Anforderungen für die Reife zur Ober-
sekunda eines Gymnasiums usw. zu erfüllen sind. Es liegt
auf der Hand, daß diese private Vorbereitung auf das Examen
in der Regel nicht minder kostspielig ist als der Besuch einer
höheren Schule selbst. Nur Künstler, Schauspieler usw. von
hervorragender Leistung auf Grund amtlich beglaubigter
Zeugnisse können vom Nachweise der wissenschaftlichen Be-
fähigkeit entbunden werden, was verhältnismäßig sehr selten
geschieht.

Es ist nach alledem — auch ganz abgesehen davon, daß
eigene Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung gefordert
wird — unläugbar, daß, wie gesagt, nur ein genügender Besitz
Anwartschaft auf das Einjährigenprivileg gewährt. Dieser
genügt aber auch dazu. Denn abgesehen von einigen Fällen
vollkommen hoffnungsloser Vertrottelung, gelingt es jedem
Sprößling wohlhabender Eltern, sich „das Einjährige“ auf
deutschen Schulen zu erwerben; schlimmstenfalls begibt er sich
in die Kur irgend einer „Prestige“, in der er auf die Prüfungs-
gewohnheiten bestimmter Examinatoren nach allen Regeln der
Kunst abgerichtet wird. Von allen verständigsten Schulmännern
wird das „Berechtigungsverfahren“ geradezu als ein Uebel
empfunden; auf den Gymnasien und den ihnen gleichgestellten
Anstalten gehören diejenigen Schüler, die lediglich das Ein-
jährige zu erlangen trachten, zu den schwierigsten Elementen,
bilden oft geradezu ein Bleigewicht, das auf Kosten der Aus-
bildung Weiterstrebender mühsam von Klasse zu Klasse weiter-
geschleppt und endlich mit einem Seufzer der Erleichterung ab-
geschoben wird. Mit einer jämmerlichen Halb- und Viertels-
bildung ziehen diese jungen Leute dann ins Leben hinaus, zu
anspruchsvoll zu redlicher Handarbeit und zu wenig vorgebildet
zu produktivem geistigen Treiben. Die besagten wertvolle Ver-
schwendung und geistige Verschwendung weiter Schichten der deutschen
Bourgeoisie geht nicht zum geringsten aufs Konto des Berech-
tigungsverfahrens. Ein wenig, aber auch nur ein wenig besser ist
es mit denen bestellt, die eine Schule zweiter Ordnung mit
abgeschlossenen Schulplan zur Erreichung des Einjährigen-
zeugnisses durchgemacht haben; auch bei ihnen ist zumeist der
„Schein“ das eigentliche Strebenziel, während die solide
Funderung einer umfassenden Bildung völlig vernachlässigt
wird.

Es kann daher keine Rede davon sein, daß die Aufhebung
des Einjährigenprivilegs etwa den Bildungsbestrebungen in
der Nation Abbruch tun könnte; im Gegenteil werden da-
durch erst die Vorbedingungen zu einer nationalen Verbesserung
der Allgemeinheit geschaffen. Die wirklich Unbegabten
können sich, wenn sie sich nicht mehr den Einjährigenprivilegien unter
allen Umständen kraft Familienbetrübsel holen müssen,
beiseiten einer ersprießlicheren Tätigkeit zuwenden; die Be-
fähigten haben das schöne Bewußtsein, daß sie nicht nur um
eines äußeren Vorteils willen ihren Geist kultivieren, und
werden außerdem in ihrem Streben nicht mehr durch die schäd-
liche Masse der Unfähigen aufgehalten.

Auch der militärische Dienstbetrieb hat von
der Abschaffung des Einjährigenprivilegs nur Vorteile. Jeder
Sachkenner wird zugestehen, daß die Einjährigen heute bei der
Truppe ein störendes Element sind. In einem anderen
Termin als die übrigen Mannschaften eingestellt, komplizieren
sie den Ausbildungsdienst in einer oftmals verhängnisvollen
Weise. Und einmal in die Kompanie, Batterie oder Eskadron
einrangiert, machen sie täglich Abweichungen vom normalen
Dienstplan notwendig. Ihre beständige Bevorzugung fällt
auch dem geduldsten Rekruten schließlich auf die Nerven.
Auf der anderen Seite paart sich mit dieser Bevorzugung
häufig eine an Verleumdung grenzende Mißachtung durch
Offiziere und Unteroffiziere. „Natürlich wieder die Ein-
jährigen!“ — das ist ein Ruf, der auf jedem Exerzierplatz oder
Schießstand drohend und spöttisch täglich ertönt. Eine un-
gerechte Bevorzugung trägt eben die Keime der Zerrüttung in
alle Verhältnisse hinein. Dazu kommt noch, daß der in vielen
Regimentern von den Einjährigen ostentativ betriebene — neu-
lich noch in der Budgetkommission vom Abg. Deumer mit Recht
beflogte — Luxus und die nicht minder stark verbreitete Be-
stehung von Vorgesetzten durch Freiwillige eine oftmals direkt
verwüstende Wirkung in einzelnen Truppenteilen ausüben.

Gegen unseren Antrag hat man eingewendet, daß das
Privilegium deshalb nicht so bedeutend sei, weil eigentlich
nur für die Freiwilligen die Wehrpflicht allgemein sei; von
den übrigen Mannschaften würden dagegen nur so viel
Rekruten ausgehoben, wie das Jahreskontingent erfordert,
während darüber hinaus die Militärtauglichen mit einer hohen
Losnummer befreit blieben. Das ist kein ernsthafter Gegen-
grund; diese „Vernachlässigung der Privilegierten“ würde
übrigens in demselben Augenblick verschwinden, wo man mit
der allgemeinen Wehrhaftmachung des Volkes begönne.

Zu dem zweiten sozialdemokratischen Antrage — Ab-
schaffung der dreijährigen, für die nicht zum Einjährigen be-
rechtigten Freiwilligen gar vierjährigen Dienstzeit bei den
berittenen Truppen — ist nur wenig zu sagen. Die Militär-
verwaltung hält nur aus technischen Gründen an ihr fest, da
sie behauptet, ein des Reitens Unkundiger könne nicht in einer
kürzeren Zeit zu einem brauchbaren Kavalleristen (oder
reitenden Artilleristen) ausgebildet werden. Umso merkwür-
diger ist nur, daß auch bei dieser Waffe die Bescheidenden
den Dienst in einem Jahre zu erlernen ver-
mögen! Es hieße geradezu Unsinnes behaupten, wenn
man sagen wollte, daß die Mehrzahl der Kavallerie-Einjährigen

sich schon vor ihrer Dienstzeit den nötigen „Pferdeverstand“
erworben hätten; im Gegenteil spielt gerade bei ihnen oft die
Mode, um nicht zu sagen die Neelame eine ganz besonders
große Rolle. Wenn man die Dienstzeit des Kavalleristen auf
zwei Jahre herabsetzt, natürlich auch für die nicht mit dem
Berechtigungschein ausgerüsteten Freiwilligen, dann darf man
mit Sicherheit auf einen erheblichen Zubrang reifkundiger frei-
williger Rekruten rechnen, deren Ausbildung in zwei Jahren
um so leichter zu vollenden wäre, je einfacher man die Equi-
pierung und je weniger parademäßig man den Dienstbetrieb
einrichten würde.

Nicht mit Unrecht hat man das Einjährigenprivileg als
ein Privileg des spezifisch städtischen Besitzes hingestellt;
die Landbevölkerung auch in ihren wohlhabenden Schichten
könne, sagt man, davon weniger Gebrauch machen, weil sie
ihrem Nachwuchs nur unter erschwerten Umständen die nötige
Schulbildung angeeignen lassen könne. Wir geben das
rundweg zu und freuen uns, der Landbevölkerung einen neuen
Beweis dafür liefern zu können, daß wir keineswegs ihre
Interessen vernachlässigen. Aber mit unserem zweiten Antrage
helfen wir ihr noch mehr. Da die Mehrzahl der ausgehobenen
Reiter vom Lande stammt, so wird die erhebliche Ver-
kürzung des Reiterdienstes gerade der Landbevölkerung zugute
kommen. Alle diejenigen, die nicht müde werden, über die
Leutenot auf dem Lande zu klagen, hoffen wir deshalb bei der
Abstimmung auf unserer Seite zu finden.

Die Flucht der Russen.

Petersburg, 20. März. General Linewitsch meldet
dem Kaiser von gestern abends 9 Uhr: Nach dem Bericht des
Kommandierenden der zweiten Armee fanden dort keine
Kämpfe statt. Berichte von der ersten und dritten Armee
sind nicht eingegangen. Ich habe die aus Rußland ein-
getroffenen Truppen inspiziert; Haltung ist aus-
gezeichnet, die Gesundheitsverhältnisse sind gut.

Kuroki faßt zu.

London, 20. März. Die Besetzung von Tieling,
der von Natur stärksten Position längs der ganzen
Eisenbahn, die fast ohne Kampf erfolgte, hat die Japaner mit
großem Selbstgefühl erfüllt. Sie erholten sich rasch von den
Verlusten, die die Schlacht von Mukden für sie gehabt hat,
während der russische Rückzug von Tag zu Tag
demoralisierter erscheint. Kuroki ist an der
Spitze der verfolgenden japanischen Truppen.
Die Verfolgung nach der zehntägigen ununterbrochenen
Schlacht von Mukden dauert jetzt neun Tage an und
erstreckt sich über ein Gebiet von mehr als achtzig
Meilen Länge, wobei es häufig zu Gefechten
kommt. Täglich wird weiter eine Anzahl von
Russen gefangen genommen.

Verzweifelte Lage der Russen.

Tokio, 19. März. Die Russen, die sich durch ge-
birgiges Gelände aus dem Gebiete von Hsinjing zurückgezogen
haben, sind in erbarmenswerter Lage. Sie haben
keine Vorräte und schlachten daher Pferde. Sie sind
von den Japanern nahezu eingeschlossen.

Tokio, 20. März. (Militäre Meldung.) Marschall
Dyama berichtet, daß eine japanische Abteilung am gestrigen
Tage 4 Uhr nachmittags Rahuman, 20 Meilen nörd-
lich von Tieling, besetzt hat. Der Feind verfuhrte
später einen Gegenangriff, wurde aber zurückgeschlagen.
Der Feind brannte die Brücken auf der Hauptstraße südlich
von Kapuan ab und zerstörte auch einen Teil der Eisenbahn-
brücke. In der Nähe von Mukden wurde eine
große Anzahl vergrabener russischer Geschütze
gefunden.

Petersburg, 19. März. Ein Telegramm des Generals
Linewitsch vom 18. d. M. meldet: Japanische Batterien
beschoßen gestern die russischen Truppen-
abteilungen in den Tälern bei Tabapan
und Janpun. Der Feind wurde bei Kootaitse be-
merkt. Die Stadt Takumin wurde von japanischer
Kavallerie besetzt. Die Armeen fahren fort sich zu
konzentrieren.

Doch wohl nur nach rückwärts!

Japanische Anleihe.

London, 20. März. Die Fremden in Japan haben
50 Millionen Yen der vierten japanischen inneren Anleihe ge-
zeichnet; es ist eine fünfmalige Ueberschreitung
dieser Anleihe zu erwarten.

Kuropatkin — Unterkommandierender?

Petersburg, 20. März. (D. T. B.) Von maß-
gebender Seite wird gemeldet, daß Kuropatkin zum Führer
der ersten Armee ernannt worden sei.

Kojaken gegen die Juden.

Wegesehen nach der Art von Kischinew, Gornel, Mohilew scheinen
wieder vordereitet zu werden. Ein offizielles Telegramm meldet:
Porkoff, 20. März. Von hier sind drei Eskadrons Dragoner
nach den Plessen Veresino, im Kreise Igumen, und Kaidanowo,
im Kreise Pinsk, abgegangen. Wie es heißt, sind in Veresino

von der jüdischen Bevölkerung Unruhen hervorgerufen, bei denen der Polizeikommissar und ein Landpolizist erschlagen worden sind. Im übrigen liegen heute nur dürftige offizielle Telegramme über die Bewegung in Rußland vor:

Petersburg, 19. März. Der „Kotwoje Wremja“ wird aus Warschau unterm 18. März gebracht: Die jüngsten Unruhen sind zweifellos das Werk der armenischen Revolutionärskomitee. In dem statistischen Bureau des Stadtamts wurde die Bibliothek des örtlichen Komitees aufgefunden; daselbst sind auch zehn Personen verhaftet worden. Unter den hier Verhafteten befinden sich 30 Anarchisten.

Es steht fest, daß die schrecklichen Massaker der Nationalitäten im Kaukasus durch den Zarismus angezettelt worden sind.

Moskau, 20. März. Eine israelitische Familie ist hier in brutaler Weise ermordet worden; es liegen schwere Indizien gegen vier Soldaten der hier garnisonierenden Batterie vor.

Tschita, 20. März. Ein Telegramm des Chefs der Transbaikalbahn an die Gendarmen bezieht sich auf Sicherung der von der Telegraphie benutzten Mäntelchen zu ergreifen; ferner das Engagieren von Agenten und anderen Beamten zur Bedienung des Telegraphen. Es geht das Gerücht, daß der Ausbruch der Eisenbahntelegraphisten, die Gehaltssteigerung fordern, fortbezieht; dieselben Forderungen werden von den Statistelegraphisten gestellt. Der Ausbruch der Eisenbahnarbeiter ist beendet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. März.

Das „Volk in Waffen“.

Genosse Bebel erhielt heute im Reichstage als erster das Wort zu der geplanten Vermehrung des stehenden Heeres um 10 339 Mann, die vornehmlich der Kavallerie zugute kommt. Bebel verzichtete darauf, unsere grundlegenden Anschauungen über den Militarismus noch einmal darzulegen. Er stellte sich gleichsam auf den bürgerlichen Standpunkt, auf den Boden der bestehenden Heeresverfassung und wies von da aus nach, daß nicht der mindeste Grund für, wohl aber gewichtige Argumente gegen diese Heeresvermehrung sprechen. Zunächst die schwere Finanznot des Reiches. 61 1/2 Millionen werden in diesen Tagen in Nachtragsetats vom Reichstage wiederum für Südwestafrika gefordert. Schiffneubauten für viele Hundert Millionen werden im nächsten Jahre sicherlich von der Marinewerwaltung gefordert werden und eine starke Vermehrung der Schutztruppe ist für alle Kolonien, besonders für Kiautschou, höchst wahrscheinlich. Trotzdem soll das deutsche Heer, das schon jetzt das zahlreichste der Welt ist, immer weiter vermehrt werden, ohne daß man auch nur daran denkt, im Uniformierungs- oder Besoldungswesen die Ersparnisse zu machen, die mit größter Leichtigkeit ohne jede Schädigung des militärischen Organismus durchgeführt werden könnten. Im Gegenteil vermehrt man gerade die kostspieligste Waffengattung, deren Wert von militärischen Sachverständigen immer weniger hoch veranschlagt wird und für die nur das eine spricht, daß sie die „Lieblingswaffe“ ist. Treffend hob Bebel noch weiter hervor, was er schon jüngst im Reichstage ausgeführt hatte, daß die Weltlage nie so friedlich war, wie jetzt; Rußland auf lange Zeit hinaus unschädlich, Frankreich rebellenunfähig als je, England noch unter dem Eindruck des Burenkrieges friedlich und in Asien mehr als genügend beschäftigt.

Von all dem konnten die bürgerlichen Parteien kein Wort bestreiten. So entwickelte sich eine eigentliche Debatte überhaupt nicht; die bürgerlichen Redner begnügten sich, eine oder ein paar Phrasen herauszusagen, die verdecken sollten aber kaum konnten, daß sie ohne jeden Grund jeder Militärforderung zustimmen bereit sind. Der Konservative v. Norman wollte, ganz im Gegensatz zur sonstigen Moskowiterschwärmerei der preussischen Junker, nicht glauben, daß das Jarat auch nach noch so schweren Niederlagen friedfertig würde. Daß Raubgier im Wesen des Absolutismus liegt, hat er, wenn auch etwas lange nach uns, richtig erkannt. Nur die Kraft der Autokratie überhöht er noch. Der Nationalliberale Graf Driolo hielt jede Sparsamkeit für unangebracht, wenn es sich um die Verteidigung des Vaterlandes handelte. Hurra! Als ob nicht Bebel gerade Sparsamkeit bei den Ausgaben gefordert hätte, die ohne den geringsten Zusammenhang mit der Wehrfähigkeit Deutschlands sind. Der Antisemit Liebermann von Sonnenberg kam uns historisch. Auch 1869 hobte kein Wölfschen den Friedenshorizont getrübt. Herr Liebermann unterstellt also der Regierung des Grafen Bülow die — sagen wir — Genialität Bismarcks, einen Krieg zu provozieren. Gerade das unmöglich zu machen, sollte Aufgabe der Volksvertretung sein. Herr Schrader, der mit dem Freisinn Hofsehnacht und Ministerschaftsambitionen vereinigt, wagte nicht, seine Autorität gegen die des Kriegsministers einzusetzen. Ein liberaler Mann schilt auf den Kadavergehorsam der Jesuiten, nur um das sacrosanctum intellectus jedem Hoflakaien in Uniform zu Liebe zu vollziehen. Nicht viel besser benahmen sich die „demokratischen“ Parteien. Herr Spahn vom Zentrum rühmte den Beschluß der Kommission, lies: des Zentrums, als größten Vorzug nach, daß sie die verstärkte Volksbelastung in diesem Jahre noch weniger fühlbar mache. Ja, das Zentrum ist groß im Volksbetrug. Es rechnet darauf, daß übers Jahr man schon vergessen hat, welsch' neue Lasten das Zentrum der großen Masse aufgebürdet hat. Aber wir werden auch dem katholischen Volk das Gedächtnis stärken. Herr Spahn hat jedenfalls das beispiellose Verdienst, dem Kriegsminister jede Verteidigung seiner Vorlage erspart zu haben. Die freisinnige Volkspartei ist das umgekehrte Zentrum. Die Herren von der mittleren Linie sind in der ersten Lesung oppositionell und fallen in der zweiten national um. Die Volksparteier versichern in der ersten Lesung, sie wollten dem Heere geben, was des Heeres ist. Man möchte doch nicht gern antinational gehalten werden. In der zweiten Lesung fallen sie dann demokratisch um unter Berufung auf Bestrebenseinsphrosen, z. B. heute, daß allein die Liebe des freien Mannes die für freisinnige Helden allzu steile Höhe der Fürstenthrone sichern könne. So fand sich denn außer ihnen die ganze bürgerliche Mehrheit in der Zustimmung zur Heeresvermehrung zusammen. Nur der Reichsparteier v. Tiedemann und der Antisemit Bödler haben sich noch besonders für den Osten einige kleine Garnisonen ohne Bilbes aus.

In die richtige Beleuchtung wurde diese begehrte Einmütigkeit für die nationale Wehrkraft erst durch die Ablehnung unserer Anträge auf gleiche Verteilung der Lasten des Heeresdienstes gerückt. Die Genossen Südekum und Singer begründeten unter Berufung auf die gleiche, soeben in Frankreich vollzogene Reform unsere Anträge auf Abschaffung einerseits der dreijährigen Dienstzeit bei den reisenden Truppenteilen, andererseits der ein-

jährigen Dienstzeit für die durch „Besitz und Bildung“ hervorragenden Klassen. Der Nachweis, daß diese letztere Reform sowohl im Interesse des militärischen Dienstes wie der wahren Bildung liege, fiel ihnen leicht. Für die Beseitigung der unnötig langen Dienstzeit der Kavalleristen Gründe anzuführen, war überflüssig, da die Gerechtigkeit der Forderung ja gar nicht bestritten werden kann. Der Kriegsminister war Militär genug, um unseren Anträgen heute öffentlich mit keiner Silbe zu widersprechen, aber die Vertreter der Bourgeoisie und die Offiziersbäter auf der Rechten wollten von den Vernunftgründen nichts wissen. Zentrum, Freisinnige und Nationalliberale nahmen eine inhaltslose Resolution einzig aus dem Grunde an, weil sie sich nicht offen als Anhänger der Privilegien der bestehenden Klassen zu zeigen wagten. Morgen: Militäretat. —

Marokkanische Inzenerung.

Der deutsche Reichskanzler Graf Bülow liebt die Inzenerungskünste von Brimadonnen, die erst in die Deffentlichkeit bringen, daß sie durch einen Eisenbahnunfall, eine Feuersbrunst ganz oder teilweise oder beinahe ums Leben gekommen seien, und deren Wiederauferstehung auf der Bühne nach dergestalt überstandenen Nöten dann um so größere Wirkungen erzielt. Graf Bülow hat vor einigen Tagen direkt oder indirekt den Herrn von Reventlow veranlaßt, im Reichstage weltpolitische Vorkommnisse über die Marokkopolitik der deutschen Regierung zu äußern. Graf Bülow antwortete mit geheimnisvollen Geberden, daß Großes im Werke sei, aber man könne noch nichts sagen. Heute verkünden die Offizien bereits, daß ein herrlicher Erfolg gelungen sei. Die Politik des Grafen Bülow hat wieder einmal alle Schwierigkeiten besiegt! Und übrigens läßt man auch bereits im voraus alle Vorbeeren künftiger Taten telegraphisch wachsen. Die bürgerliche Presse in Deutschland verwandelt sich immer mehr in ein Treibhaus zur Züchtung phantastischer Ruhmeskommander Taten.

Der besorgten Anfrage des Grafen Reventlow und der geheimnisvollen Andeutung des Grafen Bülow lag die im Reichskanzlerpalais offenbar bereits bekannte Tatsache zugrunde, daß der Kaiser die Absicht hat, am 31. März gelegentlich seiner Mittelmeerfahrt auch Tanger zu besuchen, und er soll bei dieser Gelegenheit durch einen vom Sultan beauftragten marokkanischen Würdenträger begrüßt werden.

Kaum ist diese Nachricht bekannt geworden, da hat schon August Scherl die marokkanische Volksseele sondieren lassen und stellt im vornherein fest, wie ein unbeschreiblicher Enthusiasmus durch die Ankündigung hervorgerufen sei, daß Wilhelm II., der doch so ziemlich alle Städte der Welt besucht hat, einmal auch nach Tanger kommen wolle. Man plane großartige Ovationen, an denen sich Deutsche, Marokkaner, Juden und Spanier beteiligen wollen, offenbar aber nicht Franzosen und Engländer. Eine eigentümliche Ehrung scheinen nach einem anderen Blatte die Arbeiter von Marokko zu planen, die nämlich am 31. März zu feiern beschlossen haben, in bedauerlich zweckwidriger Unkenntnis der Tatsache, daß Wilhelm II. gegen solche Kontraktbrüche dereinst die Zuchthausvorlage gewollt hat.

Ebenso winnelt die offiziöse Presse von Mitteilungen über internationale Schwierigkeiten, die wiederum die deutschen Offizien veranlassen mitzuteilen, daß die deutsche Politik wie immer maßvoll und gerecht und friedliebend und trotzdem weitblickend sei. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß der Kaiser sich schon vor Jahresfrist gegenüber dem König von Spanien verpflichtet habe, daß Deutschland in Marokko keinen territorialen Vorteil irgend welcher Art erstrebe, sondern dort nur für die Fortdauer der wirtschaftlichen Gleichberechtigung einzutreten habe. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ hat bis heute keinen Anlaß, zu vermuten, daß der Sultan von Marokko Verpflichtungen einzugehen beabsichtige, welche seine Unabhängigkeit beschränken und ihn künftig behindern würden, allen handeltreibenden Völkern auf seinem Gebiete die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen. Uebrigens bringe es die Lage von Marokko mit sich, daß bei dieser Frage die Interessen des Weltverkehrs in Betracht zu ziehen seien.

Die letztere Andeutung weist also darauf hin, daß Deutschland handelspolitische Vorteile, vielleicht auch gewisse Einflüsse sich zu sichern sucht. Möglicherweise wünscht auch Deutschland in Marokko eine Flottenstation zu errichten. Deutschland ist bisher arm an Flottenstationen, und mit der wachsenden Flotte tritt das Bestreben auf, sich Stützpunkte für sie zu suchen.

Es wird über die diplomatischen Erfolge Deutschlands zu reden sein, wenn man weiß, was erreicht ist.

Frankreich hat im April vorigen Jahres ein Uebereinkommen mit Großbritannien geschlossen, wonach Frankreich den Aktionen Englands in Ägypten freien Lauf ließ, während England auf den politischen Einfluß in Marokko verzichtete und Frankreich das Recht einräumte, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zuteil werden zu lassen. Frankreich übernahm auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die großen öffentlichen Unternehmungen in Marokko in den Händen des Staates bleiben.

Daß Deutschland keine territorialen Erfolge erstreben will, ist eine Enthaltensanktion, die selbstverständlich ist; denn in dem Abkommen zwischen Frankreich und England haben beide Länder die Unverletzlichkeit Marokkos verbürgt. Auch hat Frankreich die Handelsfreiheit für 30 Jahre zugesichert. Wenn mithin nicht Deutschland unabsehbare Verwicklungen anzetteln will, so kann es in dieser Richtung gar nicht „weltpolitisch“ vorgehen.

Jedenfalls beweist wiederum die bloße Inzenerung dieses Besuches, daß Deutschland noch immer in der Welt voran ist, wenn es gilt, Ereignisse im voraus mit weltgeschichtlicher Bedeutung auszustatten. Wenn wirklich sehr bedeutsame Erfolge in Aussicht ständen, hätte es die Regierung des Grafen Bülow sicherlich nicht notwendig, derlei wilden offiziösen Lärm zu entfachen. —

Der Abschuß der Hammersteinkisten.

Der preussische Polizeiminister Herr v. Hammerstein ist plötzlich gestorben. Er hat vier Jahre im preussischen Polizeiministerium zugebracht und ist, wenn wir nicht irren — die Namen und Erlebnisse preussischer Minister sind uns allerdings nur in unklarer Erinnerung — der einzige Minister des neuen Kurses, der im Amte gestorben ist, der einzige Minister also, den niemals Gesundheitsrückichten befallen haben, konnte als Minister sterben.

Auch die politischen Gegner des Herrn v. Hammerstein können in ihren Nachrichten dem Wonne zusehen, daß er keine Feinde besessen hat. Um Feindschaft zu erregen, dazu war der Mann persönlich zu bedeutungslos. Aber gerade bei seinem selbst für einen preussischen Minister erstaunlichen Mangel an geistigen Fähigkeiten

konnte sich in ihm doch das System der preussischen Reaktion gipfeln, die der gefährlichste Feind aller Entwicklung im Deutschen Reiche ist.

Herr v. Hammerstein hat seine Spuren sich in den Reichslanden als einer jener Weisen verdient, die da glauben, es gehöre Verstand dazu, mit dem Ausnahmezustand zu regieren. Er war der Mann des Diktaturparagraphe, der noch als besondere Spezialität die Unterdrückung der geistlich-fürstlichen Bewegung in Elsaß-Lothringen betrieb. Seidem ihn ein ungefähr ins preussische Ministerium berief, war er der Vertreter insbesondere jenes preussisch-partikularistischen Kurles, der in den letzten Jahren ein besatzungswidriges Gesetz nach dem anderen produzierte. Man kann es dem Minister v. Hammerstein sogar zutrauen, daß er bei seiner geistigen Veranlagung redlich geglaubt habe, daß die von ihm verantwortliche gezeichnete Gesetze mit der Verfassung und dem Recht des Deutschen Reiches übereinstimmten. Die Vertretung der polnischen Ausnahmegesetzgebung fand in ihm einen besonderen unbeschränkten Anwalt. Der Umsturz der preussischen Verfassung und der Reichsgesetzgebung, wie er insbesondere in dem polnischen Aufstandsgesetz trah hervortritt, ist wohl sein Lieblingswerk gewesen.

Ein besonderes Mißgeschick verfolgte den Minister bei seinen Polizei-Akten, die er mit unermüdlichem Eifer vorlas, um sozialistische Angriffe zu widerlegen. Er wurde beständig von dem Unglück verfolgt, niemals eine richtige Tatsache zu erhaschen. Dagegen war der Mann, der auch polizeilich über die Aufrechterhaltung der Sittlichkeit zu wachen hatte, vollständig blind gegen die Ehrverletzungen, die er von der parlamentarischen Tribüne aus Frauen zusagte! Von dem Fall jener Hamburger Dame, die er schamlos verdächtigte, um polizeiliche Uebergriffe zu entschuldigen, bis zu den neuesten Vettgeschichten, die einen stürmischen Weiterleitungsfall bei den Junkern des Dreiklassenwahlsystems erzielte.

Es gibt keine Skandalgeschichte der letzten Jahre, an der der verstorbene Minister nicht hervorragend beteiligt war, um seine Schuld dann, wenn er gestellt wurde, allemählig zu widerlegen. In den Wirtschaflichen Noisibettel war er ebenso verwickelt wie in die Scherlsche Sparlotte. Uebrigens war er der besondere Vertrauensmann der Scherlschen Reinigungsabrik.

Hammerstein war der rechte Vertreter des Russenkurses. Er trug die Verantwortung für das russische Spitzelwesen in Preußen, für die Ausweisungspraxis, für die Vallsinschande. In der Stimmungsfrage für den Königsberger Prozeß hat er sich durch besonders toll gefälschte Zitate beteiligt.

Sein rednerisches Mißgeschick zeitigte feinerzeit das von hoher Seite angelobte Geschenk eines silbernen Maulkorbes. Die Einlösung dieses Versprechens ist nunmehr nicht mehr notwendig. Die Personalakten des Herrn v. Hammerstein sind geschlossen. Die Akten seiner gesetzgeberischen und Verwaltungstätigkeit aber werden von dem wahrverwandten Mann, der sein Nachfolger werden wird, im alten Geiste weiter geführt werden, wenn es auch schwer sein wird, selbst unter preussischen Korpsstudenten eine Persönlichkeit zu finden, die mit solcher Bewußtlosigkeit die ungeheuerlichsten Aktionen auf sich nimmt. —

Weitere 61 Millionen für Südwestafrika!

Die beiden Nachtragsetats für Südwestafrika sind nunmehr dem Reichstage zugegangen. Der erste Nachtragsetat (der dritte für 1904) verlangt 27 255 000 M.; ein Ergänzungssetat für 1905 fordert das bescheidene Stümchen von 33 417 500 M. Daburch erhöhen sich die Ausgaben für Südwestafrika auf zirka 200 Millionen Mark. Natürlich schließen diese Forderungen durchaus noch nicht die Ausgaben für Südwestafrika ab, vielmehr kann man mit tödlicher Sicherheit darauf rechnen, daß die Summe von 300 Millionen auf alle Fälle erreicht werden wird. Diese beiden Etats sind erforderlich geworden, um unsere Truppen in Südwestafrika um 308 Offiziere und 5298 Unteroffiziere und Mannschaften zu verstärken. Außerdem sollen, wie ja bereits unlängst verschiedene Blätter melden konnten, alle zwei Monate je 250 Mann Ergänzungsmannschaften nach Südwestafrika abgehen. Die Truppenzahl in Südwestafrika beläuft sich demnach ohne diese periodischen Nachschübe, ohne das Marine-Expeditionskorps und die Reservisten sowie unter Berücksichtigung eines Abganges von etwa 700 Mann durch Tod oder Heimsendung auf zirka 13 500 Mann. Trotz dieser gewaltigen Truppenstärke wird der Krieg sein Ende so bald noch nicht gefunden haben!

Unter den Ausgaben fällt durch seine Höhe ein Posten auf, der zum Ankauf und Transport von 1000 Pferden bestimmt ist. Diese 1000 Pferde sollen nämlich bis zur Ankunft in Südwestafrika 6 850 000 Mark kosten, das macht pro Pferd den Preis von 6850 Mark. Dieser Preis setzt durch seine Höhe wirklich in Erstaunen, beträgt der Ankaufspreis eines guten Kavalleriepferdes im Höchstfalle doch nur 1500 M. Wenn auch die Transportkosten erhebliche sind, so ist doch der Betrag von 5350 M. für den Transport eines Pferdes ein ganz phänomenaler! Ueberhaupt ist es rätselhaft, warum man diese Pferde in Deutschland ankaufte, um sie nach Südwestafrika zu schicken. Ostpreussische Pferde sind doch sicher die ungeeignetste Pferderasse für Südwestafrika. Die ungeheuren Verlustziffern gerade bei den Pferden beweisen das. Im Reichstag allerdings wurde von einem Regierungsvertreter behauptet, daß die ostpreussischen Pferde sich ebenso bewährt hätten, als die mexikanischen Pferde. So lange uns aber nicht ein eingehender Bericht über die Herkunft der Pferde und die prozentuale Verlustziffer vorliegt, gestatten wir uns, die Erklärung des Regierungsvertreters für absolut ungläubhaft zu halten. Unseren Agrariern geschieht freilich durch den Ankauf dieser Pferde ein großer Gefallen. Ihre Kolonialbegeisterung ist auf solche Subventionen nicht zum geringsten Teil zurückzuführen.

Beträchtliche Posten werden auch gefordert zur Wiederherstellung der Eisenbahn Swatopmund-Windhof. Bedeutende Beträge sollen ferner auf die Anlage von Wasserwerken, Pumpstationen und Wasserleitungen verwendet werden. So soll beispielsweise für Windhof eine Wasserleitung für 125 000 Mark gebaut werden. Begründet wird diese Forderung damit, daß aus den Zypfsherden sich jetzt die Krankheit fast über das ganze Land verbreitet habe und mit großer Heftigkeit aufsteige. Um eine gefährliche Verseuchung der „Stadt“ zu verhüten, sei eben die Lieferung einwandfreien Wassers notwendig. Wir zweifeln nur daran, daß sich für die 125 000 Mark eine derartige Wasserleitung herstellen läßt. In späteren Nachtragsetats wird man ja weitere Katen verzeichnen finden.

Wie wir schon bemerkten, werden diesen Nachtragsetats noch weitere folgen. Hat sich doch die Lage im Hottentottenlande durchaus nicht zugunsten der Deutschen gebessert. Die Witbois werden nicht, wenn es ihnen nicht mehr gelingen soll, unseren Truppen solche Schläge beizubringen, wie noch im Anfang dieses Monats, in die unzugänglichen Gebirgsgegenden zurückziehen und von dort aus Streifzüge gegen unsere

Truppen unternehmen. Auch der Krieg gegen die Hereros kann noch keineswegs für beendet angesehen werden. Gerade durch die famose Ausrottungsstrategie Krothas sind die Hereros derartig zersprengt worden, daß sich jetzt noch zahlreiche Trupps von ihnen im Lande herumtreiben und dort notgedrungen dem Räuberhandwerk obliegen. Die Austreibung dieser zerstreuten Bänden wird sehr viel Zeit kosten. Aber selbst nach vollständiger Niedertwerfung der Wilbois und Hereros soll wohl erst noch die Entwaffnung der *Dwambos* vorgenommen werden. Man wird also nicht allzu pessimistisch urteilen, wenn man die Dauer des südafrikanischen Abenteuers auf noch wenigstens ein Jahr veranschlagt. Dieses weitere Jahr südafrikanischen Krieges wird uns aber weit über 100 Millionen Mark kosten!

Kanalspraktiken für die Behandlung der Robelle zum Vergesse schlägt die „Post“ vor, indem sie schreibt:

„Es kann den noch nicht erledigten Vorlagen, wie insbesondere dem Vergesse, nur zu gute kommen, wenn es einer längeren ruhigen Erwägung überlassen wird. Die Staatsregierung hat legal ihr Wort eingelöst, indem sie die Vorlage machte. Im übrigen ist bei der Schwierigkeit der Materie keinerlei Eile geboten, sondern im Gegenteil eine ruhige, sachgemäße Behandlung. Für Regierung wie Parlament wäre der baldige Eintritt längerer Ferien ein wahrer Segen.“

Man beachte den Hymennus, daß die Regierung ja ihr Wort eingelöst habe durch Vorlegung des Entwurfs. Wann, wie und wo er Gesetz werde, davon ist ja nicht geredet worden. Es wird also der Regierung nahegelegt, sich nach Art der Halsabschneider herauszureden. Und die „Post“ will doch wissen, welche Moral in den Kreisen der herrschenden Klasse waltet. Sie scheint nicht zu fürchten, daß sich die preussische Regierung durch solche Zumutung beleidigt fühlt.

Von einer anderen Seite kommen die Unternehmer der Regierung. Der Vorstand und der Ausschuss des Vereins rheinischer Industrieller und der nordwestlichen Eisen- und Stahlmänner beschloß unter Deumers Vamner, den Landtag um Ablehnung der Vorlage zu ersuchen. Begründet wird der Beschluß mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der Untersuchungs-Kommissionen. Wir haben schon bald nach Bekanntwerden der ersten Protokolle über die famosen Untersuchungen darauf hingewiesen, daß die Unternehmer es sich nicht entgehen lassen werden, der Regierung diese Untersuchungsprotokolle um die Ohren zu schlagen und wir gönnen es der Regierung von ganzem Herzen, daß es geschieht.

Wir können uns nicht recht vorstellen, daß die Regierung beachtlich haben sollte, sich in solche Situation zu bringen. Wenn sie die Ergebnisse der Untersuchungen so wie sie vorliegen, gewünscht und unter diesem Gesichtspunkte etwa die Kommissionen bestellt hätte, dann hätte sie wohl die Resultate abgewartet und dann unter Berufung darauf eine Gesetzesvorlage verweigert. Allerdings hätte sie dann aber auch mit Verpöhlungen während des Streifs vorsichtiger sein müssen. So wie es jetzt steht, erscheint das Verhalten der Regierung als die Folge ausgefuchter Unfähigkeit. Erst verspricht sie Reformen und gibt damit doch zu, daß Mißstände bestehen. Dann läßt sie durch ihre Organe untersuchen, ob Mißstände bestehen. Nachdem die Regierungsbeauftragten festgestellt, daß keine Mißstände bestehen, legt die Regierung dennoch einen Gesekentwurf zur Abschaffung der Mißstände vor. Da sie sich zur Verteidigung ihres Entwurfs gegen die rebellierenden Unternehmer auf ihre eigenen Untersuchungen nicht berufen kann, so wird ihr wohl nichts weiter übrig bleiben, als sich — auf unsere Gründe für Reformen zu berufen. Das wird aber auch nicht sehr wirksam sein, da unsere Beschwerden durch die Vorlage der Regierung kaum berührt, geschweige denn beseitigt werden. Wer sich unsere Gründe zu eigen machen will, der muß auch unsere Forderungen akzeptieren.

Eine beneidenswerte Situation, würdig des preussischen Ministerpräsidenten! —

Freisinniger Antiterrorismus! Sozialdemokratische Heuscherei findet die „Freie Deutsche Presse“ in unserer Kritik des Verhaltens der freisinnigen Vereinigung in Königsberg, die es nicht duldet, daß ihr eigenes Vorstandsmitglied, der Herr *Kaumann* in einer Versammlung rede. Sie behauptet, daß die Sozialdemokratie dieselbe Praxis verfolge und sät als Beweis hinzu, daß die Expedition des „Vorwärts“ einem Inserat folgenden Inhalts die Aufnahme verweigert hat:

Achtung! Charlottenburg! Heute, Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Volksbause, Rosinenstraße. Daran ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Referent: Ant Schweizer. — Freie Aussprache. — Der „Vorwärts“, d. h. die Expedition habe die Aufnahme dieses Inserats mit der Begründung verweigert: Bei der Anündigung von Volksversammlungen muß die Genehmigung des Vertrauensmannes erst eingeholt werden.

Wir können der „Freien Deutschen Presse“ nicht den Gefallen tun, zuzugeben, daß in dieser Auskunft der Expedition der „Vorwärts“ irgend etwas von Terrorismus enthalten ist. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Inserate, sofern sie genehmigt werden, von Volksversammlungen aller Richtungen, auch von freisinnigen, Antisemiten, Anarchisten, Landwirtsbündlern. Dagegen ist es selbstverständlich, daß Veranstaltungen, die von Partei wegen stattfinden, als solche gekennzeichnet werden müssen. Um einem Mißbrauch zu steuern, daß Personen offizielle Parteiveranstaltungen einberufen, ohne dazu autorisiert zu sein, ist es ganz selbstverständlich, daß eine solche Gegenzeichnung eines Vertrauensmannes notwendig ist. Bei der Anündigung des Herrn Schweizer war es nun nicht klar, ob der Betreffende sich noch zur sozialdemokratischen Partei rechnet, ob es sich um eine sozialdemokratische Veranstaltung handelte. Da zudem die Veranstaltung in Charlottenburg im Volksbause stattfand, das bekanntlich von Sozialdemokraten begründet und geleitet ist, so war die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß es sich um eine Parteiveranstaltung handeln sollte, und dazu war natürlich die Gegenzeichnung eines Vertrauensmannes notwendig. Wenn der betreffende Redner alle Beziehungen zur Partei gelöst hätte und als Gegner einen Vortrag halten wollte über die Gründe seines Austritts aus der Partei, so wäre das Inserat anstandslos aufgenommen worden.

Selbst die Deutungskunst der „Freien Deutschen Presse“ wird nach dieser Auskunft versagen müssen, hier einen Akt von Terrorismus oder Zensur zu fassen. Die „Freie Deutsche Presse“ fragt aber ferner, was die sozialdemokratische Parteileitung dazu sagen würde, wenn fernstehende Komitees Herrn Schippel oder Bernstein einladen würden, in Hamburg über Postfragen, über den Revisionismus zu sprechen. Dazu ist zu bemerken, daß die Parteileitung dazu überhaupt nichts zu sagen hätte. Sozialdemokraten können selbstverständlich über alles reden und überall reden, wo sie wollen. Genosse Bernstein hat oft genug über Revisionismus geredet, und an Schippels Haltung gegenüber den Postfragen wurde das ausgelegt, daß sein Standpunkt nicht in genügender Klarheit zum Ausdruck kam.

Es dürfte in der Geschichte aller Parteien noch nicht vorgekommen sein, daß das Vorstandsmitglied einer Partei in einer Versammlung der eigenen Partei nicht mehr reden darf, wie das in Königsberg der Freisinn geleistet hat. Wenn sich die „Freie Deutsche Presse“ dahinter verschanzte, daß das Vorstandsmitglied von Königsberger Freisinnigen, die der Organisation fernstehen, eingeladen worden sei, so ist auch das natürlich kein Grund, Raumann das Reden zu verbieten. Sozialdemokraten haben stets und werden auch

künftig auch in Veranstaltungen reden, die mit der sozialdemokratischen Organisation als solche nichts zu tun haben.

Die Veruche der „Freien Deutschen Presse“, diesen Akt eines geradezu ungeheuerlichen Terrorismus zu verschleiern, sind vergeblich. In Wirklichkeit handelt es sich um die Tendenz, auf diese Weise einen Raum mündig zu machen, der zwar in dem Vorstand der freisinnigen Vereinigung liegt, dessen Einfluß man aber fürchtet, weil der Herr *Kaumann* für die kapitalistische Interessenvertretung dieser Parteigruppe allzu ernsthaft sozial denkt. Wenn die „Freie Deutsche Presse“ fragt, was die Sozialdemokratie in solchen Fällen tun würde, so lautet die Antwort: Es würde bei uns die Frage aufgeworfen werden, ob die lokale sozialdemokratische Organisation, die einen Sozialdemokraten am Reden hindert — es braucht nicht einmal ein Vorstandsmitglied zu sein — in ihrer Leitung noch ferner würdig wäre, der Partei anzugehören. Ueberdies würden sich sozialdemokratische Organisationen eine solche Bevormundung durch ihren Vorstand gar nicht gefallen lassen.

Genosse Wolfgang Heine bittet uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

Die „Welt am Montag“ vom 20. März 1906 beschäftigt sich mit den Rechtsanwälten und ihren Bureauangehörigen und behauptet dabei, daß auch in den Bureaus der sozialistischen Rechtsanwälte, z. B. dem des Abgeordneten Heine, die Forderungen der Angestellten, Abschluß schriftlicher Verträge mit Beihilfen, Besuch von Fachschulen, Zahlung besserer Gehälter, Festsetzung einer Arbeitszeit von täglich acht Stunden, strikte Sonntagsruhe, Bezahlung von Überstunden, Festsetzung einer monatlichen Kündigungsfrist und Gewährung eines zehntägigen Urlaubes jährlich, keineswegs erfüllt seien.

Demgegenüber erkläre ich, daß ich hinsichtlich der Lohnverhältnisse stets den Wünschen meiner Gehülfen entsprochen habe, die achtstündige Arbeitszeit eingeführt habe, Überstunden bezahle und die Sonntagsarbeit trotz besonderer, in den Bedürfnissen meiner Klientel begründeter Schwierigkeiten abgelehnt habe. Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts haben meine Angestellten schon seit vielen Jahren jeden Sommer auf vierzehn Tage, der Bureauvorsteher auf drei Wochen. Einem Gehülfen zu kündigen habe ich, soweit ich mich erinnere, seit acht Jahren keinen Anlaß gehabt. Wenn ich einen Gehülfen habe, halte ich ihn stets zum Besuch der Fortbildungsschule usw. an und bezahle den Unterricht.

Mein Bureauvorsteher ist im achten Jahre, die Gehülfen bis auf den jüngsten sind sämtlich über fünf Jahre bei mir.

Berlin, 20. März 1906.

Wolfgang Heine, Rechtsanwalt.

Ausland.

Frankreich.

Zum Präsidenten des Pariser Gemeinderats wurde *Paul Trouffe*, Sozialist, mit 43 Stimmen gewählt gegen 27, die auf Esquier, Nationalist, entfielen.

Asien.

Zum Kulturschritt Japans.

Der „Frankf. Ztg.“ wird von ihrem Brüsseler Korrespondenten gemeldet:

Das Internationale sozialistische Bureau empfing ein Exemplar der japanischen Zeitung „Chokuya“ („Der, der geradeaus spricht“). Die „Chokuya“ ist als Nachfolger des von der japanischen Regierung unterdrückten sozialdemokratischen Organes „Heimin Shimbun“ gegründet worden. Das neue Blatt übernahm der Redakteur der eingegangenen Zeitung und es erscheint in bedeutend vergrößerterem Umfang als offizielles Organ der japanischen sozialdemokratischen Partei. Die Nummer enthält die Fortsetzung eines Tendenzromanes „Die Geständnisse eines Ehemannes“, von dem bekannten japanischen sozialistischen Advokaten, Redner und Journalisten *Ainohita*. Dieser Roman handelt von einer unglücklichen bürgerlichen Ehe und den Differenzen zwischen einem Hausaraber und seinen Rietern. Es wird in diesem Blatt berichtet, daß die Abgeordneten *Ehda* und *Shimada* in der Kammer eine von den gebildeten Frauen ausgehende Petition eingebracht und verteidigt haben, die die politische Emanzipation der japanischen Frau fordert.

Partei-Nachrichten.

Auf seltsame Zustände in der Partei in Pommern läßt ein Vorgang schließen, der sich in der Generalversammlung des Wahlvereins für den Wahlkreis *Randow-Greifenhagen* abspielte. Wir finden in dem Bericht über diese Versammlung im „Stettiner Volksboten“ folgende Darstellung, die wir ungekürzt wiedergeben.

Unter Verschiedenem macht Gen. Scharping die Anwesenden auf die Anstellung des Parteisekretärs Gen. A. Horn aufmerksam. Desgleichen auf den Bezug des „Pommer“. Gen. Weder fragt an, warum wir noch zwei Mitglieder vom Wahlkreise Stettin zu unseren Mitgliedern zählen. Höpner (Kreisfiskal) erklärt hierauf, daß dieselben in beiden Wahlvereinen ihre Mitgliedschaft haben und auch so die Beiträge bezahlen. Eine Schande aber für unser ganzes Parteileben ist es, wenn sich gerade noch hervorragende Genossen nicht den Beschlüssen der Partei fügen. Dies treffe auf den soeben angeführten Parteisekretär Gen. A. Horn zu. Gerade er müßte in erster Linie die Beschlüsse des pommerischen Parteitag anerkennen und respektieren. Einem solchen Genossen aber gebührt nicht ein solcher Posten. Er, Redner, ersuche die Konferenz, dem Genossen Horn ihre Mißbilligung für dieses Verhalten auszusprechen und gegen die bereits erfolgte Anstellung zu protestieren. Er werde der Versammlung einen diesbezüglichen Antrag unterbreiten. Der Antrag lautet:

„Die Kreis-Generalversammlung erhebt gegen die Anstellung des Genossen Aug. Horn als Parteisekretär ganz energischen Protest, da derselbe den Beschlüssen des pommerischen Parteitag nicht nachgegeben ist.“

Genosse Schmidt und Scharping sehen in dem Antrage ein Mißtrauensvotum gegen die Agitations-Kommission. Ersterer will erst jetzt von der Nichtbeachtung der Parteibeschlüsse des Genossen Horn Kenntnis haben. Im übrigen sei auch Genosse Horn in geheimer Abstimmung mit 0 gegen 3 Stimmen gewählt worden. Genosse Hanisch verweist ebenfalls die Handlungsweise des Genossen Horn und ist der Meinung, daß wir auf solche Genossen, die nicht mit uns zusammen arbeiten wollen, verzichten sollten. Im übrigen glaube er auch, daß die Anstellung Horns sich nicht auf die Wahlkreise Stettin und Randow-Greifenhagen beziehe und deshalb der Antrag Höpners wenig Wert haben werde. In der darauf erfolgten Abstimmung wurde der Antrag gegen 4 Stimmen angenommen.

Am was es sich eigentlich handelt, ist also aus dem Bericht nicht zu ersehen, obwohl das doch sehr notwendig wäre. Entweder hat man eine Kleinigkeit ungebührlich aufgebauscht oder die Genossen, die verantwortlich sind für die Anstellung des Parteisekretärs, der doch in erster Linie Agitator sein soll, haben aufrichtigermaßen gehandelt. Auf keinen Fall kann diese Kompromittierung eines als Agitator bestellten Genossen unaufgeklärt bleiben.

Soziales.

Handwerker und Wohnungsgesetz.

Der preussische Landesverband städtischer Haus- und Grundbesitzervereine hielt Sonntag und Montag hier einen Verbandstag ab. Das Hauptthema bildete der preussische Entwurf zu einem Wohnungsgesetz. In den Eröffnungsvorträgen machte ein Herr *Wolkowski* der Stadt Berlin ein recht überbiedenes Kompliment. Er beschwerte sich nämlich darüber, daß Magistrat und Stadtverordnete Berlins nicht einmal geantwortet hätten auf die Einladung zu dem Kongress und bei dieser Gelegenheit behauptete er, die Stadt Berlin

ließe keine Gelegenheit vorübergehen, um die Baugenossenschaften zu unterstützen, und damit den „häuserbauenden Grundbesitz“ zu schädigen. Diese Behauptung ist ein edelsolcher Unsinn wie das Wort „häuserbauender Grundbesitz“.

Im Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes finden sich einige Angaben, die das fürchtbare Wohnungsgesetz in den Städten scharfer beleuchten, als dies je bisher durch offizielle Angaben geschehen ist. Den Hausbesitzern hat es besonders die Vorschrift des preussischen Gesekentwurfs angetan, wonach Familienwohnungen eine eigene Kochstelle, eigenen Abort und, soweit in dem Gebäude Kanalisation oder Wasserleitung eingerichtet sind, einen eigenen Ausguß und Wasserhahn haben sollen. Der Verband hat nun Untersuchungen anstellen lassen, mit denen er beweisen will, daß diese Vorschriften, auf schon bestehende Wohnungen angewandt, undurchführbar seien. Nach diesen Untersuchungen würden nach Annahme der genannten Vorschriften unbewohnbar werden in Breslau 50 000 bis 60 000 Wohnungen, in Halle a. S. 22 000 von den vorhandenen 30 000 Wohnungen, in Altdamm 1570 Wohnungen, in Kroppen 178 Wohnungen, in Küstlin 80 Proz. und in Görlitz 20 Proz. aller Wohnungen. Die Untersuchungen zeigen, wie kulturwidrig die Wohnungen meist beschaffen sind, wie lässlich die meisten Menschen wohnen müssen. Gegenüber diesen eigenen Feststellungen der Hausbesitzer nimmt es sich komisch aus, wenn Herr *Justizrat Baumert-Spandau*, bekanntlich den sozialen Frieden vom gemeinsamen Abort erhofft, behauptet, es sei eine Legende, daß den Hausbesitzern die schlechten Wohnungsverhältnisse zur Last fielen. In dem hier fraglichen Punkte fallen sie ihnen ohne Zweifel zur Last, wenn natürlich auch das allgemeine Wohnungsgesetz, das sich ja nicht im Fehlen der genannten Dinge erschöpft, allgemeine soziale Ursachen hat.

Die Verhandlungen zeigten das interessante Schauspiel — das wir übrigens schon am preussischen Städtetage erlebten —, daß die am Haus- und Grundbesitz interessierten Kapitalisten wütende Gegner polizeilicher Bevormundung sind und mit wahrhaft rührender Treue an demokratischer Selbstverwaltung hängen. Es bereitet uns ein ungemittelter Vergnügen, diese Herren *Vourgeois* aller Partifarben gegen polizeiliche Bevormundung wettern zu hören. Natürlich, wenn die heiligsten Güter des *Vourgeois*, Zinsen und Dividenden, in Gefahr sind, dann wird er zum rasenden Freiheitshelden. Nur seine polizeiliche Bevormundung bei dem edlen Geschäft der Ausbeutung. Hoch die heilige Selbstverwaltung — des Kapitals.

Der Verbandstag nahm zum Wohnungsgesetz-Entwurf eine Resolution an, worin zwar das Eingreifen der Gesetzgebung zur Beseitigung von Mißständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens für berechtigt, der vorliegende Entwurf jedoch als unannehmbar bezeichnet wird.

Als unannehmbar wird insbesondere bezeichnet:

„Die geplante steuerliche Bevorzugung der Baugenossenschaften, der sogenannten gemeinnützigen Aktiengesellschaften, sowie der Wohnhäuser Unbemittelter.“

„Die geplanten Vorschriften für die bauliche Einrichtung von Mietwohnungen bezüglich Wasserhahn, Ausguß und eigenem, verschließbaren Abort, soweit es sich um bereits bestehende Häuser handelt.“

Gefordert wird unter anderem:

„Die Schaffung von provinziellen Rentenbanken zur Verichtigung der Anliegerbeiträge, wodurch die Herstellung von Straßen, von kleineren Gebäuden und von Häusern mit kleineren Wohnungen besser als durch Zwang gegenüber der Selbstverwaltung gefördert wird. Auch wird durch solchen Zwang die Herstellung von Straßen mit geringerer Breite nicht erreicht werden, sondern viel erfolgreicher dadurch, daß den Grundbesitzern ein Anspruch auf Aufnahme solcher Straßen im Bebauungspläne unter gewissen Voraussetzungen gesetzlich eingeräumt wird.“

Die Schaffung von Pfandbriefinstituten für städtische Hausgrundstücke nach dem Vorbilde der preussischen Landchaften zur Verbilligung des Kredits und damit der Herabsetzung der Mieten.“

Es wurde dann noch über die Grundwertsteuer verhandelt, von der man die Züchtung einer „künstlichen Wauwau“ befürchtet. Festgehalten zu werden verdient die Bemerkung des Verbandsvorstandes *Dr. Babst*, daß eine Kapitalrentensteuer von 6 Proz. keineswegs als Vermögenskonzentration angesehen werden könne. Ein Redner forderte Erhöhung der Warenhaussteuer und überhaupt Bekämpfung der Warenhäuser, um die „wirtschaftliche Massenproduktion“ einzuschränken. Lebhaften Beifall fanden Vorschläge auf allgemeine Einführung einer kommunalen Biersteuer.

Von hervorragender Bedeutung für Handlungsgeschäften ist ein Urteil des Kaufmannsgerichts Bremen. Ein dortiges Warenhaus hatte sich die Gesplogenschaft mancher Handelskapitalisten angeeignet, auf Grund einer besonderen Vereinbarung mit den Angestellten die Bestimmung des § 63 des Handelsgesekbuchs, wonach dem Handlungsgeschäft im Krankheitsfalle das Gehalt bis zu sechs Wochen fortgezahlt werden muß, auszuhalten. Seit Bestehen des Kaufmannsgerichts sind nun von Verkäuferinnen mehrere Klagen auf Auszahlung des vorenthaltenen Gehalts anhängig gemacht worden. Das Kaufmannsgericht hat am letzten Donnerstag in einer der Klagenlagen zugunsten der Klägerin entschieden und sich damit auf den Standpunkt gestellt, daß ein Vertrag, durch den vereinbart ist, daß dem Handlungsgeschäft für die Zeit seiner Krankheit kein Gehalt gezahlt werde, ungültig ist. Diese Entscheidung des Gerichts, als erstes der deutschen Kaufmannsgerichte, ist um so beachtenswerter, als über die Auslegung des genannten Paragraphen des Handelsgesekbuchs unter den Kommentaren Meinungsverschiedenheiten bestehen und von den ordentlichen Gerichten bislang nur das Berliner Landgericht in zwei Fällen die Frage zugunsten der Handlungsgeschäftigen entschieden hat.

Aus Industrie und Handel.

Neue japanische Anleihe. Japan gedenkt eine weitere Kriegaanleihe im Auslande aufzunehmen, und zwar diesmal in England und Deutschland. An der Börse lief sogar heute mittag das Gerücht um, daß bereits von japanischer Seite Verhandlungen mit der Deutschen Bank und der Deutsch-Asiatischen Bank angeknüpft seien. Daß Japan wieder Geld braucht und Neigung hat, sich an den deutschen Geldmarkt zu wenden, ließ sich schon am Sonnabend aus verschiedenen Präparierungen entnehmen. So berichtete die „Frankfurter Zeitung“, daß nach ihren Informationen bereits japanische Unterhändler nach England unterwegs seien und daß man diesmal versuchen wolle, auch an Deutschland heranzutreten. Gleichzeitig veröffentlichte der „Berliner Vorkourier“ eine anscheinend aus dem Kreise der Deutschen Bank inspirierte Notiz, in der es heißt: „Die Ausrückung des Reichslangiers Grafen *Wilow* in der gestrigen Sitzung des deutschen Reichstags, daß, wie die deutsche Regierung keine Veranlassung hatte, eine neue russische Anleihe in Deutschland zu verhindern, sie auch die japanische Regierung nicht verhindern würde, eine Anleihe bei uns aufzunehmen, scheint die Deutsch-Asiatische Bank, zu deren Hauptgeschäftsgebieten Japan gehört, veranlaßt zu haben, im Prinzip dem Gedanken der Mitwirkung bei einer etwaigen neuen japanischen Anleihe näher zu treten. Angesichts der lebhaften Beziehungen, die das Institut mit Japan verknüpft, halten wir es für wahrscheinlich, daß Anerbietungen an die Bank betreffs einer Beteiligung bei den

Japanischen Anleiheoperationen bereits früher herangehrt sind. Die Grundbedingung hierfür bildete aber das Einverständnis der deutschen Reichsregierung. Wenn diese nun, getreu der Parole der absoluten Neutralität, Einwendungen gegen die Plazierung japanischer Staatsobligationen in Deutschland nicht erhebt, was sich aus der gestrigen Erklärung des Grafen Bülow ergibt, so liegt für die Bank jedenfalls kein Grund vor, sich gegen die Mitwirkung an einem solchen Geschäft grundsätzlich ablehnend zu verhalten.

Um welche Summen es sich handelt, ist noch nicht bekannt. Wenig dürfte es nicht sein.

Kaiser-Keller und Kaiser-Hotel. Bis her befand sich der Kaiser-Keller in der Friedrichstraße nebst dem Kaiser-Hotel und dem Kaiser-Café im Besitz einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung; jetzt soll das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Der Hauptbeteiligte, Kommerzienrat Schöner, hat den Besitzanteil seiner Mit-Gesellschafter erworben und gedenkt das Ganze, dem noch die ihm gehörenden Häuser in der Friedrichstraße, der Lauden- und der Jägerstraße hinzugefügt werden sollen, in eine große Aktiengesellschaft umzuwandeln.

Kreuzbergische Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Essen. Auch der Jahresabschluss dieser Gesellschaft beweist, daß trotz aller Klagen der Bergbau zu den rentabelsten Unternehmungen gehört. Nach 402 065 (im Vorjahre 489 577) M. Abschreibungen auf jede Kreuzberg und 276 000 (0) M. Abschreibungen auf jede Julius-Philipp bleibt ein Reingewinn von 2 784 843 (2 993 094) M., aus welchem 35 Proz. (40 Proz.) Dividende an die Aktionäre verteilt werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Ausstand der Berliner Schilderwaler schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ unter anderem: „... Die Arbeiter warteten die gegebene Frist nicht ab, sondern legten die Arbeit und zwar vielfach unter Kontraktbruch nieder“. Damit will man dann die Arbeitgeber scharf machen. Das geschieht seitens der „Arbeiter-Zeitung“ auf Grund einer maßlosen Uebertreibung. Von einem vielfachen Kontraktbruch kann gar nicht die Rede sein. Denn von den 100 Malern, die am 8. März beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen, kamen im Höchstfalle drei in Betracht, die mit Abdingungsfrist zu rechnen hatten. Und das waren Zeichner, die ja ohne die Waler auch nur bedingungsweise arbeiten konnten. — Aber die „Arbeiter-Zeitung“ hat alle Veranlassung, auf die Arbeiter zu wettern, um dann hinter diesem Geschrei die Sünden der Unternehmer zu verbergen, namentlich jene Art und Weise in Vergessenheit zu bringen, in der einzelne Unternehmer gegen die bei ihnen beschäftigten Ausländer vorgehen. Wir wollen — da wir annehmen, die „Arbeiter-Zeitung“ kennt die Dinge nicht genügend — hier einen weiteren Beweis von Unternehmerterrorismus Arbeitern gegenüber geben. Das ist die Firma Adolf Lenau. Wenn wir recht unterrichtet sind, so werden von derselben ausländische Arbeiter mit Vorliebe beschäftigt, da man meint, diese Leute mehr in der Hand zu haben als die inländischen Arbeiter. Bei dieser Firma waren bis jetzt auch drei ungarische Maler beschäftigt, die unter der Zustimmung des Unternehmers an dem Ausstand teilnahmen. Nur sollten sie sich dem Verbande nicht anschließen; die Kosten würde die Firma tragen. Der Ausstand scheint der Firma mittlerweile jedoch ebenso lang geworden zu sein, als die Ungarn Lust an dem Streik bekommen hatten. Am 16. März ging dem einem von ihnen nachstehendes Schreiben zu:

Mit Gegenwärtigem teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen nunmehr einige Tage Zeit gelassen habe, sich den unbedingten Schritt, den Sie und Ihre Kollegen getan haben, zu überlegen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich, falls Sie nicht bis morgen, Freitag, den 17. März früh, Ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben, gegen Sie als Ausländer alle die Schritte unternehmen werde, die mir das Gesetz gestattet. Sie persönlich sind mit 100 M. im Vorhabe und haben außerdem vierzehntägige Kesslung. Nach Rücksprache mit einem Rechtsanwält habe ich demnach nur nötig, eine Selbstaution für die Richtigkeit meiner Behauptungen bei Gericht zu stellen, um Ihre sofortige Verhaftung als fluchtverdächtige und für mein Gut haben nicht sichere Ausländer in die Wege leiten zu können. Bevor ich zu diesem Schritte Ihrerseits gezwungen werde, schreibe ich Ihnen noch dieses Brief und erwarte Ihrerseits, daß Sie morgen die Arbeit wieder aufnehmen. Achtungsvoll
Adolf Lenau.

Die in Betracht kommenden Maler gaben dem Herrn Lenau die einzig richtige Antwort auf seine Drohung. Sie warteten den Verhaftungs- und Ausweisungsbefehl nicht erst ab, sondern sie riefen sofort in ihre Heimat. So hat der Unternehmer der Organisation die Arbeit erleichtert und sich seinerseits noch Kräfte bemächtigt, die Zahl der Streikenden am Orte zu verringern. — Jedenfalls aber wird auch dieser Fall auf die Ausländer in der von uns gewöhnlichen Weise wirken und die Warnungen vervollständigen, die die politische Presse und die Fachblätter des Auslandes den ausländischen Kollegen zugehen ließen. Der Zugang von ausländischen Arbeitswilligen ist fast heimlich abgeschlossen. Der ausländischen Arbeiterpresse sei an dieser Stelle mit dafür gedankt.

Der Stand der Bewegung ist für die Maler ungemein günstig. Arbeitswillige fehlen auch aus den Reihen der inländischen Kollegen. Nur ein Maler Guttad, Schöneberg, Hauptstr. 3, bemühte sich um Streitarbeit. Falls der Genannte Gehältn beschäftigt, werden diese hoffentlich Stellung dazu nehmen. — Wenn einzelne Unternehmer meinen, sie könnten ruhig eine Saison stehen lassen, so vergessen die Herren dabei, daß ihnen mit der Saison auch eine große Anzahl Kunden verloren geht. Die 23 Firmen, welche bereits bewilligt haben, sind mit Arbeit außerordentlich reich versehen. — Interessenten, die ihre Bestellungen von den lahmgelegten Firmen nicht ausgeführt erhalten können, verweisen wir an die Adressen: Restauration „Klosterboden“, Alte Jakobstr. 83. Dort befindet sich das Streikbureau der Arbeiter, wo jederzeit den Interessenten die Firmen, bei denen gearbeitet wird, bekannt gegeben werden.

Lohnbewegung der Sattler.

Zwei Spezialbranchen des Sattlergewerbes befinden sich augenblicklich in einer Lohnbewegung. Die Arbeiter der Gärtele- und Galanteriebranche haben am Sonntag beschlossen, ihre Forderungen am Montag (gestern) in allen Betrieben einzureichen, und überall, wo die Unternehmer Verhandlungen ablehnen, die Arbeit sofort niederzulegen. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: Mindest-Wochenlohn für gelernte Arbeiter 26 M., für Stepperrinnen 18 M., für Hilfsarbeiterinnen aber 16 Jahre 18,50 M., für Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahre 10 M., für männliche Hilfsarbeiter 21 M. Bereits gezahlte höhere Löhne werden um 5 Proz. erhöht. Ueberstunden sind mit einem Aufschlag von 25 Proz. zu bezahlen. Die Arbeitszeit soll 83 Stunden in der Woche betragen. Abschaffung der Alford- und der Heimarbeit. Nach Vorlegung der Forderungen haben 15 der Fabrikanten sich bereit erklärt, mit der Kommission zu verhandeln. Die Lohnkommission hat diese Firmen zu einer Sitzung eingeladen, die am 6. März stattgefunden hat, deren Ergebnis aber bis zur Stunde noch nicht feststeht. Bei zehn Firmen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen einmütig in den Ausstand getreten. In Betracht kommen die Firmen: v. Hofsten, Voas, Haffel, Engel, Veich, Mohr, Jendler, Gohn, Franken u. Christen und die Firma Brummer mit insgesamt 165 Arbeitern und 63 Arbeiterinnen. Im ganzen sind nur vier

Arbeiterinnen und zwei Arbeiter in diesen Betrieben stehen geblieben. Das Zentral-Streikbureau befindet sich Ritterstr. 75 bei Voigt.

Die Polsterer der Eijenmöbelbranche haben beschlossen, die Fabrikanten zu ersuchen, daß sie sich im Laufe des gestrigen Montags zu den Forderungen äußern. Sollten die Forderungen abgelehnt werden, oder keine Antwort erfolgen, so ist am Dienstag (heute) die Arbeit niederzulegen. — Die Forderungen betreffen die Anerkennung eines Alfordtarifs, der die bisherigen Preise um 10 bis 25 Proz. erhöht. Als Stundenlohn werden 70 Pf. gefordert, für Ueberstunden ein Aufschlag von 20 Pf. pro Stunde. Wartezeit wegen Mangel an Material soll den Alfordarbeitern in Lohn bezahlt werden. Ferner wird gefordert die Anerkennung der neunstündigen Arbeitszeit. Dieselbe soll bei schlechtem Geschäftsgange, ehe Entlassungen vorgenommen werden, bis auf sieben Stunden verkirzt werden.

Der Metallarbeiterstreik bei der Firma C. Lorenz, Telegraphenbauanstalt, dauert unverändert fort. Am Montag stellten sich von den gesamten circa 400 Streikenden nur 2 Mann als Arbeitswillige der Firma zur Verfügung. Alle arbeitssuchenden Metallarbeiter werden dringend ersucht, diesen Streik zu beenden.

Kein neuer Tarif im Dachdeckerberufe.

Der Zentralverband der Dachdecker (Hilfsverein Berlin) nahm in einer zahlreich besuchten Versammlung am Sonntag nochmals Stellung zu seiner Tarifangelegenheit. Nach rechtzeitiger Abstimmung des jetzigen Tarifs ist es zu einer Verhinderung mit den Arbeitgebern bisher nicht gekommen, und es bestehen auch keine Aussichten, ein neues Tarifverhältnis zu schaffen. Die Arbeitgeber haben sich außerstande erklärt, den Stundenlohn auf 75 Pf. zu erhöhen, auch widerlegen sie sich der vom Verbands geforderten Ausschaltung der christlichen Organisation beim Abschluß eines neuen Vertrages. Wie der Vorsitzende Höppler ausführte, ist die Mitwirkung der christlichen Organisation als verträglichster Faktor in einer früheren Versammlung von den Verbandsmitgliedern definitiv abgelehnt worden, weil sich nach und nach ein unheilvolles Verhältnis zwischen diesen beiden Arbeiterorganisationen herausgebildet hat. So z. B. hätten die „Christlichen“ die Verbändler häufig Lumpen, Schwindler und Betrüger geschimpft, was zu allerhand Nebenereien Anlaß gab. Wenn dann unter solchen Umständen die Verbandsmitglieder das Zusammenarbeiten mit den christlichen Schimpfbrüden verweigerten, dann sei sowohl von der christlichen Schimpferei wie auch von diversen Zentrumsorganen ein heilloser Lamento über „sozialdemokratischen Terrorismus“ erhoben worden. Natürlich verheimliche diese Presse geschilderte alle Fälle von „christlichem Terrorismus“, obwohl es eine ganz allseitige Erscheinung sei, daß die Christlichen überall dort, wo sie in der Mehrheit sind, die Verbändler rüchlos aus der Arbeit grauen. Was aber den Christlichen in ihren Domänen recht sei, müsse den Verbändlern hier schließlich billig sein. Die Abneigung beruhe eben auf Gegenseitigkeit. Es stehe den Christlichen ja frei, mit den Unternehmern auf eigene Faust einen ähnlichen Vertrag abzuschließen wie ihn die Verbandsmitglieder antreiben. Da unter den geschilderten Umständen ein neues Vertragsverhältnis aber nicht zustande gekommen sei, so würden die Dachdecker vom 1. April an eben ohne Tarif arbeiten und sich dann den geeigneten Zeitpunkt zur Dursetzung ihrer Forderungen vorbehalten. — Beschlossen wurde sodann, den Arbeitsnachweis in der Gormannstraße zu sperren und sämtliche Mitglieder zu verhaften, nur den Nachweis der Organisation in der Weinstraße zu benutzen. Ebenfalls wurde beschlossen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern.

Der Streik der Kranführer, Transporteure und Hilfsarbeiter von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Abteilung Brunnenstraße, ist beendet. Bereits am Sonntag vormittag bot eine seitens des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufene Versammlung der Streikenden stattgefunden, in welcher auch die zunächst beteiligten Interessenten von den im Betriebe beschäftigten Arbeitern stark vertreten waren. Nach eingehender Aussprache über den Stand des Streiks wurde der Beschluß gefaßt, die bestehende Kommission zu beauftragen, noch einmal mit der Direktion in Verhandlung zu treten und darauf zu dringen, daß der Vertrauensmann Franke wieder an seinen Posten gestellt wird. Diese Verhandlung hat dann auch am Montag stattgefunden, und zwar unter Hinzuziehung des Obmannes des im Betriebe bestehenden Arbeiterausschusses. Die Verhandlung führte zu einem Vergleich, welcher darin besteht, daß die Direktion einwilligte, den Vertrauensmann Fr. wieder in die Absetzung des Meisters Lehmann einzustellen, jedoch nicht als Kranführer, sondern als Hilfsarbeiter in der Kolonne. Auch wurde seitens der Direktion die Zusage gegeben, daß Fr., welcher jahrelang als Kranführer tätig war, zu seine Person etwa herabwürdigenden Arbeiten nicht herangezogen werden soll. Der Lohn soll in aller nächster Zeit für die Hilfsarbeiter in der Kolonne so geregelt werden, daß von einem Lohnausfall vielleicht schon nach 14 Tagen nicht mehr die Rede sein kann. Mit dieser Zusage erklärten sich die Streikenden einverstanden und beschlossen einstimmig, die Arbeit noch am Montag, wie dies von der Direktion gewünscht wurde, wieder aufzunehmen. Da Schichtwechsel im Betriebe eingeführt ist, meldeten sich die Beteiligten dementsprechend um 1½, 2 und 3½ Uhr zum Antritt ihres Dienstes. Somit konnte der gesamte Betrieb, auch die Nachtschicht, wieder aufrecht erhalten werden. Arbeitswillige aus den Kreisen der Berufsangehörigen hatten sich erfreulicherweise nicht gefunden. Dagegen wurden acht Krane, welche am Montag morgen in Betrieb gesetzt worden sind, von Ingenieuren, Technikern und Meistern, also Proletariern im Zylinderhut und Stehkragen, welche sonst derartige Arbeiten als eine Herabwürdigung ihrer Ständeschre betrachten, bedient. Wie verlautet, soll es dabei ohne etliche Unfälle nicht abgegangen sein. Dies dürfte sicherlich ein Beweis dafür sein, daß diese Herren vielleicht wohl in der Theorie bewandert sind, daß es aber in der Praxis bei ihnen hapert. Zur Ausführung der veranwortungsvollen Arbeit der Kranführer gehört nicht nur Körperkraft, sondern auch Gewandtheit und Geschicklichkeit, um Maschinen und deren Bestandteile, welche oftmals ein Gewicht von 200 bis 400 Zentnern haben, ohne dieselben zu beschädigen und, was die Hauptsache ist, ohne Unfälle transportieren zu können. — Es wurde der Kommission zugestanden, daß hinsichtlich der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für diese Abteilung in nächster Zeit Verhandlungen stattfinden sollen.

Achtung, Arbeiter! Die Kollegen von Potsdam und Rowadow befinden sich im Ausstande und warnen wir daher dringend vor Zugang nach diesen Orten. Auch ersuchen wir die Kollegen, welche bei einem Potsdamer oder Rowadower Meister in Berlin arbeiten, dieses sofort in unserem Bureau, Engel-Platz 15, zu melden.

Der Delegierte.

Deutsches Reich.

Düsseldorf. Die Bauarbeiter Düsseldorf sind in eine Lohnbewegung eingetreten, die freien Gewerkschaften haben sich mit den Christlichen zu einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt. Es ist den Unternehmern ein Tarif unterbreitet worden, der ein Jahr Gültigkeit haben soll. Gefordert wird eine 10stündige Arbeitszeit für die Sommermonate. Die Maurer verlangen einen Stundenlohn von 57 Pf., die Bauhilfsarbeiter einen solchen von 47 Pf. Der Lohn soll Freitag abend vor Feierabend auf der Baustelle ausgezahlt werden; jede Wartezeit sollen die Unternehmer vergüten. Weiter verlangen die Bauarbeiter die Abschaffung der Alfordarbeit und die genaue Einhaltung der Arbeiterausweisbestimmungen und Sanitätsvorschriften. Maßregelungen wegen

Zugehörigkeit zur Organisation oder Tätigkeit für dieselbe dürfen nicht stattfinden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten soll eine Sechser-Kommission gewählt werden, bestehend aus den in Betracht kommenden Organisationen.

Die Arbeiterorganisationen reichten ihre Forderungen schon im Februar dieses Jahres ein, wurden aber einer Antwort seitens der Arbeitgeberorganisationen nicht für würdig gehalten. Diese werden sich vielmehr vor einigen Tagen mit einem Schreiben an den Gesellenauschuß der Bauinnung. Die „Zugehörigkeits“, die sie machten, sind folgende: Sie wollen einen Normalstundenlohn von 54 Pf. für Maurer und 44 Pf. für Hilfsarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit im Sommer bewilligen, und zwar bis zum 31. März 1907. Den Lohn wollen sie am Sonnabend abend nach Feierabend ausbezahlen. Agitation auf der Baustelle zieht die sofortige Entlassung nach sich. Das Brennmaterial zum Heizen der Baubude sollen die Arbeitnehmer (1) liefern. Die Wahl einer Kommission wird abgelehnt, weil die Verhandlungen nur mit dem Gesellenauschuß gepflogen werden sollen.

Auf diese Abänderungen ihres Vorschlages gingen die Arbeiter nicht ein; in gemeinschaftlichen Versammlungen faßten sie vielmehr folgende Resolution:

Die Versammelten bedauern den ablehnenden Standpunkt der Innung gegenüber den Arbeiterorganisationen, der in der völligen Ignorierung derselben seitens der Innung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten in Zukunft die Anerkennung der Organisation der Arbeiter, entsprechend den heutigen Wirtschaftsverhältnissen. Des Weiteren erklären die Versammelten, daß die Beschlüsse der Innung, betreffend die Arbeitszeit, Lohnfestsetzung usw., nicht den Wünschen der Arbeiter gerecht werden, und beauftragen die Lohnkommission, den hiesigen Arbeitgeberverband und die freie Bauinnung um weitere Verhandlungen zu ersuchen.

Es liegt jetzt an den Unternehmern, einen Kampfe vorzugeben; ein wenig mehr Konzessionen werden von den Arbeitern erwartet.

Gleichzeitig mit den Bauarbeitern sind die Schneidergehülfen Düsseldorf in eine Bewegung eingetreten. Doch handelt es sich bei dieser Bewegung um Befreiung bestehender Mißstände; eine Lohnforderung kommt nicht in Betracht. Es ist eine Kommission zur Untersuchung der Uebelstände gewählt worden, und hofft man auf eine friedliche Lösung der Differenzen.

Auch wollen die Gärtnergehülfen in Düsseldorf ihre Lage verbessern, doch finden sie gar kein Entgegenkommen bei den Gärtnerbesitzern. Diese haben die Forderungen der Gehülfen, die mehr als bescheiden genannt werden müssen, sie verlangen einen Wochenlohn von 20 M. bei 11stündiger Arbeitszeit, als zu hoch und unerfüllbar erklärt und daraufhin jede Verhandlung mit der Gehülfenkommission abgelehnt. Zu einem Streik wird es wohl in diesem Gewerbe nicht kommen, weil die Organisation noch zu schwach ist. Die Stellungnahme der Unternehmer wird die Gehülfen vielleicht zu einem Zusammenschluß treiben.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am 13. März Fr. Dr. Wjodszynski über Formen und Verlauf der Lungentuberkulose. Die sehr zahlreiche Versammlung folgte mit lebhaftem Interesse den höchst interessanten klaren Ausführungen der Referentin. Es ergab sich, wie notwendig die Aufklärung über die so weit verbreitete Krankheit in der Arbeiterschaft ist, wie tief sie mit den sozialen Verhältnissen zusammenhängt, und auch im wesentlichen nur durch Besserung derselben mehr und mehr verschwinden wird. Die Debatte war sehr lebhaft, man griff die Krankenassenverwaltungen an, die oft in der Verschreibung von nährkräftigen Heilmitteln zu burokratisch vorgehen.

Die nächste Versammlung ist eine Wanderversammlung und findet am 27. März im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, statt. Das Referat hat Herr Dr. Maurenbrecher übernommen.

Vorfrühwald. Die Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Vorfrühwald und Umgegend findet Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale von Rob. Schmidt in Zegel, Schlieperstr. 64, statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 20. März. Amtliche Meldung. Ein Telegramm aus Winduk meldet: Unteroffizier Hans Schnabel, geboren am 6. Februar 1882 zu Scheriden, früher im Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1, ist am 14. März 1905 im Lazarett Bethanien am Typhus gestorben.

Hamburg, 20. März. (B. T. N.) Wie die Abendblätter melden, wurde in einer Sandgrube bei Alsterdorf ein Handlocher mit Papieren gefunden, aus welchen hervorgeht, daß die beiden am Sonntagabend aus der Alster gezogene zusammengebundenen Leichen der Klempner Heinrich Koberle aus Altona und in Schlesien und dessen Sohn sind.

Die Bewegung in Rußland.

Zelatorinow, 19. März. (B. T. N.) Die Verwaltung der Neuwirtschaftlichen Gesellschaft verzweigte die geforderte Lohnherabsetzung. Die Hüttenwerke in Jusowo und die Kohlengruben im Kreise Wladimir sind geschlossen. Die Entlassung von 13 000 Arbeitern steht bevor.

Tiflis, 20. März. (B. T. N.) Die Bauernruhen im Gouvernement Kutais breiten sich aus. Die gegenseitige Feindschaft zwischen den Kobanmehancan und Armeniern im Gebiete von Kars wird beunruhigend, besonders im Hinblick auf die Anwesenheit von zahlreichen aus der Türkei geflüchteten Armeniern. Es sind Sicherheitsmaßregeln getroffen worden.

Ein Attentat auf den Gouverneur von Wiborg.

Helsingfors, 20. März. (Meldung von Rihans Bureau.) Auf den Gouverneur in Wiborg (Finnland) Wjasofedow, ist heute von einem unbekannt, ungefähr fünfundsiebenzigjährigen Mann geschossen worden. Die Verwundungen des Gouverneurs sind lebensgefährlich.

Helsingfors, 20. März. (Meldung von Rihans Bureau.) Der Mann, der den Mordanschlag gegen den Gouverneur Wjasofedow in Wiborg verübt, ist verhaftet. Er heißt Matti Reimila. Er hat gegen den Gouverneur drei Schüsse in dessen Bureau abgegeben. Man glaubt jetzt, daß die Verwundungen des Gouverneurs nicht lebensgefährlich sind.

Boston (Massachusetts), 20. März. (B. T. N.) Durch eine Kesselexplosion entstand heute eine Feuerbrunst in der Groverischen Schuhfabrik. Dabei sind, wie bisher festgestellt wurde, 26 Personen umgekommen, deren Leichen bereits geborgen sind; es ist nicht bekannt, ob noch mehr tote unter den Trümmern liegen.

Boston (Massachusetts), 20. März. (B. T. N.) Die Zahl der beim Brande der Groverischen Schuhfabrik umgekommenen, deren Leichen bisher geborgen sind, beträgt 35, die der Verletzten beträgt fünfzig. Ein Fabrikbeamter äußerte, daß möglicherweise hundert Personen ums Leben gekommen sind.

Boston (Massachusetts), 20. März. (B. T. N.) Bis jetzt sind im ganzen 60 Leiden von bei dem heutigen Fabrikbrande Verunglückten zutage gefördert.

Die Pest in Chile.

Santiago de Chile, 20. März. (Meldung der Agence Havas.) Die Pestepidemie, die schon seit vorigem Jahre in Iquique herrschte, breitet sich jetzt auch im Süden aus; heute sind in Valparaiso vier Pestfälle festgestellt worden.

Reichstag.

168. Sitzung vom Montag, den 20. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem, Freiherr v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich bedauere lebhaft, daß als die Budgetkommission über diese Vorlage beriet, es noch nicht bekannt war, in welcher Höhe die Nachtragsforderungen für Südwesafrika sich belaufen würden. Bekanntlich handelt es sich um eine Nachtragsforderung für 1904 in der Höhe von 27 1/2 Millionen Mark und um eine Ergänzungsforderung für 1905 in der Höhe von 34 1/2 Millionen Mark, zusammen also 61 1/2 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können aber auch darauf rechnen, daß das noch nicht die letzten Forderungen für Südwesafrika sind. In dem Ergänzungsetat wird auch eine Forderung enthalten sein über die Verstärkung der Schutztruppe in Kamerun. Im übrigen wurde es auch bereits in der Budgetkommission klar, daß auch für Kantschou zweifellos erhebliche Mehrforderungen zu erwarten sind zum Teil für die dort stationierte Schutztruppe und zum Teil für die Schiffe.

Endlich wird uns das Militärpensions-Gesetz erhebliche Mehrkosten machen. Weiterhin ist es zweifellos, daß im nächsten Jahre eine neue Marineforderung kommen wird. Dazu sollen nun noch die Mehrausgaben der gegenwärtigen Vorlage kommen, falls dieselben, woran ja nicht zu zweifeln ist, von der Mehrheit bewilligt werden. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich um eine Mehrforderung von 74 Millionen Mark, darunter 62 Millionen für einmalige Ausgaben. Jedenfalls ist das eine sicher, daß der Reichshaushalts-Etat durch diese hier aufgeführten Forderungen sich noch erheblich ungünstiger stellen wird. Der Reichstag hat also allen Grund, sich die Vorlage drei- oder viermal näher anzusehen, ehe er sie bewilligt. Die erhöhte Friedenspräsenzstärke wird mit dem Hinweis auf die politische Lage begründet. Das ist ja natürlich, denn die Armee ist ja nicht Selbstzweck, sondern soll nur das Vaterland verteidigen. Ich muß noch einmal, wie schon bei der Generaldebatte des Etats, darauf hinweisen, daß es gar keinen ungünstigeren Zeitpunkt für eine neue Militärvorlage geben kann als den gegenwärtigen, weil auf absehbare Zeit die Entscheidung eines europäischen Krieges ausgeschlossen ist.

Wenn wir die großen Opfer ansehen, die der russische Krieg in den letzten Wochen gelöst hat, wenn wir sehen, daß die russische Armee fast vollständig vernichtet ist, so ist meines Erachtens eine große Sicherheit gegeben, daß Rußland auf eine sehr lange Reihe von Jahren nicht in der Lage sein wird, einen Angriff gegen uns zu richten. Für jeden Monat, den Rußland den Krieg weiter führt, braucht es ein volles Jahr, um die durch den Krieg verursachten Schäden auszugleichen. Dazu die Revolte im Inneren Rußlands. Ich meine, daß uns auf absehbare Zeit von Rußland absolut kein Angriff droht. Auch die französische Presse, insbesondere das offizielle Organ der französischen Regierung, der „Temps“, rät Rußland zum Frieden, weil, wenn Rußland den Krieg noch lange fortsetzt, Frankreich auf absehbare Zeit keine Aussicht hat, von Rußland unterstützt zu werden, wenn Frankreich den Versuch machen sollte, einen Krieg vom Jaune zu brechen. Wir haben also auch von französischer Seite in absehbarer Zeit einen Angriff nicht zu erwarten. In dem Maße, in dem sich die Friedenszeit verlängert, sinkt die Wahrscheinlichkeit, daß Europa noch jemals in einen großen Krieg verwickelt werden wird. In den Schlachten in der Mandchurie standen sich Hunderttausende gegenüber, und wenn man sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigt, die sich bei der Verpflegung dieser Massen ergeben haben, und bedenkt, daß es sich bei einem Kriege in Europa um Tausende von Millionen handeln würde, so muß man es für unmöglich halten, daß die Völker Westeuropas jemals einen Krieg beginnen werden.

Unsere Armee würde aber auch im Falle eines Krieges allen Anforderungen genügen, die eventuell an sie gestellt werden könnten. Da sollte sich doch der Reichstag ernsthaft fragen, ob die Vorlage, die aus von meinem Standpunkte aus als klein bezeichnet werden muß, absolut notwendig ist, um die Sicherheit des Landes in allen auswärtigen Verwicklungen zu garantieren, ob wirklich eine so enorme Befehlsstärke, daß Deutschland nicht mehr in der Lage wäre, seiner Feinde Herr zu werden. Angesichts der schwierigen Finanzlage sollten Sie doppelt und dreifach prüfen, ob noch eine weitere Vermehrung der Truppenzahl für Deutschland notwendig ist. Ein ausländischer Sachmann hat berechnet, daß Deutschland im Falle eines Krieges schon jetzt geradezu kolossale Mengen an Mannschaften werfen kann. Jährlich werden in Deutschland 260 000 Mann ausgebildet. Im Falle eines Krieges kann Deutschland 4 940 000 Mann ausgebildeter Mannschaften zu den Waffen einziehen. Rechnet man die circa 400 000 Mann Abgang, so bleiben für die effektive Kriegsführung 4 1/2 Millionen Mannschaften, zu denen noch 250 000 Interoffiziere treten, so daß die Kriegsstärke 4 1/2 Millionen beträgt. Im äußersten Falle kommen dazu noch sechs Jahrgänge Ersatzmannschaften, die während des Krieges eingezogen und ausgebildet werden, wie 1870 und jetzt in Rußland und Japan, so daß wir also über 5 1/2 Millionen verfügen. (Hört! hört!) Kein Land der Welt verfügt im Falle eines Krieges auch nur über eine annähernd gleiche Truppenzahl, und der Militärverwaltung zum Ruhme muß anerkannt werden, daß all das, was auf dem Papier steht, in Deutschland auch wirklich vorhanden ist. Ich will von Rußland gar nicht reden, aber auch andere Länder sollen in dieser Beziehung viel zu wünschen übrig lassen. Da sollte doch der Reichstag sorgfältig prüfen, ob diese Vorlage wirklich notwendig ist. Schon jetzt kann Deutschland trotz straffster Anspannung der Steuerkrone nicht einmal in normalen Friedenszeiten die Mittel aufbringen, die seine Wehrverfassung erfordert. Was soll da werden, wenn ein Krieg ausbricht und die finanziellen Anforderungen über alles Maß hinausgehen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der schwierigen Finanzlage Deutschlands sollte der Reichstag sich doppelt und dreifach überlegen, ob diese Vermehrung wirklich notwendig ist. Wenn man aber schon einmal glaubt, auch diese Vorlage bewilligen zu müssen, so sollte man sich wenigstens fragen, ob nicht durch Ersparnisse die Mehrausgaben der Vorlage sich wieder ausgleichen lassen. In dieser Beziehung hat sich die Mehrheit des Reichstages die Sache außerordentlich leicht gemacht. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß weit mehr, als die Vorlage kostet, auf andere Weise zu ersparen wäre, ohne den bisherigen Stand der Heeresorganisation irgend zu beeinträchtigen. In einem Berliner Blatt hat vor wenigen Tagen ein höherer sächsischer Offizier sich mit aller Entschiedenheit gegen diese neue Vorlage ausgesprochen, ganz Deutschland ohne Unterschied der Parteianhängerung sei gegen diese weitere Vermehrung der Armee eingenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In jedem Falle aber sei es notwendig, durch eine Herabsetzung der Dienstzeit nicht nur bei den Fußtruppen, sondern auch bei der Kavallerie zu sparen; die Ausbildung der Soldaten lasse eine große Menge von Vereinfachungen ohne alle Schwierigkeiten zu. Das wird man um so weniger bestreiten können, als durch kaiserliche Verordnung in der letzten Zeit eine Reihe von Reformen im Exerzierreglement durchgeführt worden sind, die früher hier die Sachverständigen jahrelang für unmöglich erklärt haben. Daß der Parademarsch für die kriegsmäßige Ausbildung der Truppen unzweckmäßig und sogar die Ursache einer großen Zahl späterer und immer Krankheitsfälle in der Armee ist, wird von militärischen Sachverständigen selbst zugegeben. Wenn man ihn doch beibehält, was man schwerwiegende Gründe dafür ins Feld führen können.

Durch Abschaffung des Parademarsches würden eine Menge Klagen in der Armee beseitigt werden, ohne daß die Kriegsbereitschaft des Heeres um das geringste vermindert würde. (Sehr richtig! links.) Ferner muß endlich einmal eine Vereinfachung in der Uniformierung in die Wege geleitet werden; seit 16 Jahren trete ich nun dafür ein, ohne daß ich viel Unterstützung dabei gefunden hätte. Dabei ist die Frage doch absolut keine politische, sondern nur eine Zweckmäßigkeitsfrage. Es kann doch keinem von uns daran liegen, daß im Kriege wegen der jetzigen unzweckmäßigen Uniformen mehr Opfer fallen. Und dann sollte man auch die finanzielle Frage einer neuen zweckentsprechenderen Uniformierung in Betracht ziehen; viele Millionen ließen sich durch zweckentsprechende Ausrüstung der Truppen ersparen. Zweifellos ist der Karaffierhelm ein ganz vorzügliches Zielobjekt für den Feind (Sehr richtig!), und dies ganz besonders beim Aufklärungsdienst, der sich ja wegen der weiten Tragfähigkeit der modernen Geschosse weit schwieriger gestaltet. Auf 1500 oder 1600 Meter kann ein hinter einem Baum versteckter Infanterist einen solchen Reiter wegsehen ohne daß man ahnt, woher die Kugel kommt. Aber alle diese Dinge sind ja für die Herren der Majorität ein „Noli me tangere“. Sie wissen, daß an sehr maßgebender Stelle besondere Vorliebe für äußeren Glanz und Prunk besteht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Tatsächlich werden beim Militär fortwährend Änderungen eingeführt. Der ganze Jidgadhurs präsentiert sich in der Entwicklung der Armee genau so, wie in der ganzen äußeren und inneren Politik. Oberst Gaedke im „Berliner Tageblatt“ hat das sehr hübsch charakterisiert, indem er alle die verschiedenen Änderungen zusammenstellte. Da gab es erst die Schaffung neuer Bataillone, dann ihre veränderte Organisation, dann ihre Abschaffung. Dann wurden Meldereiter eingeführt, Meldereiter neu organisiert, Meldereiter abgeschafft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles das hat der Reichstag bewilligt, ohne sich aufgeregt zu haben über die Widersprüche, die sich seit 1 1/2 Jahrzehnten in der Entwicklung des Heeres zeigen, und zwar auf allen Gebieten der Heeresverwaltung. Da wurde erst die denkbar größte Ungleichheit zwischen den einzelnen Divisionen geschaffen, dann hieß es wieder, alle Divisionen müßten gleich organisiert werden, und es wurde daraufhin wieder eine Mehrforderung begründet. (Sehr richtig! links.) Aber bis jetzt ist kaum eine Militärforderung an den Reichstag gekommen, die von militärischen Sachverständigen so bekämpft worden wäre als die gegenwärtige, speziell mit Bezug auf die Vermehrung der Kavallerie. (Zustimmung links.) Bei ihrer Begründung wird wieder auf die Möglichkeit eines Krieges mit zwei Fronten hingewiesen. Aber selbst in diesem Falle wäre die Vermehrung der Kavallerie überflüssig. In der „Breslauer Morgenzeitung“ hat ein sehr tüchtiger pensionierter Offizier kürzlich drei Artikel erscheinen lassen. Er bezieht sich dabei auf den Berichterstatter eines großen süddeutschen Blattes — ich vermute die „Frankfurter Zeitung“ —, den dieses auf den Kriegsschauplatz entsandt hat. Da wird erklärt, die Kavallerie hätte sich einfach überlebt. Selbst attackierende Kavallerie, die doch sonst das Schlachtfeld so angiehend gemacht hätte, ließe sich gegenwärtig nicht mehr verwenden. In der Schlacht am Schamo haben nicht nur die Japaner ihre Kavallerie nicht besonders entfaltet, was man ja allenfalls damit erklären könnte, daß man sagt, die Japaner hätten sich mit ihrer Kavallerie nicht besonders sehen lassen können, sondern auch die Russen haben ihre berühmte Kavallerie, die noch dazu in dem General Krennankampfs einen besonders tüchtigen Führer gehabt hat, nicht irgendwie entscheidend verwenden können. Höchstens ein Angriff auf die Infanterie sei noch möglich; aber so lange noch eine Infanterie-Abteilung ihrer selbst Herr sei, so lange sie Patronen in der Tasche habe, könne auch sie die Kavallerie zurückweisen. Die Kavallerie ist also einfach aus der modernen Schlacht ausgeschlossen. (Hört! hört! links.) Ich meine, wenn in dieser Weise die Sachverständigen sich milde gesagt, unglücklich sind, ob eine Vermehrung der Kavallerie nötig ist, dann sollte doch der Reichstag eine Mehrforderung auf diesem Gebiete nicht bewilligen. Denn es steht hier Behauptung gegen Behauptung: auf der einen Seite die Sachverständigen, die sagen, wir haben Kavallerie übergenug, wir brauchen sie nur richtig zu verwenden; auf der anderen Seite die Militärverwaltung, welche eine Vermehrung fordert. Nun wissen wir allerdings, daß die Kavallerie sehr große Liebhaber hat, sehr einflussreiche Liebhaber! (Sehr richtig! links.) Gewisse Kreise betrachten die Kavallerie sozusagen als eine Sporttruppe, und von dieser Seite wird immer mehr darauf gedrängt, dieser Sporttruppe eine größere Bedeutung zu geben. Wir aber als Volkvertreter haben eine andere Stellung einzunehmen. Wenn die Urteile der Sachverständigen so aneinandergehen, so kann der Reichstag gar nicht anders handeln, als der Vorlage ein glattes Nein entgegenzusetzen. (Zustimmung links.)

Der Präsident teilt mit, daß ein Antrag Dr. Spahn (Z.) und Genossen eingelaufen ist, welcher folgende redaktionelle Änderung fordert: Während die Regierungsvorlage eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke schon im Laufe des Rechnungsjahres 1900 auf 505 889 Gemeine, Gefeite und Obergefeite fordert, wünscht Antrag Spahn, daß die Friedenspräsenzstärke im Laufe des Rechnungsjahres 1900 nur die Zahl von 504 665 Gemeinen, Gefeiten und Obergefeiten erreichte und erst im Laufe des Rechnungsjahres 1910 auf 505 889 erhöht wird. Der § 2 wird in der Form des Kommissions-Antrages erfordert, daß bei der Kavallerie zehn Eskadrons bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1910, die übrigen bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1900 gebildet werden.

Die Kommission fordert außerdem, daß von der Friedenspräsenzstärke 2000 Delonomiehandwerker abgehen, für deren Ersatz durch Zivilhandwerker die Vorbereitungen spätestens bis zum 31. März 1910 im Etat zu treffen sind.

Abg. v. Rorermann (kon.): Der Abg. Graf Stolberg hat bereits bei der ersten Lesung der Militärvorlage erklärt, daß wir der Vorlage günstig gegenüberstehen. Wir halten die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und die Neuformationen im Interesse der Sicherheit unseres Vaterlandes für notwendig. Der Abg. Bebel hat aus dem Verlauf des russisch-japanischen Krieges den Schluss gezogen, daß eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nicht notwendig sei. Wir müssen da mehr Wert legen auf die Ansichten unserer militärischen Autoritäten und auf unsere eigenen Ansichten. Nachdem sich der Kriegsminister in der Kommission mit dieser Änderung der Vorlage einverstanden erklärt hat, werden wir der Kommissionsfassung und dem Antrage Spahn zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Orsla (nall.): Herr Bebel hat alles mögliche vorgebracht, was er seit Jahren an der Armee anzusetzen hat, aber all das kann uns in unserer Stellungnahme zu diesem Gesetz nicht beeinflussen. Herr Bebel hat von der Notwendigkeit gesprochen, Ersparnisse zu machen. Da, wo es sich aber darum handelt, das Durchhaus Rütige für die Wehrkraft des Vaterlandes zu bewilligen, halten wir jede Sparbarkeit für verfehlt. Die Verbesserung der Finanzen kann nur auf dem Wege einer durchgreifenden Reichs-Finanzreform geschehen. Wir halten es nicht für richtig mit Rücksicht darauf, daß einer unserer Nachbarn in seiner Wehrkraft augenblicklich geschwächt ist, von einer Vermehrung der Flotte (Heiterkeit links), des Heeres (Abg. Singer: Der Flotte auch! Heiterkeit) — darüber sprechen wir später — abzustehen, und werden für die Fassung der Kommission stimmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Meine Freunde werden für die Kommissionsbeschlüsse mit dem Antrag Spahn stimmen. Herr Bebel meinte, nie sei ein ungünstigerer Zeitpunkt für eine Heeresorganisation gewesen. Es ist schon in der Kommission vor solchen Prophezeiungen gewarnt und daran erinnert worden, daß kurz vor dem 70er Kriege ein Abrüstungsantrag damit begründet wurde, daß kein Wöllchen an politischen Horizont sei. Herr Bebel hat ja mit Recht Ersparnisse gefordert. Aber

durch Vereinfachung des Exerzierens und Beseitigung des blinkenden Karaffierhelms wird doch kein Geld gespart. In der Schlacht zieht man übrigens den leinenen Ueberzug über den Karaffierhelm und damit blinkt er nicht mehr, Herr Bebel! Ich schließe mit den schönen Worten des Generals v. Clauswitz: Nur wenn Volksharakter und Kriegsgewöhnung in beständiger Wechselwirkung sich gegenseitig tragen, kann ein Volk hoffen, einen festen Stamm in der politischen Welt zu haben. Wenn ein Volk einen festen Stamm in der politischen Welt dauernd bewahren will, so darf es nicht warten, bis der Krieg über es hereinbricht, sondern muß im Frieden schaffen was notwendig ist! (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Ich will kurz die Unterschiede zwischen der Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen darlegen. Der Reichstag hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Zuschußanleihen zu beseitigen. Sie hat infolge dessen die Erhöhung der Präsenzstärke erst vom 1. Oktober dieses Jahres an bewilligt, damit die Belastung des diesjährigen Etats nicht zu stark wird, und auch das erst, nachdem die Regierung sich bereit erklärt haben, die Patrimonialbeiträge zu leisten. — Die Beseitigung der Delonomiehandwerker ist eine alte Forderung meiner Partei gewesen. Durch ihre Erhöhung in die Friedenspräsenzstärke haben wir erreicht, daß auch die 2000 Delonomiehandwerker, die später noch beseitigt werden sollen, dann von der Friedenspräsenzstärke abgehen.

Abg. v. Tiedemann (Sp.): Meine Freunde haben von Anfang an der Vorlage mit großen Sympathien gegenübergestanden; wir begreifen auch die Vermehrung der Kavallerie und erkennen es an, daß die Heeresverwaltung sich hier auf das Notwendigste beschränkt hat. Mit dem redaktionellen Antrag Spahn können wir uns einverstanden erklären.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wenn behauptet wird, daß die Niederlage der Russen durch die Japaner lediglich herbeigeführt worden sei durch ihren Mangel an festgelegten Formationen, so wird das wohl innerhalb und außerhalb des Hauses niemand glauben. Man sollte vielmehr an den Vers denken: „Liebe des Vaterlands, Liebe des freien Manns sichern den Herrscherthron wie Fels im Meer“. Wenn die Russen etwas mehr Freiheit hätten, dann würden sie vielleicht manches ersehen können, was ihnen jetzt an kriegerischer Energie fehlt. (Sehr richtig! links.) Wenn Herr Liebermann v. Sonnenberg darauf hingewiesen hat, daß auf Jena und Auerstädt infolge der Heeresreorganisation Leipzig folgte, so hat er dabei die Stein-Gardenbergische Gesetzgebung vergessen. Aus der Zeit nach Jena und Auerstädt kann man viel eher lernen, daß man militärische Köpfe nicht konfizieren, sondern beschnitten soll. Meine politischen Freunde sind durchaus nicht abgeneigt, der Heeresverwaltung dasjenige zu gewähren, was notwendig ist zur Verstärkung der Wehrkraft insbesondere auf Grund der technischen Fortschritte der Neuzeit. So werden wir der Vermehrung der Artillerie, der Pioniere u. unbedingte zustimmen. Wir sind aber nicht einverstanden mit der Bindung auf eine längere Zeit. Eine Notwendigkeit der Vermehrung aus der gegenwärtigen politischen Weltlage abzuleiten, ist unmöglich. Wir haben ja in der Budgetkommission erfahren, daß das Kriegsglück nicht immer bei den stärksten Bataillonen ist, sondern bei den besten Eisenbahnen. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Für die Beseitigung der Delonomiehandwerker und ihre Ersetzung durch Zivilhandwerker haben wir uns stets ausgesprochen. Dagegen können wir der Vermehrung der Kavallerie nicht zustimmen. Der Kriegsminister hat zwar in der Kommission eine sehr schöne Rede für diese Vermehrung gehalten, aber er hat mich nicht überzeugt. Ich muß mich in bezug auf die Kavallerie im wesentlichen dem anschließen, was Abg. Bebel ausgeführt hat. Wir haben als Abgeordnete nicht immer nur neue Ausgaben zu unterstützen, wir müssen auch prüfen, wie sie gedeckt werden sollen. (Zustimmung links.) Wenn die Rechte stets für eine Finanzreform im Reich eintritt, so möchte ich sie bitten, doch zunächst die Liebesgaben für die Landwirtschaft zu beseitigen. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Einem: Der Herr Abg. Bebel hat in seiner heutigen Rede, die er übrigens schon mehrmals gehalten hat (Sehr richtig! rechts), eine tiefe Wahrheit ausgesprochen: Wenn er auch Late wäre, so könnte er doch bestimmt behaupten, daß der Aufklärungsdienst der Kavallerie bedeutend schwerer geworden sei als früher. Das habe ich schon immer in der Kommission behauptet und betont, und gerade darum habe ich auf Verbesserung und Vermehrung der Kavallerie hingewirkt. Es hat mich sehr gefreut, daß Herr Müller-Sagan mich eine Autorität für ihn genannt hat (Widerpruch des Abg. Müller-Sagan) — oder sollte ich ihn mißverstanden haben, das wäre mir furchtbar leid. (Große Heiterkeit.) Und daß er gesagt hat, ich hätte in der Kommission für die Kavallerievorlage eine sehr hübsche Rede gehalten — oder sagte er sogar „schöne“? (Große Heiterkeit), freut mich auch. Er meinte aber, ich hätte die Beweise für die Notwendigkeit einer Vermehrung der Kavallerie nicht erbracht.

Ich frage die Mitglieder der Kommission, die überhaupt für Militärforderungen zu haben waren. Wenn ich dem Abgeordneten Dr. Müller-Sagan den Beweis nicht erbracht habe, so lag es wirklich nicht an mir. Wir brauchen für den schwierigeren Dienst der Kavallerie im Frieden eine bessere Kavallerie, und die können wir nur erreichen, indem wir unsere Kavallerie vermehren, damit wir unseren Infanteriedivisionen bessere Kavallerie zuerteilen können. Ich bin dem Abg. Dr. Müller-Sagan schließlich noch sehr dankbar, daß er mich auf einen Umstand aufmerksam gemacht hat, dessen Wichtigkeit und Wichtigkeit mir bisher ganz entgangen ist, daß nämlich die Lanzenfähnen ein Sammelherd von Bakterien und Bazillen sind. Ich werde demnächst eins dieser Fähnen dem Reichs-Gesundheitsamt einschicken. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Schröder (fr. Sp.): Die gegenwärtige Vorlage soll nichts weiter sein als eine technische Verbesserung der Armee. Wir legen keinen großen Wert darauf, ob die Bewilligung auf längere oder kürzere Zeit erfolgt. Hierin können wir also nicht mit dem Abg. Dr. Müller-Sagan übereinstimmen. Abg. Bebel schien sogar anzudeuten, daß eine Verminderung der Armee gegenwärtig möglich sei, weil Rußland geschwächt ist. Aber wenn Rußland schwach ist, können andere Mächte entsprechend stärker werden. Ich erinnere an die vielen ungelösten Fragen auf der Balkanhalbinsel. Wir brauchen also eine starke Armee auch für die Zukunft. Die Frage ist also nur noch die: können wir eine Abkehrung der gegenwärtigen Vorlage beantworten? Es ist das eine militärtechnische Frage. Ich bin nicht in der Lage, meine Autorität gegenüber der des Kriegsministers einzusetzen. Ich glaube auch nicht, daß zum Beispiel Abg. Dr. Müller-Sagan dazu in der Lage ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Frage der Kavallerie-Bedeutung ist völlig strittig. Der Wurenkrieg war überhaupt kein eigentlicher Krieg, und die Erfahrungen über den russisch-japanischen Krieg sind völlig unabweisbar. So wenig wir also im allgemeinen wünschen, daß sich die Ausgaben für das Heer vermehren, so wenig sind wir in der Lage, dieser Vorlage entgegenzutreten. Die Annahme wird uns dadurch erleichtert, daß die Deckung nicht durch indirekte Steuern, sondern durch Erhöhung der Patrimonialbeiträge erfolgen soll. Eine Reichs-Verkehrssteuer scheint uns die beste Wehrsteuer zu sein. Wir sind also, wie gesagt, für die Vorlage und zwar in der Fassung der Kommission. (Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Bäder (Unit.): Wir haben zwar einige Bedenken gegen die Vorlage, werden ihr aber doch zustimmen. Erleichtert wird uns diese Zustimmung durch die gleichzeitige Einführung der zwei-jährigen Dienstzeit. Im Gegenjag zu Herrn Bebel sind wir der Meinung, daß die politische Lage gerade die gute Ausrüstung der

Abg. Bäder (Unit.): Wir haben zwar einige Bedenken gegen die Vorlage, werden ihr aber doch zustimmen. Erleichtert wird uns diese Zustimmung durch die gleichzeitige Einführung der zwei-jährigen Dienstzeit. Im Gegenjag zu Herrn Bebel sind wir der Meinung, daß die politische Lage gerade die gute Ausrüstung der

Abg. Bäder (Unit.): Wir haben zwar einige Bedenken gegen die Vorlage, werden ihr aber doch zustimmen. Erleichtert wird uns diese Zustimmung durch die gleichzeitige Einführung der zwei-jährigen Dienstzeit. Im Gegenjag zu Herrn Bebel sind wir der Meinung, daß die politische Lage gerade die gute Ausrüstung der

Armeen erfordert. Russland hat noch ungeheure Stillschäfte zur Verfügung und es wird jedenfalls die erste Gelegenheit benützen, um sein Prestige wiederherzustellen. Auch Japan wird sicher nicht aufhören, weiter zu japanisieren.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ueber die Notwendigkeit der Kavallerieverstärkung zu urteilen ist vor allem Sache des politischen Staatsmannes und des politischen Volksvertreters und nicht des militärischen Fachmannes. Der Kriegsminister glaubte dann meine Bemerkung wegen der Fährlichkeit der Manöver mit einer scherzhaften Bemerkung abtun zu können. Der Heeresverwaltung wird aber bekannt sein, daß Männer wie Professor Bergmann darauf aufmerksam gemacht haben, daß Fegen Stoff, die durch die Kugel in den Körper gebracht werden, die Heilung der Wunde sehr erschweren. So bin ich allerdings der Meinung, daß es eine Forderung der Menschlichkeit ist, Wunden, die man mit der Lanze beibringt, nicht noch durch Nachführung eines Lappens zu vergiften.

Kriegsminister v. Einem: Aus meiner sachmännlichen Einseitigkeit heraus möchte ich den Abgeordneten Dr. Müller-Sagan dahin informieren, daß bei einem Lanzensiege, der auch nur einen halben Zoll eindringt, ein Reiter vom Pferde hinuntergestoßen wird. Die Lanzenfahne befindet sich aber 1/3 Fuß unterhalb der Spitze. Ich war selbst in den französischen Kriegen und habe keinen französischen gesehen, der von der Fahne auch nur berührt worden wäre.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe lediglich aus sachmännlichen Erwägungen heraus Veranlassung genommen, die Sache vorzubringen. Es kommt doch nicht darauf an, daß ein kleiner Lanzensiege genügt, um einen Reiter vom Pferde zu stoßen, sondern darauf, ob nicht bei einem raschen Ansturm auch einmal die Lanze bis zur Flanke in den Körper eindringen kann.

Kriegsminister v. Einem: Verehrter Herr Abg. Müller-Sagan! Denken Sie sich, daß ein Mensch von einer Lanze bis zur Flanke durchdrungen wird; das sind dann doch solche Verletzungen, daß der Betroffene sich in der Tat nicht mehr um Wazillen kümmern braucht. (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes betreffend Aenderung der Wehrpflicht, durch das die Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Feldartillerie auf drei Jahre, für die übrigen Waffengattungen auf zwei Jahre festgesetzt wird. Die Kommission hat die Vorlage der Regierung unverändert angenommen, aber als neuen Paragraphen die Bestimmung eingeschaltet, daß die Zeit für die Wehrpflichtigen der Personen des Berufsstandes unter möglicher Berücksichtigung der Interessen der bürgerlichen Berufskreise, namentlich der Ernteverhältnisse, festzusetzen sei.

Hierzu liegen folgende Anträge Albrecht u. Gen. (Soz.) vor: Die zweijährige Dienstzeit auch für die Kavallerie und reitende Feldartillerie festzusetzen und die Bevorzugung der Einjährig-Freiwilligen aufzuheben. Ferner schlägt Abg. Dr. Müller-Sagan eine Resolution vor, die verbündeten Regierungen zu erforschen, in Ausführung der Bestimmung des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Regelung der Vorbildungen, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen.

Abg. v. Kormann (L.): Meinen politischen Freunden wird die Stellung zu diesem Gesetz etwas schwer. Wir wissen nicht, ob die geforderte Kompensation tatsächlich ausreicht für die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Wir müssen die Verantwortung der Militärverwaltung überlassen, wenn wir trotzdem für den Gesetzentwurf stimmen. Im Falle der Annahme der sozialdemokratischen Anträge ist das ganze Gesetz für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Sadekum (Soz.):

Der Abg. v. Kormann brauchte sich wirklich nicht so viel Mühe zu geben, das Jawort seinem Herzen abzurufen. (Weiterkeit links.) Denn die dreijährige Dienstzeit wird nie wieder eingeführt werden, am wenigsten bei der jetzigen Finanzlage, auch wenn dieser Entwurf nicht Gesetz würde. Daß 1893 nicht die zweijährige Dienstzeit sofort gesetzlich festgelegt wurde, geschah nur deshalb nicht, weil die Regierung ein PreSSIONSMITTEL in der Hand haben wollte. Diese Schraube sollte den Reichstag dazu pressen, später eine Heeresvermehrung zu bewilligen. Die haben wir jetzt. Mit Erfolg hat die Regierung ihre Schraube in Bewegung gesetzt.

Zur Frage des Einjährig-Privilegs übergehend, begründet Redner den sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung dieser Geldsack-Verzinsung. Das Verdrängungsweesen hat die Bildungsbefreiungen nicht gefördert, sondern in ernsthafter Weise gefährdet. (Sehr richtig! links.) Die Dunkelhaftigkeit in der Bourgeoisie ist nicht zum wenigsten auf dieses Verdrängungsweesen zurückzuführen. Es müßte doch auch für die Angehörigen der bestehenden Klassen etwas Hohe sein, wenn sie der Bildungsbefreiungen nachgehen können ohne den Ausblick auf einen unmittelbaren zu erreichenden materiellen Vorteil. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Einjährig-Privilegium ist aber nicht nur eine Ungerechtigkeit gegen die große Masse des Volkes, sondern es schädigt auch den inneren militärischen Dienst. Die Einjährigen sind ein störendes Element im militärischen Körper, die Einjährigen treiben Luxus, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel veranlassen sie zu Verfechtungen der Unteroffiziere und Feldwebel. Dazu kommt, daß die Einjährigen sich bei den Unteroffizieren durchaus nicht besonderer Achtung erfreuen und dementsprechend behandelt werden. Das wird erst anders werden, wenn die Freiwilligen nicht mehr den größten Teil der Dienstzeit außerhalb der Kaserne zubringen werden.

Die Folge der Befreiung des Privilegs der Einjährig-Freiwilligen-Dienstzeit wäre zweifellos auch eine weitere Bekürzung der zweijährigen Dienstzeit: wenn der Sohn des Bourgeois und des Junkers ebenso wie der Arbeiter und der Bauer zwei Jahre bei der Fahne bleiben müßte, würde man auch auf jener Seite des Hauses bald die Ueberzeugung gewinnen, daß man sehr gut mit erheblicher kürzerer Dienstzeit auskommen kann. Man hat eingewandt, daß die Einjährigen ja doch fast dieselbe Dienstzeit hätten, daß sie bis zu 40 Wochen Übungen machen müßten. Die übergroße Mehrzahl der Einjährigen aber macht höchstens 20 Wochen Übungen. Nun fragt es sich noch, ob jetzt der richtige Zeitpunkt für eine solche Reform ist. Herr v. Kormann wollte nicht mit einem Federstrich eine so lange bestehende Einrichtung wie die der Einjährig-Freiwilligen beseitigen; im Jahre vorher war er aber dazu bereit, eine ebenso lange bestehende Einrichtung, die dreijährige Dienstzeit, abzuschaffen. — In Frankreich ist jetzt die Reform, die wir verlangen, durchgeführt. Der Kriegsminister hat diese Aenderung als Forderung der Gerechtigkeit verteidigt. Die Lohnarbeiter und Kleinbauern sollten hinfert nicht mehr allein die Lasten des Kriegsdienstes tragen. Bemerkenswert war die Aufnahme unseres Antrages in der Budgetkommission. Keine Partei hat ihn prinzipiell abgelehnt, nur Opportunisten schäftigten wurden dagegen geltend gemacht: Man sei überrascht durch den Antrag, es sei Zeit notwendig, um solche Reformen durchzuführen usw. Die Vertreter einer parlamentarischen Gruppe haben sich unbedingt, andere bedingt auf unseren Standpunkt gestellt. Es ist kein Zweifel, daß die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Forderungen, die in unseren Anträgen formuliert sind, sich durch-

setzen wird. Damit wird wieder in Teil der Vorrechte der wohlhabenden und herrschenden Klassen fallen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.): Wir werden für die Vorlage stimmen. In dem Augenblick, wo wir eine nicht ganz unbedeutliche Vermehrung der Truppenzahl bewilligen, halten wir es für durchaus gerecht, die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzusetzen. — Die einjährige Dienstzeit verliert dadurch wesentlich an Bedeutung. Schon heute dient der Einjährige 1 Jahr 20 Wochen, der Zweijährige 2 Jahr 4 Wochen. Dazu kommt, daß die Einjährigen alles selbst bezahlen müssen und daß sie naturgemäß im Durchschnitt an entgangenen Arbeitsverdienst weit mehr verlieren als die Zweijährigen. Die Aufhebung des Einjährig-Privilegs wäre eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um 20000 Mann. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Frankreich ist das Einjährig-System noch weit mehr ausgebildet und führt zu weit größeren Verlusten. Wir müssen den Antrag der Sozialdemokraten ablehnen, werden aber für die Resolution Müller-Sagan stimmen, die, soweit ich sie verstehe, eine allmähliche Ausdehnung des einjährigen Dienstes einzuleiten beabsichtigt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. v. Kormann und verteidigt seine Resolution. Die Resolution lautet: „Der Reichstag erlucht die verbündeten Regierungen, in Ausführung der Bestimmungen des § 14 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 baldigst einen Gesetzentwurf zur Regelung der Vorbildungen des einjährig-freiwilligen Dienstes vorzulegen.“ Der Wortlaut meiner Resolution ist aus dem Gesetz selbst entnommen. Denn in ihm steht ja das Verprechen, so bald als möglich an eine Aenderung der Dienstzeit heranzugehen. Die einjährige Dienstzeit darf kein Privileg bleiben. Immer weitere Schichten sollten die Erlaubnis bekommen, nur einjährig zu dienen. Wir können also dem sozialdemokratischen Antrag, welcher den Dienst derjenigen Bevölkerungsschicht, welche jetzt schon einjährig dient, verlängern will, nicht zustimmen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Graf v. Oriola (natl.): Wir haben es für richtig gehalten, daß eine so tief einschneidende Maßnahme, wie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, erst Jahre vorher erprobt werde; nachdem sie sich aber bewährt hat, sind wir mit ihrer gesetzlichen Festlegung einverstanden. Wir sehen aber dabei voraus, daß als Korrekturen dafür eine Entlastung und Verrückung der Unteroffiziere eintritt. — Herr Sadekum hat sich für die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie auf Frankreich berufen. Ich meine, wir sollten es den Franzosen ruhig überlassen, mit solchen gewagten Experimenten vorzugehen und sollten an dem Altbewährten festhalten. Der Antrag der Sozialdemokraten geht uns zu weit; dagegen sind wir bereit für den Antrag Müller-Sagan zu stimmen, obgleich uns dieser, der eigentlich nur von der Vorbildung der Einjährig-Freiwilligen spricht, nicht weit genug geht. Wir sind für eine gründliche Reform des Einjährig-Freiwilligenwesens. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Gerade die Parteien, auf deren Drängen die zweijährige Dienstzeit eingeführt ist, sollten alles bewilligen, um das deutsche Heer schlagfertig zu erhalten. Gerade für das Ausbildungspersonal muß aufs beste gesorgt werden. Nun würden die jungen Leute, die jetzt einjährig dienen, das beste Material bilden, um Unteroffiziere daraus zu züchten. Ich bin deshalb stets für Aufhebung des einjährigen Dienstes eingetreten und würde für den durch Einziehung einer Frist gegenüber dem Kommissionsantrag noch verbesserten Antrag Sadekum stimmen, wenn dieser nicht mit dem Antrag auf Verkürzung des Dienstes bei den berittenen Truppen verknüpft ist. Ganz und gar nicht können wir dem Antrag Müller-Sagan zustimmen; auf keinen Fall darf das Institut der Einjährigen noch ausgedehnt werden. Schon die Gebildeten können in dem einen Jahre nicht genügend ausgebildet werden. Jeder, der für die zweijährige Dienstzeit ist, muß sich schon der Verantwortung bewußt sein, damit schon das äußerste bewilligt zu haben. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Rommsen (fr. Sp.): Die gegenwärtige Vorlage ist kein Entgegenkommen seitens der Regierung, sondern nur das Festhalten des schon lange tatsächlich eingeführten Zustandes. Wir stimmen deshalb für die Vorlage als für etwas Selbstverständliches. Dem Antrage auf Herabsetzung der Dienstzeit für die Kavallerie können wir in seiner heutigen Fassung nicht zustimmen; aber seine Tendenz beurteilen wir nicht so ungünstig wie die Mehrheitsparteien. Jedenfalls bedarf diese Frage erster Erwägung seitens der Kriegsverwaltung; vielleicht könnten auch hier zunächst Versuche gemacht werden. — Das Einjährig-Freiwilligen-Institut halten wir für absolut notwendig, schon um des Reserve-Offizierkorps willen.

Abg. Werner (Ant.) spricht sich für die Vorlage und für die Befreiung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs aus.

Abg. Singer (Soz.):

Ich freue mich, daß ich auch einmal Herrn Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg in der Frage der Befreiung des Einjährig-Privilegs auf unserer Seite gefunden habe. (Weiterkeit.) Ueber die Frage der zweijährigen Dienstzeit will ich mich nicht lange verbreiten. Für die tatsächlichen Verhältnisse ist es ja auch gleichgültig, ob sie jetzt festgelegt wird oder nicht. Die Erwiderungen gegen unseren Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie verstehe ich nicht recht. Wenn es möglich ist, einen jungen Mann, der eine bestimmte Zeit auf einem Gymnasium gelesen hat, in einem Jahre kavalleristisch auszubilden, so muß es doch um so eher möglich sein, Leute, die aus Berufskommen, wo ihnen kavalleristische Dinge viel näher liegen, in zwei Jahren genügend auszubilden. Herr v. Liebermann befindet sich in eigentümlichem Widerspruch mit den Parteigenossen vom Bauernbund. Diese legen durchaus Wert darauf, daß ihre Söhne nur zwei Jahre bei der Kavallerie dienen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso befindet sich Herr Gröber mit seiner Stellungnahme gegen die Aufhebung des Freiwilligen-Institutes im Widerspruch mit seinen Parteigenossen in Süddeutschland. Dort bekämpft man seit Jahrzehnten dieses Institut und ist durchdrungen davon, daß es ein Privilegium des Geldsackes ist. Herr Gröber hat hier mit Gründen operiert, mit denen man jedes Privileg verteidigen kann, wenn er meinte, das Privileg sei ja nicht von großer Bedeutung. Wenn das Privilegium so bedeutungslos ist, ei so können Sie es ja um so leichter aus der Welt schaffen, dann hätte diese Reform gewiß keine Schwierigkeit. Dieses ganze Privileg ist einzig und allein zu verteidigen vom Standpunkt der Klassenpolitik, die dem Besitz von vornherein ein Privileg zubilligt, weil er Besitz ist. Wir, die den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, können mit aller Bestimmtheit die entgegengesetzte Schlussfolgerung ziehen. Ich will dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg nicht in die Unterbindung der Gründe folgen, aus denen heraus er für die Abschaffung dieses Privilegs eintrat. Mir genügt, daß er dafür eintritt, und wir werden hoffentlich Gelegenheit haben, ihn beim Worte zu nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Freisinnigen wollen das Privileg dadurch beseitigen, daß sie es zunächst vergrößern. Das ist eine eigentümliche Logik. Je

weitere Kreise ein Interesse daran erhalten, das Privileg aufrecht zu erhalten, um so geringer wird die Hoffnung, überhaupt zu einer Verkürzung der Dienstzeit zu gelangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon deshalb sind wir mit aller Entschiedenheit gegen die Erweiterung dieses Privilegiums. Ein Privilegium des Besitzes bleibt es auf alle Fälle. Glauben Sie denn, daß die Regierung bereit ist, in bedeutendem Umfange Unbemittelten Zugang zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu gewähren?

Der Kriegsminister würde gewiß sehr gern der Abschaffung dieses Privilegiums zustimmen, wenn er nicht daran dächte, daß er bei dem jetzigen System Soldaten hat, die nichts kosten und doch ihre Pflicht und Schuldbiligkeit tun. Die Heeresverwaltung müßte ein schlechter Rechner sein, wenn sie das nicht mit in Erwägung zöge. Nun sagt man, daß ja auch Söhne armer Eltern auf Kosten des Staates einjährig-freiwillig dienen könnten. Ja wohl, das steht auf dem Papier. Wenn der Kriegsminister die Freumbiligkeit haben würde, ein einmal seine Ueberacht darüber vorzulegen, wie weit Einjährig-Freiwillige auf Staatskosten dienen, so würden wir sehen, daß das prozentuale Verhältnis gar nicht in Betracht kommt. Man sagt, man brauche die Einjährigen, damit sie künftig Reserveoffiziere würden. Aber diese sollen ja nicht aus der Armee verschwinden. Wenn sie als zweijährige ausgebildet werden, werden sie ja mit um so größeren Fähigkeiten Reserveoffiziere werden. Unser Antrag wird das Reserveoffizierkorps nur noch lächtiger, nur noch befähigter machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Liebermann hat entschieden mehr Verständnis für unseren Antrag gehabt, als Kollege Gröber. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir die Befreiung in dem Rahmen der heutigen Friedenspräsenzstärke wünschen. Wir haben uns, um den sonst entstehenden Schönheitsfehler im Gesetz über die Friedenspräsenzstärke zu vermeiden, vorbehalten, für den Fall der Annahme unseres Antrages bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke zu beantragen, den Passus über die Einjährig-Freiwilligen zu streichen. Man hat uns heute wieder diejenigen Dinge aus der französischen Wehrverfassung vorgehalten, mit denen wir wohl nicht einverstanden sein würden. Aber es ist doch ganz klar, daß, wenn wir für die Abschaffung des einjährig-freiwilligen Instituts sind und dabei darauf hinweisen, daß es in Frankreich sich gezeigt habe, daß unser Antrag durchaus möglich ist — daß wir noch nicht für jede Bestimmung des französischen Wehrgesetzes stimmen. Erstens wissen wir sehr wohl, das möchte ich Graf Oriola einwenden, daß Frankreich die zweijährige Dienstzeit erst eingeführt hat, nachdem sie sich bei uns vier Jahre bewährt hat. Wenn Frankreich uns in dem Falle was nachgemacht hat, so schließt das doch nicht aus, daß wir Frankreich in einem anderen Falle etwas nachmachen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird uns noch eingewandt, die Mißhandlungen hätten sich durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit vermehrt; aber am stärksten und am niederträchtigsten waren doch die Mißhandlungen in den sechziger Jahren, wo noch die dreijährige Dienstzeit bestand. Wenn eine gewisse Besserung eintrat, so ist das zum Teil, das wollen wir sehr gern anerkennen, den Vermählungen der höheren Kommandostellen zu danken.

Wenn Mißhandlungen jetzt vielleicht mehr bekannt werden, wie früher, so liegt das zum Teil daran, daß jetzt eine, wenn auch nur geringe, aber doch einigermaßen befriedigende Öffentlichkeit im Gerichtsverfahren besteht, zum Teil daran, daß wir hier im Laufe Jahr für Jahr die Fälle zur Sprache bringen. Daß die zweijährige Dienstzeit an sich eine wesentliche Vermehrung der Mißhandlungen herbeigeführt hat, ist eine irrige Annahme.

Der Antrag Müller-Sagan ist deswegen für uns unannehmbar, weil er eigentlich gar keinen Inhalt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Einjährig-Freiwilligen-Institut soll dadurch nicht etwa befristet oder eingeschränkt werden, sondern der Antrag bewegt sich nur in ganz allgemeinen Redewendungen. Aus der Begründungsrede des Antragstellers ging aber sogar hervor, daß die Herren nicht eine Befreiung, sondern eine Vermehrung der Ungleichheiten bei diesem Institut wollen. Die Herren von der Freisinnigen Volkspartei haben sich nur zwar im Prinzip für unseren Antrag erklärt, aber mit ganz wichtigen Gründen weigern sie sich, dafür zu stimmen. Man fragt, wie wir die Kosten decken wollen. Wir verweisen ja beständig auf den Weg der direkten Reichsteuern. (Zuruf: Das genügt nicht.) Das müßte erst einmal abgewartet werden. Man kann aus direkten Reichsteuern schon genügende Mittel herausholen. Nur darf man nicht so simpel sein und bei 4 Proz. Progression Halt machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die Progression bis in die Millionen und vielfachen Millionen Einkommen fortsetzt und bis zu etwa 10 Proz. aufsteigen läßt, wenn Sie dann die Militär- und Marine-Ausgaben aus Ihrem eigenen Beutel bezahlen müßten, dann würden die Ausgaben dafür wohl rasch geringer werden. Der Reichstag hat die Pflicht, ein von allen Parteien verurteiltes Institut endlich zu beseitigen. So lange er das nicht tut, wird das Volk es durchaus zu würdigen verstehen, daß die Mehrheit des Reichstages wieder einmal ein bevorrechtliches Privilegium des Besitzes verteidigt hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Abg. Singer hat gefragt, was unser Antrag für einen Inhalt hat. Heute beruht das Einjährig-Privilegium auf einer Instruktion, die auf Grund des § 11 des Kriegsdienst-Gesetzes von 1807 erlassen ist. Unser Antrag verlangt eine gesetzliche Festlegung. Wenn dann ein derartiger Gesetzentwurf dem Hause unterbreitet sein wird, wird es an der Zeit sein, die in unserem Antrag dargelegten Gedanken zur Wahrheit zu machen. Wir drücken uns nicht um die Entscheidung herum, wir wollen sie nur an einer Stelle herbeiführen, wo ihr praktische Wirksamkeit gegeben werden kann. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den reitenden Truppenteilen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei und des Abg. v. Verlach, der Antrag auf Befreiung des Einjährig-Freiwilligen-Institutes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antisemiten, der Abgeordneten Jessen (Däne) und v. Verlach abgelehnt. — Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Etat des Reichs-Militärgerichtes und Militärretat in zweiter Lesung. Schluß 7 Uhr.

Die diesjährige Bezirksversammlung der Rottensburger Versicherungs-Anstalt a. S. zu Görlitz für Berlin und Boroche findet am Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr, in Döllers Festsaal, Neue Friedrichstraße 25, statt. Tages-Ordnung: Wahl des Bezirksvorsitzenden, der Bezirksvertreter und deren Stellvertreter, Anträge an die General-Versammlung z. U. S. Ausweis für die Teilnehmer dienen die Versicherungsurkunden (Sterbefallenscheine) nebst letzten Beitragsquittungen.

Wasserstand am 20. März. Elbe bei Ruffig + 2,29 Meter, bei Dresden + 0,74 Meter, bei Magdeburg + 2,93 Meter. — Ustrut bei Straußfurt + 2,40 Meter. — Oder bei Rathow + 3,02 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,34 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 1,62 Meter, bei Frankfurt + 2,07 Meter. — Weichsel bei Brachmünde + 5,43 Meter. — Warthe bei Posen + 2,08 Meter. — Rega bei Wlch + 1,46 Meter.

Nicht Genuss-, sondern Nahrungsmittel

braucht der menschliche Organismus, wenn er den großen Arbeitsanforderungen auf die Dauer erfolgreich widerstehen soll! Die geforderten Eigenschaften solcher Nahrungsmittel heißen immer wieder **großer Nährwert** und **leichte Verdaulichkeit**. In Knorr's Hagerpräparaten und Suppenmehlen besitzen wir vorzügliche Fabrikate, die nicht nur wohlschmeckend sind, sondern denen nährrende und gesundheitsfördernde Bestandteile in reichem Maße innewohnen. Niemand darf deshalb unterlassen, Knorr's Hagerpräparate weitgehendst zu verwenden; dieselben sind in allen einschlägigen Verkaufsgeschäften erhältlich.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Dienstag den 21. März, abends 8 Uhr, in Scherachs Festsälen, Mühlendammstr. 45:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Ströbel über: „Kulturfortschritt und gepanzerte Faust“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Hensel, Invalidenstr. 1a:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul John über: Erklärung der Religion zur Privatsache. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste — Damen und Herren — haben Zutritt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein.

Der Vorstand.

Genossen und Genossinnen!

Dienstag, den 21. März 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Kellner, Koppenstr. Nr. 29:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: „Der politische Massenstreik“. Referentin: Klara Zetkin aus Stuttgart. Zu äußerst zahlreichem Besuch dieser Versammlung ladet ein Die Vorsitzende für die Frauen Berlin.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

in der Musikerbörse, Kaiser Wilhelmstr. 18m. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Beschlußfassung über unser diesjähriges Stiftungsfest. 3. Stellungnahme zu den letzten Vorgängen in unserem Gewerbe. Kollegen, die jetzige Zeit erfordert, daß ein jeder pünktlich in dieser Versammlung erscheint.

Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15 (großer Saal):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht von 1904. 2. Bericht der Uebertritts-Kommission. 3. Die diesjährige Reise. 4. Wahl des ersten Kassierers. 5. Verschiedenes. Kollegen! Da in dieser Versammlung endgültiger Beschluß gefaßt werden soll, unter welchen Bedingungen der Uebertritt in den Holzarbeiter-Verband am 1. April erfolgt, ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Auch wird der diesjährige Jahresbericht dabei ausgegeben.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Den Kollegen von **Weißensee** zu Reminis, daß sich vom Montag, den 27. März, ab, die **Zahlstelle, Arbeitsnachweis und Bibliothek** im Lokal „Zum Prälaten“, Ecke Leberstr. und König-Chaussee befindet.

Kollegen, welche noch Maschinen-Billetts abzurechnen haben, werden ersucht bei **H. Schulz**, Weidenweg 33 und **E. Berndt**, Caprivistraße 25, sowie in der General-Versammlung dem sofort nachzukommen.

Der Vorstand.

Achtung! Verband der Portefeuille und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Festsälen, Rannunstr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Tuberkulose und Werkstatthygiene. Referent: Dr. Zadek. 2. Diskussion. 3. Der Bäckerarbeiterstreik. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen. Das bestimmte und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Filiale Berlin II (Posamentiere). Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Brückner** über: Friedrich Schiller. 2. Bericht der Sachkommission. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Frankes Festsäle

Amt I, 899. Sebastianstraße 39. Amt I, 939.

Empfehle meine hochseiner renovierten **Festsäle** nebst großem Naturgarten, welches mit schöner Bühne, zu Sommerfesten, Versammlungen usw. unter kulantesten Bedingungen.

Sonnabende und Sonntage nach frei. In ständigen Versammlungen ist der Mittwoch frei geworden.

Baldwin Franke, Sebastianstr. 39.

Orts-Krankenkasse Lichtenberg.

Mittwoch, den 22. März 1905 abends 8 Uhr:

Ordentl. General-Versammlung

im Lokale der Herren Gebr. Arnold (Schwarzer Adler) Frankfurter Chaussee 120, Zimmer rechts vom Haupteingang.

Tages-Ordnung: 1. Vorlegung der Jahresrechnung und des Berichtes der Rechnungs-Kommission. 2. Annahme der Jahresrechnung und Bericht des Vorstandes. 3. Ergänzung eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Arbeitnehmer. 4. Kassensachenangelegenheiten. Die Herren Delegierten werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand. P. Leyn, Vorsitzender.

Gänsefedern 60 Pf.

per Pfund (größer zum Schreiben). Schlachtfedern, wie sie u. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, halbfertiger Scherapp M. 2,00, bessere Gänsefedern M. 2,50, 3,00, best. Scherapp M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weisse Daunen M. 3,00, gefüllte Daunen M. 1,50, 2,00, 2,50, prima gefüllte M. 3,00, 3,50. Versand gegen Nachnahme. Berlin S. **Gustav Lustig**, Prinzenstraße 46a. Eine Vertiefungsabrik m. elektr. Betrieb. Die Vertiefungsabrik.

Hundkrankheiten

Spezialbehandlung. Tierarzt Philipp, Koppenstr. 9. Sprechstunden: Montag 9-11, 4-5, Sonntag nur vormittags.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Hoffäger-Palast, Hasenheide 52/53. Tages-Ordnung: 1. „Die Entwidlung der Sozialreform in Deutschland“. Referent: Reichstags-Abgeordneter **F. Lesche**. 2. Diskussion. Gäste — Damen und Herren — haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).

Dienstag, den 21. März, abends 8 Uhr, in Graumanns Festsälen, Rannunstr. 27:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Proletarisierung bürgerlicher Schichten. Referent: Redakteur **Kaliski**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Platz 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 9053. Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher sowie aller in den mechanischen Betrieb. beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen bei Buggenhagen, Cronenstr. 147 (am Moritzplatz).

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Streik bei der Firma C. Lorenz. Referent: **Wiesenthal**. 2. Diskussion. Es ist dringend notwendig, daß alle Kollegen und die in der Branche beschäftigten Kolleginnen in dieser Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. März 1905, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstendamm“, Rönneckerstr. 137:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die wichtigsten Bestimmungen über Unfallversicherung. Referent: **Genosse Theodor Fischer**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Wir ersuchen die Mitglieder, mit Frauen recht zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

Die besten Herren-Sommer-Paletots u. Anzüge in neu. sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliere getragen Sachen, last neu, für jede Figur haltend, speziell **Bauchauszüge** sind in großer Auswahl stets zu haben billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand, 129. Skalitzerstr. 129. Hochbahnstation Kottbusser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten. Sonntag bis 2 Uhr geöffnet.

Möbelfabrik.

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage empfehlen.

solide zu billigen Preisen

F. Baumgarten & Söhne, O. Große Frankfurterstraße 29.

Da mein **dänischer Anker-Kautabak** häufig in minderwertiger Ware nachgeahmt wurde, bringe ich denselben von jetzt ab unter dem Namen **Dänischer Kapitän-Tabak** (gesetzl. geschützt 75 658) in den Handel.

(5 u. 10 Pfennig-Schleifen und -Rollen.) Mein „Kapitän-Tabak“ ist nur echt, wenn sich in jedem Stück ein Zettel mit der Aufschrift **„Kapitän-Tabak“** befindet, oder das Etikett der 10 Pf.-Rollen diese Aufschrift trägt; andernfalls ist der Tabak als unecht zurückzuweisen.

Solche Fälle, in welchen Nachahmungen unter dem Namen „Kapitän-Tabak“ verkauft worden, bitte ich mir zur Kenntnis zu bringen, damit ich strafrechtlich dagegen einschreiten kann.

Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Fernsprecher: Amt VII, 3861.

Empfehle gleichzeitig meine seit Jahren hier eingeführten **Schnupf- und Rauchtobake** sowie **Nordhäuser und Kopenhagener Kautabake**. Alle gangbaren Zigarretten zu Originalpreisen (Garbáty, Josetti, Manoll, Phänomen und viele andere Marken).

Inventur-Räumungs-Preise!

Gardinen

abgepasste Fenster, weiß und crème

Shawllänge pro 3 Mtr.	pro Patr.	M. 2 50
Shawllänge pro 3,20 Mtr.	pro Patr.	M. 3 35
Imit. Point-lace Gardinen, pr. Patr.		M. 5 85
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores		M. 1 05
Gestickte echte Spachtel-Stores		M. 5 65
Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores		M. 4 35
Tüllbettdecken 190/220 cm.		M. 2 35
Reichgest. Erbs-tüllbettdecken		M. 5 35

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Oranien-Straße 158. Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko

Ein Versuch -

dauernde Kundenschaft!

Von 1 M. wöchl. Teilzahlung an liefert elegante, fertige **Herren-Moden.** Gegen Kaffe billiger Preise.

Erfah. für Maharbeit. Anfertigung nach Maß. feinste Verarbeitung.

Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.** Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Arbeiter! Raucht Malinda-Zigarren!

Vertreter: S. Rind, Marsillusstr. 23.

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konfektion, feinste Jutal., 2 Knöpfe. Für guten Sitz bekam gold. Webstoffe. **Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II.** (Alexanderplatz). — (Gegründet 1892. 1903)

X. Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und Weißbinder Deutschlands.

Hamburg, 17. März.

Nachmittags-Sitzung.

Zur Beratung steht die Frage der Agitation. Zimmermann, Frankfurt a. M., unterbreitete die Beschlüsse der Kommission. Es wird die Anstellung von 5 weiteren Bezirksbeamten — analog der schon berichteten Bezirksbeimteilung — gefordert. Die Filialen Charlottenburg, Altona und Wandsbeck, welche bisher sich abgeneigt zeigten mit den anliegenden Filialen: zu einer Ortsverwaltung zusammenzugehen, wurden zur Verschmelzung aufgefordert. Nachdem Redner beteiligter Filialen, so auch Fleming-Charlottenburg, sich dagegen gewandt haben, beschließt die Versammlung, die Neuordnung mit dem Termin, wo das neue Statut Gültigkeit erlangt, in Kraft treten zu lassen. Vorgelesen ist ferner eine Beitragsleistung an die Hauptkasse von 35 Pf. pro Sommerwoche. Prinzipielle Gründe werden hiergegen nicht erhoben, jedoch gefordert, sich die Debatte vorwiegend über die Kostenbedeutung und die Anstellungsbedingungen äußern zu lassen. Das Anstellungsverhältnis der Bezirksbeamten soll nur gelöst werden können, „wenn grobe Pflichtverletzung vorliegt“. Die Bestallung selbst erfolgt durch den Vorstand und Ausschuss. Bei den Filialbeamten soll es ebenso gehandhabt werden; anstelle des Ausschusses tritt jedoch die Filialverwaltung. Diese und nachfolgende Vorschläge werden akzeptiert: Filialen mit mehr als 500 Mitgliedern können Beamte anstellen. Die Besoldung erfolgt durch die Hauptkasse. — Filialen mit 300 bis 500 Mitgliedern können Beamte anstellen, jedoch müssen die Filialen 1/2 des Gehalts zuschießen. — Das Regulativ der Bezirksleiter und Agitationskommissionen wird ein bloc angenommen. Das Streitreglement erhält folgende Ergänzungen resp. Abänderungen: Genehmigte Streiks werden nach zwei Tagen von Seiten der Hauptkasse unterstützt. — Ledige, die nachweislich der Ernährer der Familie sind, erhalten pro Woche 12 M. Unterstützung. — Die zu neuen Bedingungen Arbeitenden haben für jeden vollen Tag 50 Pf. abzuführen. — Letztgenannte Erhebung soll ganz auf die Hauptkasse gebührt werden. Eine sehr interessante Debatte zeitigte der Antrag auf Festlegung der Höchstgrenze der zu unterstützenden Kinderzahl. Man einigte sich in der Annahme eines Antrages, wonach die Unterstützung den bisherigen Regeln nicht überschreiten darf.

18. März. Vormittags-Sitzung.

Vorsteher wird die Angelegenheit der Lackierer erörtert. A. Pih-Hamburg befragt eine größere Agitation unter den Lackierern, die unter sehr ungünstigen Bedingungen in bezug auf Lohn- und Arbeitszeit zu leiden haben. Auch müsse den Lackierern größere Bewegungsfreiheit gewährt werden. Derselben müssen in den Filialverwaltungen unbedingt sich und Stimme haben. Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme: „Der Hauptvorstand ist beauftragt, nach vorheriger Prüfung der Sachlage in Fällen, wo durch Arbeitseinstellung zum Zwecke der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse irgend einer Verursacher in einem Industriebetriebe die Lackierer in Mitleidenschaft gezogen werden, Streikunterstützung zu gewähren. Der Hauptvorstand möge ein besonderes Flugblatt oder eine Agitationsbroschüre auf Grund des im Geschäftsbericht enthaltenen statistischen Materials für die Lackierer herausgeben.“ In der Debatte hierüber wird betont, daß sich die Lackierer nach den bisherigen Gepflogenheiten nicht beklagen können; man ist ihnen bei jeder Gelegenheit entgegengekommen. Schließlich fand die Resolution Annahme.

Ein Antrag der Gewerkschaft der Maler-Arbeitsleute Hamburgs: „Sämtliche in Deutschland beschäftigte Maler-Arbeitsleute heranzuziehen und diese in selbständigen Sektionen der Vereinigung anzuschließen, und dem Tagelohn in den verschiedenen Städten entsprechend, die Klassifizierung der Beiträge vorzunehmen.“ wird abgelehnt mit der Motivierung, daß es sich schwer machen läßt, für eine kleine Zahl besondere Beiträge einzusetzen. Den Maler-Arbeitsleuten sei genügend Gelegenheit gegeben, sich in den Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter zu organisieren. Die Beschwerdekommision erachtet noch über eine Angelegenheit in bezug auf die in diesem Jahre stattgefundenen Wahlen der Ortsverwaltung Berlin, in der Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen seien, Bericht. Die Kommission schlägt vor, die Wahl des Ortsverwalters zu annullieren und eine Neuwahl vorzunehmen. Nachdem von Reich die Verhältnisse in der Filiale Berlin eingehend geschildert, wird der Kommissionsantrag angenommen. — Nunmehr erfaßt Link Berlin namens der eingesehten Kommission für Abhaltung eines internationalen Kongresses einen eingehenden Bericht. Er empfiehlt folgende Resolution:

„Die 10. in Hamburg tagende Generalversammlung erklärt sich im Prinzip für Abhaltung eines internationalen Kongresses; sie hält einen solchen indessen gegenwärtig nicht für zweckmäßig, weil es hierzu in anderen als der mit unserer Organisation im Kartellvertrag stehenden Ländern an jeder Vorbedingung fehlt. Dem Hauptvorstand wird anheim gegeben, Verbindungen mit den etwa bestehenden Zentral-Organisationen anzuknüpfen und sich, soweit es möglich ist, über die Ziele und Tätigkeit dieser Organisationen zu informieren und eventuell den Abschluß eines Kartellvertrages mit denselben anzubahnen. Das gesammelte Material ist der nächsten Generalversammlung vorzulegen.“

Der Vertreter der serbischen Organisation bittet um Anbahnung eines Kartellvertrages mit dieser Organisation. Dieses soll speziell der Vorstand und Ausschuss erwägen.

Die von Link vorgeschlagene Resolution wird einstimmig angenommen.

Nunmehr wird, da die Statutenberatungs-Kommission ihre Arbeiten erledigt, weiter in die Beratung eingetreten.

Referent der Kommission ist wiederum Zimmermann-Frankfurt a. M. Dem § 1 des Statuts, der den Zweck der Vereinigung darlegt, soll zugefügt werden: „Aufnahmen statistischer Erhebungen zur Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.“ Dies wird angenommen. Zu den weiteren Paragraphen, die den Beitritt, Austritt und Ausschluß behandeln, werden besonders wesentliche Abänderungen nicht gemacht.

Nachmittags-Sitzung.

Unter den Bestimmungen des § 5 „Filialverwaltung“ wird folgender Passus angenommen: „Die Verwaltungsbeamten sind jedes Jahr in der im ersten Quartal stattfindenden Generalversammlung (die nicht nach dem 1. März stattfinden soll), zu wählen. Nicht wiedergewählte Verwaltungsbeamte bleiben so lange im Amte, bis die Bestätigung der neuen Verwaltung durch den Hauptvorstand erfolgt.“

Bei der weiteren Beratung der Paragraphen werden in der Hauptsache die vom Hauptvorstande gemachten Vorschläge angenommen.

Von mehreren Filialen lagen Anträge abends Einführung einer Arbeitslosenunterstützung vor. Die Kommission schlägt vor, einen Beschluß auf der Generalversammlung nicht zu fassen. Sie empfiehlt: Vor dem 1. August d. J. soll nochmals eine Urabstimmung vorgenommen werden, bei der folgende Unterstützungsätze unterbreitet werden: Diejenigen, die eine jährliche Mitgliedschaft ausweisen können, erhalten auf die Dauer von 30 Tagen eine Unterstützung im täglichen Betrage von 60 Pf., dreijährige für 35 Tage 65 Pf. pro Tag, vierjährige für 40 Tage 70 Pf. pro Tag und fünfjährige als Höchstgrenze für 45 Tage 75 Pf. pro Tag.

Einige Schärfen in dem vorigen Regulativ des Vorstandes sind gestrichen worden, und sonst hofft die Kommission bestimmt auf

eine endliche Annahme der Unterstützung bei der Urabstimmung. Diese Vorschläge nimmt die Versammlung an. — Bei der Wahl des Vorstandes werden Tobler als erster Vorsitzender, Krüger als zweiter Vorsitzender, Bentler als Kassierer und Marx als Redakteur einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg. Als Vorsitzender des Ausschusses wird Leinert mit dem Sitz Hannover wiedergewählt. Nach den üblichen Schlussreden der ausländischen Delegierten und des Vorsitzenden Tobler wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen der Organisation geschlossen. Die Delegierten enternen sich unter dem Gesange der Arbeitermarschallaise.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr, findet im Hofjäger-Palast, Hofenstraße 52/53, eine Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter F. Lesche über „Die Entwicklung der Sozialreform in Deutschland“ sprechen wird. Frauen haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Charlottenburg. Der Sozialdemokratische Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Hermann Förster über: Reichsfinanzpolitik. 2. Diskussion. 3. Erwahl des Vorstandes und der Bezirksführer. 4. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Röpenitz. Mittwoch abend Punkt 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins in Schörs „Wilhelmsgarten“. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kiesel über: Das Erfurter Programm. Diskussion. Stellungnahme zur Kaiserfeier.

Erfurt. Dienstag abend 8 1/2 Uhr ist bei Kurzhals, Wilhelmstraße Ecke Hübnerstraße, Versammlung des Wahlvereins. Bericht der Gemeindevertreter.

Ober-Schönweide. Heute abend 7 Uhr ist Handzetteldruckerei. Die Parteigenossen wollen in den belamten Lokalen zahlreich und pünktlich zur Stelle sein.

Schwabbe. Heute sind die Wahlen zur Gemeindevertretung in der dritten Abteilung. Die Wahlhandlung ist von 5 bis 6 1/2 Uhr. Bei der letzten Wahl fehlten uns nur 2 Stimmen an der Mehrheit; veräume niemand sein Wahlrecht auszuüben!

Lokales.

Die großen Gefahren des neuen Fleischschau-Gesetzes

und dessen Ausführungsbestimmungen für Berlin, die in manchen Kreisen bisher noch unterstützt wurden, sind jetzt selbst von dem Polizeipräsidenten anerkannt worden. Die gemischte Deputation, die von der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat eingesetzt ist, hat außer den Versuchen, durch Verhandlungen mit den in Berlin bestehenden Organisationen der Fleischer und Engroschlächter Mittel und Wege zur Verhütung der Einfuhr gesundheitsgefährlichen Fleisches zu finden, durch den Magistrat die Anfrage an den Polizeipräsidenten gerichtet, was seitens der Gesundheitspolizei geschehen sei, um die Einwohnerschaft der veränderten Sachlage gemäß gegen die Einfuhr nichtuntersuchter oder nach der Untersuchung in gesundheitsgefährlichen Zustand übergegangenen Fleisches zu schützen.

Auf diese Anfrage ist jetzt eine Antwort eingegangen, welche die Einwohnerschaft auf das höchste heimruhigen macht. Der Herr Polizeipräsident erklärt, daß die beamteten Tierärzte in den Markthallen wiederholt Kontrollen ausgeübt haben, auch wiederholt von außerhalb eingeführtes Fleisch gefunden worden sei, das nicht abgeimpft war. Mehr zu tun sei er nicht in der Lage, insbesondere kann er die Fleischerläden, Wurstfabriken usw. nicht kontrollieren und revidieren, da er dazu keine geschulten Beamten habe. Ferner sei nach dem Gesetz vom 14. Mai 1879 die Kontrolle in den Vorratsräumen nur bei den wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz Vorbestraften zulässig, auch bei diesen Personen nur auf die Dauer von drei Jahren nach der erlittenen Bestrafung. Auf Grund dieser Erklärung des Polizeipräsidenten, welche durch jede Kritik nur abgeschwächt werden würde, beschloß die Deputation einstimmig, den Magistrat aufzufordern, sofort an den Polizeipräsidenten ein Gesuch zu richten, für Berlin eine Kontrollstation, wie sie die Stadt Bielefeld bereits hat, mittels Verordnung einzuführen, der das gesamte von auswärts eingeführte Fleisch zur Feststellung vorgelegt werden muß, ob es ordnungsgemäß untersucht und inzwischen nicht verdorben ist. Hauptsächlich läßt dieser dringende Schrei, der von der Berliner Bevölkerung gefordert werden muß, mit seiner Durchführung nicht zu lange auf sich warten. Die maßgebenden Behörden tragen jetzt für alle eintretenden Folgen der Einfuhr und des Genusses verdorbenen Fleisches die Verantwortung.

Stadtverordnetenvorwahlen finden heute im 3. und 4. Wahlbezirk der 1. Abteilung statt. Im 3. Wahlbezirk, den der verstorbene Stadtverordnete Reichow 22 Jahre vertreten hat, ist der Handelsrichter Dyrrenburg als liberaler Kandidat aufgestellt. Im 4. Wahlbezirk, den der verstorbene Stadtverordnete Lemde seit 11 Jahren im roten Hause vertreten hat, ist der Pelzhändler Gohlde, Friedrichstraße, zum liberalen Kandidaten nominiert worden. Da hier der Geldsack nicht von der Arbeiterschaft bedrängt wird, kann die Ernennung zum Stadtverordneten völlig nach Herzenswunsch der Freiwahligen erfolgen.

Das Birchow-Krankenhaus,

das an der Seestraße emporwächst und seiner Vollendung entgegengeht, hat also nun, wie wir am Sonnabend meldeten, sein Direktorium erhalten. Der Magistrat hat in der Sitzung vom letzten Freitag die beiden Direktoren für die innere bezw. für die äußere Abteilung sowie den Verwaltungsdirektor gewählt. Die Frage, wie die Leitung der neuen Anstalt zu organisieren sei, ist von den städtischen Behörden lange erwogen worden. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung erklärte sich gegen den Plan des Magistrats, ein Kollegium aus zwei ärztlichen Direktoren und einem Verwaltungsdirektor zu bilden. Sie empfahl, über die beiden Leiter der inneren und der äußeren Abteilung als Direktor einen Mann zu stellen, der selber ein hervorragender Arzt sein müsse. In einem Dreimännerkollegium, wie der Magistrat es vorschlug, pflegt der Verwaltungsdirektor sehr bald die alleinige Leitung an sich zu bringen. Da geraten dann die ärztlichen Direktoren in ein Abhängigkeitsverhältnis, das den Zwecken der Anstalt keineswegs förderlich ist. Die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung entschied sich, ungeachtet

dieser Bedenken, für ein dreiköpfiges Direktorium. Jetzt ist aber der Magistrat bei der am Freitag vorgenommenen Wahl des Direktoriums den damals vorgebrachten Wünschen wenigstens so weit gerecht geworden, daß er zum Verwaltungsdirektor der neuen Anstalt nicht einen Juristen, sondern doch einen Arzt ausersehen hat. Der Geheimregeringrat D. H. Müller vom Reichsgesundheitsamt, dem der Magistrat dieses Amt übertragen will, ist Arzt. Er ist nicht das, was jener Vorschlag einer einheitlichen ärztlichen Leitung des Birchow-Krankenhauses als selbstverständlich voraussetzte: ein Fachmann, der die beiden anderen Direktoren weit überragt und mit Recht die oberste Leitung beanspruchen dürfte. Aber man darf von diesem künftigen Verwaltungsdirektor der neuen Krankenanstalt wohl das Eine erwarten, daß er eben doch mehr als ein bloßer „Verwaltungsbeamter“ sein wird.

Die preussische Versammlungsfreiheit. Von anarchistischer Seite war am Sonntag eine Volksversammlung nach dem Böhmisches Brauhause einberufen worden mit der Tagesordnung: Die geschichtliche Bedeutung der Märzämpfe. Am Sonnabendabend erhielt der Einberufer Oskar Rüdiger vom Polizeipräsidenten, Abteilung VII, ein Schreiben, worin ihm kurz und bündig mitgeteilt wird: „Die von Ihnen für den 19. März mittags 12 Uhr nach dem Böhmisches Brauhause in der Landsberger Allee angemeldete öffentliche Versammlung wird hierdurch, weil strafgesetzwidrigen Zwecken dienend, verboten.“ — Die Versammlungsbefugnisse, welche am Sonntag erschienen, fanden den Saal geschlossen und wurden durch Polizeibeamte zurückgewiesen.

Das ist ein durch nichts begründeter Eingriff in das Versammlungsfreiheit. Die mag nur die Polizei zu der kühnen Behauptung kommen, daß die Versammlung, von der sie noch nichts weiter wußte, als daß sie einberufen war, strafgesetzwidrigen Zwecken dienen soll? Die Bepresung der geschichtlichen Bedeutung der Märzämpfe läuft doch dem Strafgesetz nicht zuwider. Der wahre Grund des Verbotes kann nur der sein: Die Polizei will nicht, daß Leute, die sie zu den Anarchisten rechnet, von dem allen Staatsbürgern zustehenden Versammlungsfreiheit Gebrauch machen.

Der Direktor des Justizhauses in Roabit, Major a. D. Ernst Zilligus, ist Sonntag, 69 Jahre alt, gestorben. Er führte die Direktion seit dem 1. Juli 1892.

In der Angelegenheit der Neuen freien Volksbühne

erhalten wir von dem Vorsitzenden Herrn Dr. Josef Etlinger eine Zuschrift, in der auseinandergesetzt wird, daß es gelungen sei, für die Schiller-Feier den Hofkapellmeister Dr. Richard Strauß zu interessieren. Es konnte nur das Philharmonische Orchester in Betracht kommen, da bei diesem eine einzige Probe genüge, man Herrn Strauß aber nicht zumuten konnte, ein kleines Privatorchester besonders einzustellen. Das Philharmonische Orchester sei aber durch bestimmte Verträge gehalten, nur in der Philharmonie respektive in der Singakademie zu spielen. Diese sei aber für das geplante Fest zu klein gewesen. Weiter schreibt Herr Dr. Etlinger:

Nach alledem waren wir vor die Alternative gestellt, entweder auf eine Feier in dem großen Stil und der künstlerischen Höhe, wie wir sie planten, zu verzichten oder die Philharmonie zu nehmen. Wir entschlossen uns für das letztere in festen Vertrauen darauf, daß unser Antrag auf Aufhebung des Voylotts in Anbetracht der vielseitigen Unterstützung, die er fand, bei der Lokalkommission ohne Schwierigkeit durchgehen würde, denn irgend ein erkennbarer Grund für Aufrechterhaltung der vor vielen Jahren unter längst erledigten Voraussetzungen verhängten Saalsperre schien nicht mehr vorhanden. Wir haben dann ordnungsgemäß den erforderlichen Antrag gestellt, den die Lokalkommission ohne Angabe irgend eines haltbaren Grundes rundweg ablehnen zu müssen glaubte. Denn was in dem Antwortschreiben der Kommission angeführt wurde, war keine Begründung, die wir gelten lassen konnten. Wir hatten als Vertretung eines Vereins von 6000 Mitgliedern ein Recht darauf, daß man uns für die Ablehnung eines so stark unterstützten Antrages wenigstens einen gewichtigeren Grund nannte, als die bloße Befürchtung, einer oder der andere Saalhaber „könnte“ dann seine Unterschrift zurückziehen. Ob das tatsächlich geschehen wäre, hätte man ja zunächst einmal abwarten können. Daß wir aber das Gelingen einer groß gedachten, mit vieler Mühe vorbereiteten künstlerischen Veranstaltung nicht an einer derart schwach und dünn begründeten Ablehnung unseres Antrages scheitern lassen wollten, mag uns verdenken, wer will.“

Herr Dr. Etlinger behauptet dann ferner, daß die Neue freie Volksbühne den ordnungsmäßigen Weg zur Aufhebung des Philharmonie-Voylotts beschritten habe, bevor sie sich dem Beschluß der Lokalkommission widersetzte. Darüber und über die Anschauung, daß kein Disziplinbruch begangen sei, dürften denn doch sehr viele Parteigenossen und zwar auch solche, die nicht zu den „Bananen“ zählen, anderer Meinung sein.

Im Namen der Dreierliste der Neuen freien Volksbühne erhalten wir noch von Herrn Kaufhold die Mitteilung, daß die gesamte Ordnerchaft sich mit dem Vorstande in der vorliegenden Frage einverstanden erklärt habe; Tatsache sei nur, daß in der in Frage kommenden Sitzung zwei oder drei Ordner das Bedenken geäußert hätten, eine Nichtbeachtung des Philharmonie-Voylotts könne den Verein schädigen. Lediglich deshalb hätten sie gegen den Antrag gestimmt. Das Flugblatt des Herrn Rest habe dem allergrößten Teil der Ordner vorgelesen und sei von diesen gebilligt worden. Da die Herren von der Neuen freien Volksbühne auf die Veröffentlichung dieser Mitteilungen Wert zu legen scheinen, so geben wir sie hiermit den Parteigenossen zur Kenntnis.

Die Lokalkommission sendet uns in dieser Angelegenheit noch folgende Zuschrift zur Veröffentlichung zu:

In der Frage des Philharmonie-Voylotts, den Herr Rest als Geschäftsführer der Neuen freien Volksbühne in dem am Sonnabend im „Vorwärts“ erwähnten Flugblatt für seine Organisation als hinfällig betrachtet, haben wir, um Mißdeutungen vorzubeugen, folgendes zu erklären: Nachdem unserem Parteigenossen Rott von der Lokalkommission zu Ohren gekommen war, daß die Neue freie Volksbühne in der Philharmonie eine Schiller-Feier veranstalten will, wurde Herr Rest zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Lokalkommission gebeten. Hier führte Herr Rest an, daß man es in der Philharmonie ausschließlich mit einem Kunstinstitut zu tun habe, daß in der Lokalfrage nicht in Betracht komme und daß daher ohne weiteres frei zu geben wäre. Darauf wurde Herrn Rest erwidert, daß die Beschlässe der parteigenössigen Körperchaften in Lokalangelegenheiten auch der Philharmonie gegenüber bestehen und daß die Neue freie Volksbühne, vorausgesetzt, daß sie sich überhaupt als proletarische Organisation fühle, keine Ausnahme für sich beanspruchen könne. Die Lokalkommission hätte selbstverständlich nichts dagegen, daß die Neue freie Volksbühne allein oder in Gemeinschaft mit anderen Vereinigungen die Aufhebung des Voylotts zu verwirklichen suche, aber dies müsse auf ordnungsmäßigem Wege geschehen. Da ein Beschluß auf Aufhebung des Voylotts von der Partei aber zurzeit nicht gefaßt sei, so könne die Lokalkommission gar nicht anders, als die Parteibeschlässe vertreten und zur Geltung bringen. Die Antwort des Herrn Rest war, daß für die Neue freie Volksbühne zuerst die Kunst und dann die Sozialdemokratie in Betracht komme und daß der Verein auf keinen

Fall von seinem Vorjahr abgehe; der Beschluß der Lokalkommission könne ausfallen wie er wolle. Mit vier gegen zwei Stimmen habe der Vorstand der Neuen freien Volkshöhe beschlossen, in der Aufhebung des Philharmonie-Voylotts den Anfang zu machen und dabei werde es bleiben. Der Lokalkommission blieb nach dieser Erklärung nichts übrig als Herrn Rest auf die Folgen aufmerksam zu machen, die aus dieser Haltung für die Neue freie Volkshöhe entstehen könnten. Soweit die besondere Erwähnung des Parteigenossen Rott in dem Flugblatt des Herrn Rest in Frage kommt, sollte dieser Herr als Leiter eines Vereins doch wohl wissen, daß Rott nichts getan hat, als ihm die Beschlüsse der parteigenösslichen Körperschaften bekannt zu geben und daher die von Herrn Rest beliebte persönliche Verunglimpfung in jeder Hinsicht unzulässig war. Die Lokalkommission.

Einen schrecklichen Mord und Selbstmord sollte der Tischler Maschinsky aus der Ragbacht. 25 nach Zeitungsmeldungen begangen haben. Es wurde berichtet, daß der Tischler infolge ehelicher Jervwürfnisse mit seinem zweijährigen Sohn nach Hamburg gereist sei und dort am Alterster sich und sein Kind durch Revolvergeschosse getötet habe. Die Leichen seien in der Alster aufgefischt worden. Wie uns berichtet wird, ist die ganze Nachricht unwahr. Das Kind hat Maschinsky in Pflege gegeben, er selbst aber ist am Leben und arbeitet auf einem Bau in der Tegelerstraße.

Dem Wert des „vorschriftsmäßigen Patriotismus“ erhält die Öffentlichkeit durch eine „Streifgeschicht“, die jetzt beigelegt ist, einen Begriff. Wir berichten vor kurzem von einer Verfügung der Berliner Schuldeputation, die sich gegen die Weigerung einzelner Lehrkräfte richtete, am Geburtstage des Kaisers den Schülern patriotische Reden zu halten. In der letzten Sitzung des Staatsausschusses kam diese Verfügung zur Sprache. Die Verfügung ist, wie die „Volk-Zeitung“ meldet, aus folgender Ursache erlassen worden: Im Frühjahr 1903 sei bekannt geworden, daß Gemeindevorsteherinnen sich weigerten, die Ansprachen an ihre Schülerinnen zu halten, „weil sie nicht so hoch bezahlt würden wie die Lehrer.“ (!) Darauf sei bereits eine Verfügung vom 7. März v. J. erlassen worden. Zu Anfang dieses Jahres hätten nun mehrere Rektororen angezeigt, daß die Festfeier ausfallen müßte, weil keine Redner zur Verfügung ständen: „Nachdem die Lehrerinnen sich geweigert hätten, die Ansprache bei dem Fest zu halten, sei auch von den Lehrern erklärt worden, daß sie nicht reden würden.“ Diese „Zustände“ hätten die Verfügung vom 30. Januar d. J. veranlaßt.

Kein Geld, kein Schweizer! lautet ein altes Sprichwort. Nach dem hier berichteten Geschehnis mag man den Wert des vorschriftsmäßig in den Schulen verpönten Patriotismus bemessen.

Graf Pückler hat den Berliner Staub von seinen Füßen geschüttelt: er will sich vom politischen Leben zurückziehen und in Klein-Tschirne seinen Kohl bauen. Nachdem ihm das geistlich bedenkliche polizeiliche Redewort die Abhaltung von Versammlungen in Berlin unmöglich gemacht hatte, wollte er seine Ideen in Flugblättern unter das Volk bringen. Eine dieser „ungehaltenen Reden“ ist auch in kleiner Auflage verbreitet worden. Der Ton seiner weiteren Flugblätter wurde aber so temperamentvoll, daß selbst der Buchdruckerbestzer Müßling, der bisher die Reden des Grafen verbreitet hatte, den Druck ablehnte. Das hat den Grafen verschmüpft. Er erklärte seine Freunde für schlappe Kerls, die sich vor ein paar Jahren Gefängnis fürchteten.

In Sachen der städtischen Straßenbahnen hatten Oberbürgermeister Rischner, Stadtbaurat Krause und Stadtrat Ramsdau am Sonntag eine Audienz beim Kaiser. Nach dem „Lokal-Anzeiger“ gab der Monarch seiner Gemüthsart darüber Ausdruck, daß die Stadt Berlin ein so bedeutendes Werk unternehmen wolle, um an ihrem Teil an der Lösung der dringenden Verkehrsfragen mitzuwirken. Daß der Kaiser diese Lösung hauptsächlich in Schnellverkehr und demnach in unterirdischen Bahnanlagen erblickt, kam nach dem erwähnten Blatt zu deutlichem Ausdruck. Auch ließ sich der Monarch die Entwürfe für die geplanten Gassen- und Speicheranlagen am Stralauer Anger erläutern. Endlich wurden dem Kaiser einige Zeichnungen unterbreitet, die sich auf den Pariser Platz beziehen. Hier sollen einige neue Inselperrons geschaffen und mit Kandelabern geschmückt werden.

Schwere Beschuldigungen gegen einen bekannten hiesigen Kaffeehaus-Besitzer erhebt das Fachorgan der Café-Angestellten. Der Betreffende wird der Vergeßlichkeit einer 18jährigen Angestellten, deren Name genannt wird, und anderer Sitlichkeitsverbrechen beschuldigt. Eine frühere Aufsatzsammlung soll, von dem Cafetier verfaßt, Selbstmord begangen haben. Die Frau des Cafetiers wird gleichzeitig des wiederholten Diebstahls und des Hundstreichs bezichtigt und dabei betont, daß die letztgenannten Beschuldigungen bereits vor einiger Zeit öffentlich erhoben worden sind, die von den Beschuldigten in Aussicht gestellte Verleumdungsklage jedoch bisher nicht eingereicht wurde. Gleichzeitig wird der Verein der Cafetiers aufgefordert, den Beschuldigten, der ihm als Mitglied angehört, seiner Ämter zu entsetzen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß einer Droschke mit einem Straßenbahnwagen fand gestern gegen 1/1 Uhr in der Friedrichstraße, Ecke der Französischenstraße statt. Das Pferd der Taxameterdroschke Nr. 717 war schon geworden und jagte, von der Leipzigerstraße kommend, die Friedrichstraße entlang. An der Französischenstraße wollte das Tier, über welches der Kutscher jede Herrschaft verloren hatte, einem die Friedrichstraße kreuzenden Straßenbahnzug der Linie 61 ausweichen und bog kurz vor demselben seitlich ab. Das Pferd rannte gegen die Hinterplattform des Anhängewagens, wobei die Droschke gegen die Perronwand geschleudert wurde. Der Anprall war so heftig, daß das Pferd auf der Stelle tot zusammenbrach. Die Insassen des Taxameters, die in der Georgenstr. 20/21 wohnhafte Frau Alara Köhne, deren Dienstmädchen und zweijährige Tochterchen, wurden auf den Straßenrand geschleudert. Frau K. erlitt einen Schädelbruch und wurde nach der königl. Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Das Dienstmädchen und das Kind blieben unversehrt. An der Droschke wurden die beiden Scheerbäume sowie die beiden Vorderräder zerbrochen, an dem Bahnwagen die Plattform eingedrückt.

Eine Gesellschaft von fünf Durchen ist unter dem Verdachte des Straßenraubes festgenommen worden. In der Nacht zum 28. v. Mts. kam ein Kaufmann K. aus Rummelsburg in eine Schankwirtschaft zu Lichtberg, in der sich fünf Durchen sehr laut machten. Er gab ihnen einiges zum Besten und nahm an ihrem überfülligen Treiben teil. Endlich versuchte einer der Gäste, ein Arbeiter Oswald Rehwald, die Ladenkasse zu plündern. Als ihm das nicht gelang, verließen alle fünf das Lokal. Bald ging auch K. In der Nähe der Wirtschaft, wo die Niederbarnimerstraße nicht beleuchtet war, lauerten die Durchen ihn auf, fielen über ihn her, warfen ihn zu Boden und nahmen ihm alles ab, was er bei sich hatte, ein Portemonnaie und ein Messer. Aus Mangel, daß das Portemonnaie nur noch wenig enthielt, mißhandelten sie den Ueberfallenen schwer durch Faustschläge und Fußtritte und ergriffen dann die Flucht. Nach und nach fanden sich die Regeler in Anzeihen wieder zusammen und sprachen auch über den Vorfall, als sie glaubten, daß wohl Gras darüber gewachsen sei. Nachdem die Kriminalpolizei auf diese Weise eine Spur bekommen hatte, ermittelte sie als die Täter die Arbeiter Oswald Rehwald, Albert Wölz, Karl Meißel, Wilhelm Konigly und Wilhelm Späcker und nahm diese gestern fest.

Einen schrecklichen Selbstmordversuch machte die 29 Jahre alte Frau des Tischlers Widniewski aus der Färstentwaderstraße. Sie verlor am letzten Weihnachtsfeste ihren einzigen Sohn durch den Tod und ist seitdem tiefmüthig geworden. Gestern besuchte sie das Grab ihres Liebblings. Während dann abends ihr Mann bei einem Kinnackbar war, begoß sie sich im Schlafzimmer ihre Kleider mit Spiritus und zündete sie auf dem Leibe an. Im selben Augenblick hällte eine große Flamme die Unglückliche ein. Auf ihre Hilferufe eilte ihr Mann und die Nachbarn herbei und erstickten das Feuer. Die Lebensmüde war aber an Brust und Hals schon so schwer verbrannt, daß man sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen mußte.

Als Kriegervereinshaus ist am Sonntag der „Eiseller“ in der Chausseest. 88 eingeweiht worden. Ein Festzug mit Fahnen, wie er Arbeiter selbstverständlich nicht gestattet wird, bewegte sich von der Johanniskirche nach dem neuen Institut. Nach einer Ansprache des Geschäftsführers, Generalmajor z. D. Bartels, soll das Haus den nach Berlin entlassenen Reservisten eine Stätte sein, wo sie jederzeit Rat und Hilfe finden können. Ob die Herren Krieger im sozialdemokratischen Berlin das Haus erhalten können, wenn sie auf hohem Pferd bleiben und den Saal der Arbeiterkraft zu Versammlungsort verweigern — das muß die Zukunft lehren. Das katholische Leo-Hospiz redet da eine warnende Geschichte.

Der Berliner Frühjahrsjahrmarkt findet vom Mittwoch, den 22. d. Mts., bis Sonnabend abend, den 25. d. Mts., wieder im Südwesten Berlins, vor dem Galleischen Thor, in der Gneisenau-, Baruther-, Yorke-, Großbeerstraße und den die Gneisenaustraße durchschneidenden Straßen: Rostiz-, Solms-, Jossener-, Mittenwalder-, Schleiermacherstraße statt. Der Aufbau der Jahrmarktsbuden beginnt bereits Dienstag.

Großfeuer kam am Sonntag nachmittag um 6 Uhr in Moabit im Kriminalgericht auf noch nicht aufgeklärte Weise zum Ausbruch. Das Feuer wurde erst bemerkt, als es schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Als der 15. Löscharzug als erster an der Brandstelle erschien, stand der Keller schon vollständig in Flammen. Das Vordringen der Feuerwehr war infolge der enormen Qualm- und Wärmewirkung und Hitze sehr erschwert. Brandmeister Hammer ließ sofort zwei Schlauchleitungen von Dampfspritzen und zwei von Hydranten vornehmen und mit aller Energie Wasser geben. Der Leiter der Feuerwehr Brandinspektor Reinhardt erschien persönlich an der Brandstelle, um Anordnungen zu treffen. Nach dreistündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abdrücken. Der Schaden ist bedeutend, da mehrere Keller total ausgebrannt sind.

Feuerbericht. Sonntagvormittag wurde die Wehr nach der Französischenstr. 57/58 gerufen, weil dort in einem Keller Feuer entstanden war, das Körbe, Kisten und allerlei Verpackungsmaterialien ergriffen hatte. Der 19. Löscharzug hatte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Ein zweiter Kellerbrand mußte dann in der Chausseest. 44 abgelöscht werden. Ein Posten Sägepläne hatte am Weidenweg 61 Feuer gefangen, während in der Pützstr. 16 Wäscheputze und Kleider in Brand geraten waren. In beiden Fällen konnte die Gefahr bald beseitigt werden. — In der Leipzigerstr. 122 brannte dann im Dachraum des rechten Seitenflügels die Schaldecke und Balkenlage. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 48 Stunden aus der Wehrstr. 18 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren durchweg auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Das Belle Alliance-Theater kam am Sonnabend mit einer französischen Neuigkeit, an der drei Autoren, nämlich Lepelletier, Decourcelle und Kanroff herumgearbeitet haben. Das Stück heißt „Die Rote“ und ist klassifiziert als Sensationskomödie aus dem Pariser Nachleben. Diese Komödie, in der es Mord und Totschlag nach Noten gibt, soll in einem Pariser Theater 500 mal mit großem Erfolge aufgeführt worden sein. Eine solche Zukunft hätte ihr in Berlin vielleicht noch vor 50 Jahren gewinkt; aber seitdem ist man hier von der Freude an Verbrecherromanen und Schauerdramen zurückgekommen. Wenn die Pariser sich wirklich an dem törichtsten Zeug der genannten drei Autoren fünfzehnhundertmal erheitert haben sollten, dann sind sie zu bedauern. Dem Berliner Publikum gereicht es zur Anerkennung, daß es an dem Stück nichts ernst nahm als die Bezeichnung Komödie und daher um so mehr lachte, je trübsünder die Handlung wurde. Der Diktator aber können wir den Vorwurf nicht ersparen, daß sie der vortrefflichen Künstlerarbeit unter ihrem Regime Aufgeben zugemutet hat, vor denen das Offenb-Theater in seiner schimmigen Zeit zurückgefallen wäre. Man denke sich Bogena Grabsky als sentimentale Strahndienerin, die sechs Ate hindurch ihr verlorenes Kind sucht und schließlich, als sie das arme sterbende Wesen in ihren Armen hält, sich großmüthig den Berichten stellt, um so einem unschuldig wegen Mordes bestrafte die Ehre wiederzugeben. Es ist ja das Recht einer Possenbühne, Geschmacklosigkeiten zu verüben, aber das soll stets mit lachendem Munde geschehen.

Theater. Maria Popischil wird, wie die Direktion des Schiller-Theaters bekannt gibt, nur an drei Abenden auftreten: am 21., 22. und 24. März im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) als Weiba in Grillparzers gleichnamigen Trauerspiel. Eine Fortsetzung des Gastspiels ist durch die Verpflichtungen der Tragödin unmöglich. — Carl Weiß-Theater. Das fünfaktige Lebensbild „Der schmale Weg“ wird am Dienstag erstmalig in Szene gehen. Der Schluß des Abends bildet das Melodrama von Rob. Schuhmann: „Frauen-Liebe und Leben“, verbunden mit lebenden Prachtgemälden und Kunstgesang, arrangiert von Alfred Lux.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Die Stadtverordneten-Versammlung erledigte gestern die Feststellung der diesjährigen letzten Etats mit Ausnahme des Etats der allgemeinen Verwaltung. Zunächst wurden beim Baueetat (Tiefbauverwaltung) für einen Landmesser die Diäten von 4000 M. auf 3000 M. herabgesetzt.

Bei der Kanalbau-Verwaltung bemängelt der Stadtv. Kuznizki die Ungerechtigkeit der Erhebung der Gebühren von den Hausbesitzern. Man könnte durch die Einführung eines anderen Modus, wie er z. B. in Charlottenburg üblich ist, den bisherigen hohen Zuschuß in einen Ueberschuß verwandeln, wenn die Kanalbeiträge nach der Nutzungswert der Grundstücke erhoben werden. Der Stadtbaurat Berger stellte eine derartige, bereits in der Vorbereitung befindliche Aenderung in Aussicht.

Im Kapital- und Schuldenetat fand sich nichts zu erörtern.

Der in der vorigen Sitzung zurückgestellte Antrag betreffend die Schaffung von Stadtratsstellen stand wieder zur Tagesordnung. Vom Ausschuss war der Magistratsvorlage in bezug auf zwei unbesoldete und eine besoldete Stadtratsstelle zugestimmt worden mit der Bedingung, daß in der Ausschreibung hervorgehoben werde, daß die Befähigung zum höheren Justizdienst nicht durchaus erforderlich sei. Bezüglich der letzteren hatte sich der Magistrat auf die Befähigung mit einer juristisch gebildeten Person festgelegt, da durch die Niederlegung des Armendezerats seitens des bisherigen Inhabers, Stadtrats Rätzel, sich diese Befähigung als notwendig erweise. — Seitens der Sozialdemokraten war zum Ausschuhentwurf der Zusatz gestellt worden, „daß Bewerber sich in sozialpolitischer und praktischer Beziehung bereits bewährt haben“. — Daß in der ganzen Angelegenheit sich bereits Dinge vollzogen haben, die scheinbar das Tageslicht scheuen, beweist die durch den Stadtrat Wankenstein angeführte Personenfrage, so daß hier die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. (Wir werden über das Resultat morgen berichten.)

Eine längere Debatte zeitigte die vom Ausschuss zurückgelassene Vorlage, betreffend den Neubau der Realschule und der höheren Töchterschule. Nach dem Anschlag belaufen sich die Kosten für erstere auf 690 000 M., für letztere auf 883 000 M. Geplant sind diese Anstalten auf dem von der Gemeinde vor laum einem Jahre für 800 000 M. erworbenen, 7400 Quadratmeter großen Areal am Barbarossaplatz in der Eisenacherstraße. Daß seitens der städtischen Verwaltung hier ein Prunkgebäude errichtet werden soll, scheint nach den Ausführungen und Verbesserungsvorschlägen einer Anzahl Redner nicht ausgeschlossen, nur ändern möchte man an dem Projekt nichts mehr, um endlich diese Sache einmal zur Erledigung zu bringen. Die Magistratsvorlage verlangte Jodann zur Annahme, nachdem die Bauperiode bis zum Oktober 1906 in Aussicht genommen war.

Der Verein der Beamten der Stadtgemeinde hatte in einer Petition beantragt, einen „angemessenen“ Betrag

zur Unterfütterung hilfssbedürftigen Beamten bereitzustellen. Bisher hatte dieses Bewilligungsrecht die Stadtverordneten-Versammlung allein für sich ausgeübt und diesem formen einen vorjährigen Antrag auf Einstellung von 5000 M. mit Recht abgelehnt. — Unseren Standpunkt vertrat Stadtv. Genosse Hoffmann. Er verweist die Beamten auf die Selbsthilfe, wie es auch andere Berufsvereinigungen tun, denn durch Abtreibung des Bewilligungsrechts an den Magistrat für Unterfütterungen verliere die Verwaltung jede Kontrolle. — Die meisten Redner sprachen sich ebenfalls für Ablehnung der Position und des Ausschuhentwurfes, der dieselbe dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen möchte, aus, die denn auch gegen 7 Stimmen erfolgte. Zur Anfertigung eines im Stadtv.ordneten-Saal anzubringenden Bildes für den verstorbenen früheren Stadtv.ordneten-Vorsitzer Gustav Müller wurden nach einem Antrage des Magistrats die erforderlichen Mittel in Höhe von 3000 M. an Honorar und 500 M. für Beschaffung eines Rahmens bewilligt.

Schmargendorf.

Achtuhr-Ladenschluß. Mehrere Geschäftsinhaber haben beim Regierungspräsidenten beantragt, den Achtuhr-Ladenschluß für Schmargendorf anzuordnen. Diese Anordnung kann nur erfolgen, wenn zwei Drittel der Interessenten ihr Einverständnis erklären. Eine Liste der beteiligten Geschäftsinhaber liegt vom 29. März bis 11. April im Amtsbureau aus. Hoffentlich findet dieser verständige Vorschlag die genügende Majorität, obwohl einige Kaufleute, die dem alten Schlandrian nicht glauben entsagen zu können, sich dagegen sträuben.

Armenkommission. Wegen Verzuges nach außerhalb hat unser Parteigenosse P. D. Iij sein Amt als Revier-Armenpfleger für den 4. Bezirk niedergelegt. Publiz ist der einzige mit einem kommunalen Ehrenamt betraute Sozialdemokrat gewesen. Eine Ersatzwahl wird von der Gemeindevertretung demnächst vorgenommen werden. Hoffentlich tritt wieder ein Vertreter der Arbeiterkraft an die Stelle unseres Parteigenossen.

Nowawes-Neudorf.

Eine heilsame Lehre dürfte der Baumtänzer Schultze in Neudorf erfahren haben. Sch. hat sich schon öfter Verstöße gegen die Bauordnung zuschulden kommen lassen, indem er seine Bauten nicht den genehmigten Zeichnungen entsprechend ausführte. Die Geldstrafen, mit denen er belegt worden war, standen aber nicht im Verhältnis zu den Vorteilen, die er durch seine eigenmächtige Handlungsweise erzielte. Vor kurzem nun hatte er vor seinem großen Wohnhause an der Bälow- und Schulstraßenecke, vor dem nach der Bauordnung, die für diesen Ortsteil gilt, ein Vorgarten hergerichtet werden muß, eine Veranda gebaut, welche zu einem „besseren“ Restaurant benutzt werden sollte, ohne hierfür die erforderliche Erlaubnis zu besitzen. Wegen eines Entschlusses der hiesigen Baubehörde, die Veranda wieder abzureißen, legte er Berufung beim Bezirksausschuß ein, welcher dieselbe aber verworfen. Darauf wandte sich der Hausbesitzer beschwerdeführend an den Minister, worauf sich beim Amtsvorsteher der Entscheidung eingegangen ist, daß die Verfügung der hiesigen Baubehörde zu Recht bestehen bleibt. Danach ist also Herr Schultze gezwungen, die kostspielige Veranda wieder abzureißen und den Platz in einen Vorgarten umzuwandeln.

Ein Einbruchversuch wurde am hellen Tage am Sonnabend in dem Einwohnerr Hause am Kirchplatz in Nowawes ausgeführt. Als die in dem Hause wohnende Frau Eick in der Mittagsstunde von einem Gange zurückkehrte, bemerkte sie, daß das Korridorfenster zerbrochen war. Während sie sich noch bemühte, daselbe zu öffnen, ging der Sohn des Hausbesizers nach dem Boden und fand dort einen fein gekleideten Menschen im Alter von ca. 25 Jahren, der, als er sich entdeckte, die Treppe hinunter lief und hinaus-eilte. Der Flüchtling wurde in einem Gartengrundstücke festgenommen, wo er erschöpft zusammengebrochen war. Bei seiner behördlichen Vernehmung gab er an, ein Tischler Wesel zu sein, auf alle übrigen Fragen verteilte er die Auskunft.

Endlich als Leiche aufgefunden wurde bei Waggerarbeiten in der Elbe bei Lauenburg der Bootsmann Rigel aus Glindow bei Werder a. H. Im Herbst vorigen Jahres war er in Gemeinschaft mit dem Dampfschiffbesitzer Ernst Moritz in der Elbe ertrunken, als beide einen in Homburg neugelaufenen Dampfer nach Werder a. H. bringen wollten. Trotzdem bisher die Elbe absuchten, konnten die Leichen nicht gefunden werden, so daß bereits allerlei Gerüchte über den Tod der beiden in Umlauf waren. Voraussichtlich wird die Leiche des Moritz nun auch bald aufgefunden.

Vermischtes.

24 Bergleute ungelommen! Die aus Charleston (West-Virginia) gemeldet wird, sind in der Ausfüllung-Röhre durch eine Explosion zehn Menschen getötet worden. Eine Rettungsabteilung, welche 14 Mann stark in die Grube einfuhr, kam infolge einer zweiten Explosion ebenfalls ums Leben.

Am Genickstarre sind in der vergangenen Woche nach amtlicher Meldung in Königs-Hütte 18 Kinder gestorben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Allotria. — Kritische Randbemerkungen zur Bergarbeiter-Kollekte. Von Anton Dredendek-Dortmund. — Die ungarische Revolution von 1848. Bemerkungen zu Engels' Artikel über Ungarn in der Neuen Rheinischen Zeitung. Von Erwin Szabo. (Schluß). — Neue Reformen der Mächte in Kaledonien. Von Rikard Popowski. — Die jüdischen Anträge im Kaukasus. Von einem Armenier. — Die Generalkonferenzen und der Sozialismus. Von Wilhelm Vossler. — Literarische Rundschau: Der alte Schirmmacher. Die moderne Frauenbewegung, ein geschichtlicher Ueberblick. Von Theresie Schellinger-Göttein. Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Von h. h. — Notizen: Ein Vergeltungsmord an Schillerfest. — r. -Rängen. Konsumvereine und Sozialdemokratie. Von Hermann Heßner. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Marktpreise von Berlin am 18. März. Nach Ermittelungen des Igl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Jentner: Weizen**) gute Sorte 17,40—17,38 M., mittel 17,36—17,34 M., geringe 17,32—17,30 M. Roggen**) gute Sorte 13,70—13,60 M., mittel 13,60—13,50 M., geringe 13,50—13,40 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,10 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,50 M. Hafer**), gute Sorte 16,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,60—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Epfelbohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Weizenroh 4,66—4,32 M. Hafer 9,40—7,30 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schuß 4,20—2,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 20. März 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C		
Stettin	764	SE	2	Schnee	0	Saparanda	767	SE	Schnee	-4	
Hamburg	765	SE	2	Rebel	4	Petersburg	765	SD	1	wolklos	-5
Berlin	763	SE	1	bedekt	4	Szczecin	766	SD	4	bedekt	-9
Kranitz a. M.	766	SE	1	wolklos	5	Wrocław	762	SE	2	bedekt	4
München	768	SE	4	Regen	3	Paris	764	DE	1	wolklos	3
Wien	763	SE	1	Regen	6						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. März 1905. Langsam auflockernd, am Tage etwas wärmer bei schwachen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokrat. Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Restaurateur
Albert Winkelmeier
(wohnhaft Görzingerstr. 37, Stadtbezirk 107b) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes (Eberstraße) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
242/20
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am Sonnabend, den 18. d. M., verstarb unser Mitglied, der Klempner
Julius Horcherl.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Halle des Jüdisch-Apostel-Kirchhofes (Eberstraße) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
238/9
Der Vorstand.

Am 18. d. M. entfiel nach kurzen schweren Leiden meine liebe Schwester und Schwägerin, unsere gute Tante
Witwe Märten
Müllerstr. 24a
im 67. Lebensjahre.
Dies zeigt mit der Bitte um süßes Beileid an
2506
Familie H. Krüger.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachm. 4 Uhr, auf dem alten Marien-Kirchhof am Prenzlauer Tor statt.

Unserem Kollegen und Genossen
Otto Liepe
enden zum heutigen Morgen die drei kleine Tischler und eine Malerkörbe die besten Glückwünsche.
2536
Sein
2475
40jährig. Geschäftsjubiläum
feiert morgen, am 22. März 1906, der Tischlermeister und Vorsitzende der Berliner Möbel-Industriellen, Herr **Gustav Plage**, hier, Lindenstr. 13.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik
von 1937
A. Schulz
Reichenbergerstraße 5
empfeilt Einrichtungen von 240 bis 5000 M. von nur anerkannt gelegener Qualität zu äußerst billigen Preisen.
♦ Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. ♦
♦ Kulanteste Bedingungen. ♦
Telephon: Amt IV 6877.



Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.
Unser altes, treues Mitglied, der Chemiker
Robert Kunst
ist nach langem, schweren Leiden verschieden.
Das Andenken des opferwilligen Genossen werden wir stets in Ehren halten!
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannes-Evangelist-Kirchhofes, Barfußstraße (Müllerstraße) aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Julius Horcherl
am 18. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jüdisch-Apostel-Kirchhofes am Bahnhof Eberstraße aus statt.
Keine Beteiligung erwartet
113/13
Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen wir hiermit allen Bekannten herzlichen Dank.
24702
Die trauernden Hinterbliebenen
Paul Wegner
nebst Sohn und Tochter.

Bekanntmachung
der Orts-Krankenkasse für das Töpfergewerbe zu Berlin.
Laut Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg berechnen sich die Beiträge gemäß § 33 Absatz 4 des Krankenversicherungs-Gesetzes auf Antrag der Ausschussbehörde vom 27. März d. J. ab wie folgt:
1,08 M. wöchentlich für die 1. Klasse
0,87 " " " " 2. " "
0,69 " " " " 3. " "
0,57 " " " " 4. " "
0,42 " " " " 5. " "
Das Krankengeld wird durch nummern entgeltlichen Erlös des Herrn Oberpräsidenten vom 6. Januar d. J. im Betrage der Hälfte der durchschnittlichen Tagelohnsätze unter Berechnung dreier Krankentage für jeden Arbeitstag einschließlich der auf einen solchen fallenden Festtage gewährt.
271,10
Der Vorstand.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zedlitzsee.
(Endstation der „Storn“-Dampfer.)
Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39.
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. *
Ausspannung mit Dampfmaschine, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. *
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 18. d. M. verstarb unser Mitglied, der Restaurateur
Wilhelm Hiller,
Brunnenstr. 150.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Elisabeth-Kirchhof in der Prinzen-Allee statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
247/1
Der Vorstand.

Nach kurzen schweren Leiden entfiel am Sonntag, den 19. d. M., meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tante
Anna Schubert
im 57. Lebensjahre. 2465
Dies zeigt tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Grüner Weg 63, aus nach dem Lazarus-Kirchhofe in Wilhelmshagen statt.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Straße 2.
Kranz-Stränge, Rahmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Hygienische
Artikel,
Sanitäre Bedarfsartikel,
Gummiwaren etc. v. Prof. und Aerzten vielfach empfohlen.
Apotheker S. Schweitzer's
Fabrik hygienischer Präparate,
Berlin O. 27, Holzmarktstr. 70.

Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabake,
Zigaretten: Josetti, Garbaty, Phänomen etc.
H. Preuss
Swinemünderstr. 66, 1. Etage.
Bekannt, billigste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer.
Spezialität: **Pre-Ussina-Zigaretten.**
Tel. III 6949

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 87/9*
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Kinderwagen - Kuhlicke
Berlins größtes
Spezial-Geschäft
Hauptlager:
Neue Königstr. 43
2. Lager:
Königgrätzerstr. 84
Kinderwagen,
Kinder-Sportwagen,
Kinder-Bettstellen.
Riesen-Auswahl. Spottbillige Preise.



Restaurant
Wilh. Bury, Lindenstr. 3,
2. Hof parterre
empfehlen sein 21642*
Großes Vereinszimmer
(bis 120 Personen) für Werkstätten-Versammlungen und Vereine. Vorzügliche Speisen und Getränke.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“
(nicht Schloß) direkt an Chaussee u. Platanen, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken zu Dampferpartien und Ausflügen per Bahn, Fuhrturen usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Feiertagen zu Vereinsfestlichkeiten zur Verfügung.
24382*
Friedr. Saewert, Fernsprecher: Amt Erkner No. 49.

Konkursmassen-Ausverkauf!
Die aus der Konkursmasse **Robert Hermann & Co.** erstandenen Waren, bestehend aus:
Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch-, Bett- und Steppdecken, Möbelstoffen,
kommen zu fabelhaft billigen, fest taxierten Preisen zum Ausverkauf:
91/9*
Spandauerstr. 65-67, 1. Etage.
Verkaufszeit 9-1, 3-8 Uhr.

Wer selbst Stoff
hat, fertige eleganten Anzug oder Paletot mit guten Fasern
für 25 Mark.
Bandelow, Schneidermeister,
Wallstr. 65, I.

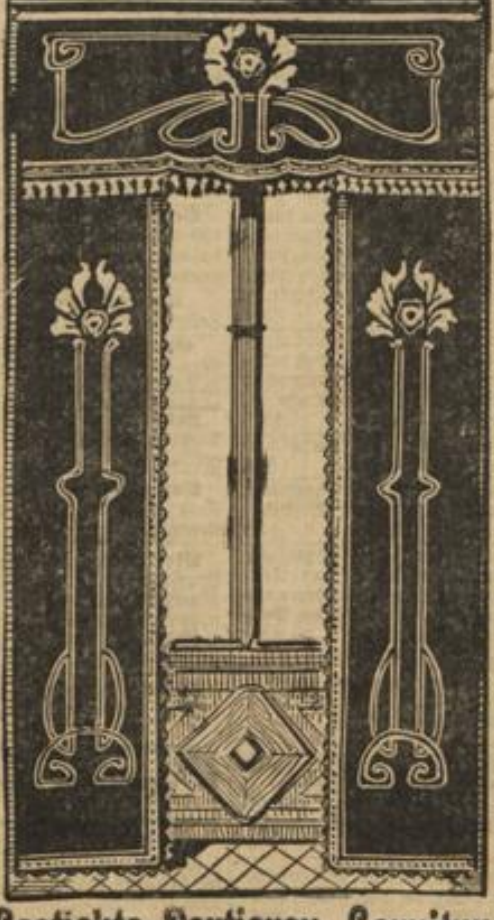
Berlin SO. 16.
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Grosshandlung u. Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen.
Zigaretten (Garbaty, Josetti usw.)
Amt 4, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Büchling. — 20 Pf.
In Berlin:
Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Oves-Apothek, Barnimstr. 33.
In Breslau: 1637L*
Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34.
!! Von 36 Mk. an !!
Hefere Herrenanzug, ohne Konfurrenz, neueste Muster, nur reines Stoff, feinste Zutaten, 2 Anproben. Für guten Stoff bekam goldene Medaille **Ludwig Engel**, Prenzlauerstraße 23 II (Alexanderplatz).
Gegründet 1892. Großes Fachlager. *

Fr. Hahn,

Gegründet 1825
BERLIN C²⁵
Alexanderplatz H.

Sonder-Angebot.
Prima Velour-Plüsch-Teppiche
(kein Axminstergewebe)
Größe 135x200 174x235 200x300 235,365 300/400
Sonstiger Preis 17,50 26,50 40,00 70,00 100,00
Sonder-Preis 13,65 20,75 32,00 54,00 72,50
II. Serie 135x200 174x235
11,00 17,50
Gobelin-Tischdecken
(moderne Empire-Zeichnung)
Größe 145x145 Sonstiger Preis 4,00 **Sonder-Preis 2,85**
Mohair-Plüsch-Tischdecken
mit reicher Stickerei
Größe 150x150 Sonstiger Preis 12,50 **Sonder-Preis 8,90**
Chaiselongue-Decken
(reiches Blumenmuster)
Sonstiger Preis 7,50 **Sonder-Preis 5,35**



Sonder-Angebot.
Engl. Tüll-Gardinen
(Reliefgewebe)
weiß oder creme, Flügelgröße 130x310
Das Fenster (2 Flügel) Sonstiger Preis 5,20 **Sonder-Preis 3,65**
Engl. Tüll-Erker-Stores
(Reliefgewebe)
weiß oder creme
Größe 100x350 Sonstiger Preis 3,50 **Sonder-Preis 2,75**
Größe 150x350 Sonstiger Preis 5,00 **Sonder-Preis 3,75**
Größe 200x350 Sonstiger Preis 8,25 **Sonder-Preis 6,15**

Der neue Katalog für
Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten
wird auf Wunsch zugesandt
(kostenlos und portofrei).

Gestickte Portieren-Garnitur
bordeaux oder oliv
aus Leinen-Plüsch Sonstiger Preis 10,75, **Sonder-Preis 7,70**
aus Filztuch Sonstiger Preis 6,75, **Sonder-Preis 5,00**

Anlässlich der am 21. März nachmittags 5 Uhr beginnenden Ausstellung in der Zentral-Markthalle I (am Alexanderplatz) wird seitens der Standinhaber der Vormittags-Verkauf an diesem Tage bereits um 11 Uhr eingestellt.

I. Nahrungsmittel-Ausstellung
in der
Zentral-Markthalle I (am Alexanderplatz)
21. bis 24. März 1905.
Geöffnet bis 1 Uhr und von 5 bis 6 Uhr.
Eintritt frei.

Chaiselongue „TipTop“
D. R. G.
Chr. Haufler,
Alte Schönhauserstr. 5.
Bettstühle v. 24,50 an
Bettsofas
ein- auch zweischläfrig.
Chaisol-Bett „Herbert“ v. 17 Mk.
an, mit Bettbehälter bis 65 Mk.
Reiche Auswahl
in Metall-Bettstellen.
Sport- u. Kinderwagen
zu billigen Preisen.

Kuffeke's Kinder-mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörungen.
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Tor.

Anzüge nach Maß von 25 Mk. an. Schneidermeister.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckt Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Pflanzhaus Weidenweg neu-
zeilen, spottbilliger Gardinenverkauf,
Wäscheverkauf. 145
Spottbilliger Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken, Pflanzhaus
Weidenweg neuzeilen. 145
Spottbilliger Ausverkauf ver-
fallener Pflanzhäuser, Restverkauf,
Weidenweg neuzeilen. 45
Bekanntmachung! Empfehlens-
werte Einkaufsquelle ist Pflanzhaus
Weidenweg neuzeilen. 145
Spottbilliger Bettdeckenverkauf, Zell-
ulster, einseitig, zweischläfrig, Pflanz-
haus Weidenweg neuzeilen. 145
Garderoben, Tischdecken, Regu-
latoren, Freischwinger, Schmuckkästen,
spottbillig Pflanzhaus Weidenweg
neuzeilen. Verkaufzeit gleichgültiger
Ladenöffnung. 145
Pflanzhaus, Küstnerplatz 7, vor-
tellhafte Einkaufsquelle für Betten,
Gardinen, Teppiche, Steppdecken,
Tischdecken, Böden, Wanduhren,
Tischuhren, Ketten, Anzüge, Hosen,
Schmuckkästen etc. 1042
Ausbau! Teppiche, Gardinen,
Vorhänge, Steppdecken, Betten, Tisch-
decken, Stores, Remontoiruhren,
Regulatoren, Uhrenten, Anzüge,
Operngläser, Spiegel, Bilder, spott-
billig Pflanzhaus Weidenweg neuzeilen.
Teilhaltung! Teppiche, Betten,
Gardinen, Steppdecken, Vorhänge,
Tischdecken, Regulatoren, Freischwinger,
Remontoiruhren, Uhrenten, Opern-
gläser, Spiegel, Bilder, Möbel, Pflanz-
garnituren spottbillig Pflanzhaus Weidenweg
neuzeilen. 912
Spottbillig! Teppiche, Gardinen,
Stores, Vorhänge, Steppdecken, Tisch-
decken, Anzüge, Sommerkleider,
Remontoiruhren, Regulatoren, Uhren-
ten, Spiegel, Bilder, Möbel Pflanz-
haus Weidenweg neuzeilen. 913
Achtung! Pflanzhäuser.
Deckbett, Unterbett, Kissen mit
glattrotem Anlett, zusammen 10,50,
nur (Pflanzhaus) Andreasstraße 38.
Kor-fra gestrichenes Deckbett, Unter-
bett, 2 Kissen 18,00, Andreasstraße 38.
Sommerkleider, Sommerkleider, Deck-
bett, Unterbett, 2 Kissen 27,00, großes
Laken, Stuhl 1,00, Pflanzhaus, An-
dreasstraße 38, elektrische nach
überall. 4172
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 497
Hochbornsche Herrenhosen aus
schönen Stoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag,
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21. Keine Mäntel. 3052
Hochlegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark, Verkauf Sonnabend und Son-
ntag, Verkaufshaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Mäntel. 3052
Abfüllerpumpen 6-100,00,
Pumpen, Filter 2,50 an, Gebrauchte
Schläuche billig. Werkzeuge leih-
weise. Abends bis 9, auch Sonntags.
Woll, Pumpenfabrik, Adreßstraße 51.
Zentralpflanzhaus Jägerstraße 70,
Verkauf für Damenanzüge, moderne
Frühjahrs-Decken, Capes, Kostüme,
Kleider, neu und getragen, sehr
preiswert. 1906
Teppiche! (Lehrstühle) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brünn, Odeons-
platz 4, Bahnhofstraße. 142/12
Gardinen-Ausverkauf wegen Haus-
abzug, Stores, Tischdecken, Point-
laced enorm billig! Gardinen-
Verkaufshaus Kaufstraße 36, Dön-
hoffplatz. 3942
Reichgeschickte Vorhänge, Filz-
tuch, 4,50, Wolltücher 5,25, Plüsch 8,85,
ganze Dekoration. Inventur-
Räumungsverkauf. Teppichhaus Emil
Lehmann, Oranienstraße 158. 2802
Betten, Stand 11 Mark, zwei-
schläfrig 18 Mark, Gubenstraße 3,
Pflanzhaus. 753
Inventur-Verkauf! spottbilliger
Restverkauf, Pflanzhaus Emil
Lehmann, Oranienstraße 158. 2802
Garnitur mit Seidenplüsch-Ein-
fassung, Tischdecken, Plüschdekoration,
wenig gebraucht, Tischdecken, Aufbe-
hänger, reich gearbeitet, billig! Bal-
constraße 33, Hof, Quergebäude. 3052
Wohnmagazin Meyer, Invaliden-
straße 38, liefert Möbel, einzeln und
ganze Einrichtungen, billige und
beste Ausführung, auf Wunsch Teil-
zahlung. 3072
Große Dimanden 4,25, Karo-
mani doppelseitig 7,50, Pa. Plüsch
20,00, Inventur-Verkauf! Teppich-
haus Lehmann, Oranienstraße 158.
Möbelfabrik Oranienstraße 58,
am Kochplatz, direkt Fabrikgebäude,
kein Laden, Wegen Aufgabe der
Lieferungen an Wiederverkäufer gebe
ich direkt an Privatleute zu beden-
kenswertesten Preisen folgendes:
Kleiderständer 23, Schlafsofa 20, Chaisel-
ongue 17, Bettstelle mit Matratze 19,
Truhen 30, Kuschelstühle 27, Bancel-
sofa 50, Plüschsofa 42, Das 25-jährige
Bestehen meines Geschäftes bürgt für
Rechtlichkeit. Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern. Teilzahlung ge-
stattet. 3032
Möbelfabrik liefert geschmack-
volle Wohnungseinrichtungen sowie
einzelne Möbel. Moderne Küchen,
Große Auswahl. Kein Laden, nur
Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung,
Kartenzahlung, Aufschub, Dresdener-
straße 124. 3602
Teppiche, Möbel. Ich habe wie-
der aus verschiedenen Fabriken große
Partien neuer Möbel, Teppiche, Decken,
Stores, Vorhänge, Uhren, Bilder,
Kronen so spottbillig eingekauft, wie
dieselben in den Fabriken nicht können
bezogen werden. Ich verkaufe des-
halb jetzt zu extra billigen Preisen
ganze Wohnungen-Einrichtungen,
Salonzimmer, Herrenzimmer, Speise-
zimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer,
Küchenmöbel sowie einzelne Möbel-
stücke, Sofas, Stühle, Tischstühle, Salon-
stühle, Schreibtische 20,00, Kasten-
schränke, Kleiderkästen, Veritabils,
Säulentrüme, Kassetten 30,00,
Salongarnituren Plüsch und Seide,
Bancelsofa, Schlafsofa, Bettstellen,
Tische, Stühle, Tischstühle, Aufbe-
hänger mit prachtvoller Dimandende-
cke 22,50, Küchenmöbel, ertragreiche Salon-
teppiche, Speisezimmer-Teppiche 18,00,
Zimmerteppiche (von 8,00 an bis zu
allergrößten Saalteppichen, Gardinen,
Spiegel, 5,00, Dimanden,
reichgeschickte Lebergardinen, Stepp-
decken, Plüschdecken 4,00, Silber
mit hocheleganten Rahmen, Salon-
uhren, Speisezimmer-, Salonkronen,
niele Gelegenheitskäufe. Biele, Auf-
hängelampe, Nierenstraße 25, im großen
Möbeldepot, an der Hochbahnstation
Nierenstraße. Zur Ration und zum
schnellen Verkauf übernehme ganze
Wirtschaften, Warenlager, Kontur-
massen zu kulantesten Bedingungen.
Brauereien, Pensionate mache be-
sonders aufmerksam. 3052
Sofa, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt im Fabrik-
Küchenstraße 35b. 3622
Patentmatratzen Staubfrei-
(Müller's Patent) liefert jeder Tape-
zierer, jeder Möbelhändler. 3032
Kinderwagen, Kinderbettchen,
Sportwagen, gebrauchte, zurückge-
kauft, spottbillig. Schneider, Kur-
fürstenstraße 172. 2506
Wirtschafts-Einrichtungen,
Mischel, Kammern, Wäse, Küchene-
Biegel, Buttermaschinen usw.
billig! Jordan, Richardstraße 21.
Piano, vorzüglich erhalten, ver-
kauft billig! Schirm, Richardstraße 51.
Teppiche mit farbigen Flecken, Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 437
Fahrräder, Teilzahlungen. In-
validenstraße 148 (Eingang Berg-
straße), Große Frankfurterstraße 58,
Eckstraße 40. 3672
Radfahrer! Fahrräder, neu und
gebraucht, kauft man am reichsten
und billigsten in dem ältesten Fahr-
radgeschäft von Max Jabel, Richard-
straße 19a, Oranienstraße 19a. Schläuche
von 2,50, Mäntel von 3,50 an. Ju-
bententeile in großer Auswahl. Eigene
Reparaturwerkstatt und große
Reparaturwerkstatt mit elektrischem
Betrieb. 3022
Neu eröffnet! Nähmaschinen, All-
zweckmaschinen 4,00, Neue Nähmaschinen.
Diese Maschine hohe Vergütung sämt-
licher Systeme ohne Anzahlung,
Bohle 1 Mark, Postkarte genügt.
Frankfurterallee 10 am Ring-
bahnhof, Nähmaschinen sämtlicher
Systeme, ohne Anzahlung, Bohle 1,00,
Postkarte genügt. 142
Wringmaschinen, Hinzuschäler,
Nähmaschinen, Feder, Schwannens,
beste Ware. Teilzahlung gestattet.
Postkarte, Kottbus, Eckstraße 108.
Bronzenströmer! dreifachmündig!
6,00, Gaszylinder 9,00, Salon-
strömer 15,00, Gaszylinder 1/2,
Schalenströmer spottbillig, Juwel-
schneider 3,00, Wollwäcker, Woll-
wäckerstraße 32 (Waschhofgebäude). 3072
Uhr als Angabe erhält Käufer einer
Nähmaschine ohne Anzahlung, Bohle
1,00, gebrauchte 12,00, Kassen-
straße 60/61, Große Frankfurter-
straße 43, Preyslaerstraße 59/60.
Herren-Garderobe nach Maß,
saubere Arbeit, großes Stofflager,
Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft
beim Handwerker, lässt den Hand-
werker verdienen. Teilzahlung ge-
stattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109.
Wasserkraft, Mühlendamm, für
Blutarm, Kräfte, Schwäche,
Gewichtszunahme, bessere Gesichts-
farbe, abnehmend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2, Tonne 3,50, erfrische,
Nicht Glasflaschen, Qualität ent-
scheidet. Vork-Kellerer, Ringler,
Bernauerstraße 119. 3712
Steppdecken billig! Hebril Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 437
Reparatur, gangbares Geschäft,
zum Inventarpreis zu verkaufen,
Dollbergstraße 7, 2. Etage. 712
Reparaturgeschäft, langjährig
in letzter Hand, mit Saal, großem
Vereinsszimmer und schönem großen
Parkgarten mit Regalbau ist wegen
schwerer Erkrankung der Frau jetzt
billig zu verkaufen. Zu erfragen bei
Littin, Wenzelstraße 67. 4212
Tischlerwerkstatt, solide alte
Kundschäft, Zentrum, verzugshalber
veräußert, „Eritenz“ Briefpostamt,
Königsstraße. 3072
Kundschäft, große Kund-
schäft, mit kleinem anderen Geschäft
zu verkaufen. Berlin W., Reitel-
straße 5. 1116
Möbelsätze von 6,00 an,
Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen
von 1,50 an, Gehrockanzüge von
12,00 an, Preis von 2,50 an. Neue
Garderobe zu kulantesten billigen
Preisen, sowie aus Pflanzhaus ver-
fallene Sachen. Kaj. Kuladstraße 14.
Betten 17,00, Möbel, Dresdener-
straße 38. 2506
Unterhaltenes Küchenspind, Küchensch-
rank, moderner Anrichtwagen billig.
Kanz. Schweinmörderstraße 12, III.
Fahrrad, wenig gebraucht, billig
zu verkaufen. Thielemann, Schwein-
mörderstraße 71. 1107
Vermietungskontor sofort billig
zu übernehmen. Lange, Kürnberg-
straße 4. 2442
Schlafsofa, gut erhalten, 10,00,
Kaufpreis 3,00, zwei Stuhl, verkauft
Schrei, Brandenburgstraße 48. 2402
Sandwagen 12,00, Hüß, Ritter-
straße 110. 2402
Metallbetten, zwei hochlegante,
100,00, Kinderbettstelle 21,00, Sport-
wagen hellblauer, Gummiräder, 11,00,
Ritterstraße 112 II. 2362
Wunderbarerweise sind es kein
elektrisches Licht, keine Messinghaken,
keine Spiegelhaken, welche den
solofolien Aufhängung verursacht haben,
sondern nur die rechte Brille,
beste Ware, ordentliche Verarbeitung,
nobler Bedienung und feste Preise führen
der Firma Hermann Schlegler
täglich neue Kunden zu. 3022
Restauration, solofolien Bau-
gegen, großer Betrieb, nur un-
terhalb der Decke, oder verpackt
werden. Schöneberg, Sedanstraße 71,
Kagelstraße. 1116
Kanarienvogel 6,00, Vorkäufer
Seilerstr. 148, Schloßplatz 2. 948
Nähmaschinen ohne Anzahlung,
10,00 Vergütung Postkarte, Breitholz,
Reichenbergerstraße 181. 176
Nähmaschinen ohne Anzahlung,
vergütet noch bis 10,00, nur Teil-
zahlung Nähmaschine kauft oder nach-
weist. Bohle 1,00, alle Systeme. Post-
karte, Borchert, Bornsdorferstr. 50. 752
Nahagoni! Möbel, Kleiderständer,
Bettsofa, Spiegelständer, Spiegel,
Küchenschrank, Sofa, Sofa, Schlaf-
sofa, Kleiderständer, modern,
Weidenweg 4, vorn II. 433
Vorratlos in Betten, alles
gangbares, Veränderungshalber zu
verkaufen. Kaufmann erteilt Berner,
Teilzahlungen, Mittenwalder-
straße 30. 2502
Kleiderständer, Bettsofa, Kleiderständer,
Schlafsofa, billig, verkauft Juch, Pflanz-
hausstraße 33. 154
Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Koffer, Redolier,
Teppiche, Uhren, Goldschmuck, Kessel,
spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.
Kesselfächer, Operngläser, Kess-
zeuge, Regulatoren, Freischwinger,
Harmonikas, Feigen, Silber, Betten,
Teppiche, spottbillig. Lude, Oranien-
straße 131. 2342
Zelten wiederkehrende Gelegen-
heit! Raumangene elegantes
Tischensofa 42,00, Vorkäufer 3,00,
Salongarnitur 75,00, großer Truhen-
schrank 33,00, Salonisch 13,00, Küchenschrank
spottbillig, eichenturnierte Küch-
schänke 40,00, komplette nagelneu
Küchenschänke 34,00, verschiedenes
jedem Preise. Pelebergerstraße 14,
Kellnerstr. 2572
Möbel-Gelegenheit, 8 Zimmer,
Salongarnitur, Kleiderständer, Bettsofa
35,00, Kuschelstühle, Steppdecken,
Teppiche 5,00, Gardinen, Stores,
Kleiderständer 126 a, I. 2552
Möbelverkauf in meiner Möbelfab-
rik! Verkauf 80/81, nahe Spittel-
markt. Anfolge des großen Umsatzs
bestehen sich an Lager viele zurück-
gelehrt und verließen genehmigte Möbel,
die wie neu sind, Kleiderständer,
Bettsofa 27,00, Kuschelstühle 16, Tisch-
bettstelle mit Federmatratze und
Kleiderschrank 36, Tischsofa 50, Bancel-
sofa 70, Tischstühle 20, Ruhe-
bett 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 94/5
Sprachen, Deutsch, Französisch,
Englisch, Lehrinstitut Richardstraße 25.
Vatikanwall Damman, Kat in
Vatikanischen Oranienstraße 57, Markt-
platz. 1116
Hunde-Krankheiten Spezial-
Behandlung, Tierarzt Schilling, Köpen-
ickerstraße 9, Poliklinik montags 9-11,
4-5, Sonntags nur vormittags. 8
Fahrer! Brunnenstraße 116.
Teilzahlung, Anfertigung eleganter
Herren-Garderobe, Karcus,
Landsbergerstraße 75. 8082
Nähmaschinenreparaturen wer-
den schnell und billig in meiner
eigenen Werkstatt ausgeführt. Teil-
mann, Gollnowstraße 26, nahe der
Landsbergerstraße. 2222
Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze
4,00, auch auf dem Hause. Baumann,
Blumenstraße 35b. 2632
Pflanzhaus, Pringelstraße 63,
täglich 9-9, Sonntags bis 2. 3622
Pflanzhaus, Schönhauserallee 35,
Frankfurterstraße-Ge. 762
Pflanzhaus Heinersdorferstraße 13,
Ecke Grolschstraße, 8 bis 1.
3 bis 7. 1482
Pflanzhaus Markstraße 27. 2002
Platinabfall kauft Juwelier
Lindenstraße 103. 2142
Bereinsäle (Bühnen) zu Fest-
lichkeiten und Versammlungen etc.
Oster-Festtage sowie Sonnabende
und Sonntags noch frei! Komman-
dantenstraße 72 (Klubhaus). 4192
Bereinszimmer 25, 40, Saal
150 Personen, Piano, zwei Regel-
bahnen, vergibt Adami, Alte Jakob-
straße 83. 3642
Anzüge jeder Art macht billig
Löffingerstraße 111, Lokal. 2402
Großes Vereinszimmer mit
Piano noch einige Tage zu vergeben
Hollnack, Brangelstraße 136. 2812
Taubenland verpachtet Kirmse,
Liedow, Eisenstraße 37, Quer-
gebäude IV. 2302
Aufpolierung, Matratze 4,00,
Sofa 5,00, Koffe, Neue König-
straße 2. 947
Platinabfälle, alte Goldschmuck,
Schmuck, Silber, Gebisse, alte Uhren,
Platinabfälle, Redolier, Schokoladen-
papier, Pflanzhaus, Branten kauft
Goldschmuck, Brangelstraße 4,
Hermannstraße IV, 6052. 94/5
Möbel, Fuhrer, Anzüge billig,
Wüller, Müllerstraße 55a. 2622
Vermietungen.
Werkstattgebäude, parterre und
1. Etage, mit Heizung und Gas,
für kleineren Betrieb, 30 Mark, Eisen-
bahnstraße 20. 1192
Geschäftsführer-Gesuch.
Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein mit allen Zweigen des Zeitungs-
wesens durchwegs vertrauter Geschäftsführer gesucht. Baldiger Eintritt ist
erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 1. April, mit Angabe des bisherigen
Bürostandes, der Gehaltsansprüche usw., unter der Aufschrift N. 1 an
die Expedition des „Vorwärts“ einzuliefern. 24112
Zu verschiedenen kleineren Firmen den
Zeitungs- und nicht bewilligt haben,
besteht die Dankbarkeit für Ihre
Billigkeit und ist auf Verlangen vor-
zusetzen. Es muß also jeder Journalist
arbeiten, der auf Renten beschäftigt
ist, eine gelbe Aktienpapiere Marke
haben.
Die Kommission
der Jalousiearbeiter.
Achtung! Bauarbeiter.
Die Firma Gost & Co.,
Kurfürstenstraße 146 und
Alexandrienerstr. 105 bis 106
ist für Rahmenmacher, Tischler, Po-
lierer, Glaser, Vergolder und Buch-
binder geserrt.
Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Schmelzer, Gesangshumorist,
Stettinstraße 57. 1107
Eisholz, Komiker, Groß-
straße 7. 13992
Vollsänger, Gesellschaft Lewan-
dowsch, Beuststraße 28. 1882
Tischschneider, spottbillig, gut-
gelehrt, schnell, geübt, Reparaturen,
Reparaturen, Garderobereinigung,
sucht Kundschäft. Ebert, Frucht-
straße 46. 754
Stellenangebote.
Zuche einen Klavierspieler für
Sonnabend und Sonntag, Dergelob,
Ramlersstraße 32. 1107
Gesanglehrer verlangt Weihen-
straße 58, Weinert. Freitag
9 Uhr. 1133
Graveurlehrling verlangt Wolter,
Kommandantenstraße 58. 2522
Hängel, Poliererei, sucht Auf-
schlag, Berlin SW., Wilhelm-
straße 131/32. 94/1
Hängel, Zusammensteller, sucht Auf-
schlag, Berlin W., Kurfürsten-
straße 146/47. 94/3
Zelbständiger Schlosser auf seine
Kotoren (auch Weirahmaturen) ge-
sucht. Rinn, Kotoren-Gesellschaft,
Siemensstraße 12. 780
Wärgebühler verlangt (dauernd)
Schwemer, Bohnstraße 24. 121
Goldbildhauer, Lehrling verlangt
Röhler, Rammelsstraße 50. 121
Werkenschneider, Gottward, Koll-
straße 48, Quergebäude I. 2612
Waldschlufen, Kleiderständer mit
Probearbeit, sucht Eugen Peifer,
Kronenstraße 31. 2312
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Sie suchen sofort
2-3 Schrifthauer
gegen tarifmäßigen Lohn, aber nur
beste Arbeiter sollen sich melden.
A. Macher & Co.,
Kaiser-Friedrichs-Druckerei Weg.
Provisions-
Reisende, bei Gastwirten und
Tischlergeschäften gut eingeführt,
werden für deutsche Kraft verlangt.
Kopernikusstr. 11. 2542
Sekretärin gesucht von Schrift-
steller für dauernde
Stellung. Maschinenarbeiten nach
Diktat. Arbeitszeit 10-6 Uhr. Keine
Wohnung, wenn gewünscht. Angebote
unter P. 1 an die Expedition dieser
Zeitung. 2092
Damen Schneider
für Paletots sowie Tailen verlangen
Berliner Betriebswerkstätten, Weller
des Hauses H. Berthel, Leipziger-
straße, III. Etage. 2322
Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter,
Tischler u. Polierer!
In der Pianofabrik von Kössner
bestehen sich die Kollegen noch im
Streit. Der Betrieb ist für sämtliche
Arbeiter gesperrt.
Die Federkommission.
Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius
und Hermann Gembicki,
Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,
befinden sich im Streit. 18/16
Zuzug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.
Die Firma Gost & Co.,
Kurfürstenstraße 146 und
Alexandrienerstr. 105 bis 106
ist für Rahmenmacher, Tischler, Po-
lierer, Glaser, Vergolder und Buch-
binder geserrt.
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Bauarbeiter.
Da verschiedene kleinere Firmen den
Zeitungs- und nicht bewilligt haben,
besteht die Dankbarkeit für Ihre
Billigkeit und ist auf Verlangen vor-
zusetzen. Es muß also jeder Journalist
arbeiten, der auf Renten beschäftigt
ist, eine gelbe Aktienpapiere Marke
haben.
Die Kommission
der Jalousiearbeiter.
Achtung! Bauarbeiter.
Die Firma Gost & Co.,
Kurfürstenstraße 146 und
Alexandrienerstr. 105 bis 106
ist für Rahmenmacher, Tischler, Po-
lierer, Glaser, Vergolder und Buch-
binder geserrt.
Die Ortsverwaltung.

Vermietungen.

Werkstattgebäude, parterre und
1. Etage, mit Heizung und Gas,
für kleineren Betrieb, 30 Mark, Eisen-
bahnstraße 20. 1192

Geschäftsführer-Gesuch.

Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein mit allen Zweigen des Zeitungs-
wesens durchwegs vertrauter Geschäftsführer gesucht. Baldiger Eintritt ist
erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 1. April, mit Angabe des bisherigen
Bürostandes, der Gehaltsansprüche usw., unter der Aufschrift N. 1 an
die Expedition des „Vorwärts“ einzuliefern. 24112

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Schmelzer, Gesangshumorist,
Stettinstraße 57. 1107
Eisholz, Komiker, Groß-
straße 7. 13992
Vollsänger, Gesellschaft Lewan-
dowsch, Beuststraße 28. 1882
Tischschneider, spottbillig, gut-
gelehrt, schnell, geübt, Reparaturen,
Reparaturen, Garderobereinigung,
sucht Kundschäft. Ebert, Frucht-
straße 46. 754
Stellenangebote.
Zuche einen Klavierspieler für
Sonnabend und Sonntag, Dergelob,
Ramlersstraße 32. 1107
Gesanglehrer verlangt Weihen-
straße 58, Weinert. Freitag
9 Uhr. 1133
Graveurlehrling verlangt Wolter,
Kommandantenstraße 58. 2522
Hängel, Poliererei, sucht Auf-
schlag, Berlin SW., Wilhelm-
straße 131/32. 94/1
Hängel, Zusammensteller, sucht Auf-
schlag, Berlin W., Kurfürsten-
straße 146/47. 94/3
Zelbständiger Schlosser auf seine
Kotoren (auch Weirahmaturen) ge-
sucht. Rinn, Kotoren-Gesellschaft,
Siemensstraße 12. 780
Wärgebühler verlangt (dauernd)
Schwemer, Bohnstraße 24. 121
Goldbildhauer, Lehrling verlangt
Röhler, Rammelsstraße 50. 121
Werkenschneider, Gottward, Koll-
straße 48, Quergebäude I. 2612
Waldschlufen, Kleiderständer mit
Probearbeit, sucht Eugen Peifer,
Kronenstraße 31. 2312

Vermietungen.

Werkstattgebäude, parterre und
1. Etage, mit Heizung und Gas,
für kleineren Betrieb, 30 Mark, Eisen-
bahnstraße 20. 1192

Geschäftsführer-Gesuch.

Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein mit allen Zweigen des Zeitungs-
wesens durchwegs vertrauter Geschäftsführer gesucht. Baldiger Eintritt ist
erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 1. April, mit Angabe des bisherigen
Bürostandes, der Gehaltsansprüche usw., unter der Aufschrift N. 1 an
die Expedition des „Vorwärts“ einzuliefern. 24112

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Schmelzer, Gesangshumorist,
Stettinstraße 57. 1107
Eisholz, Komiker, Groß-
straße 7. 13992
Vollsänger, Gesellschaft Lewan-
dowsch, Beuststraße 28. 1882
Tischschneider, spottbillig, gut-
gelehrt, schnell, geübt, Reparaturen,
Reparaturen, Garderobereinigung,
sucht Kundschäft. Ebert, Frucht-
straße 46. 754
Stellenangebote.
Zuche einen Klavierspieler für
Sonnabend und Sonntag, Dergelob,
Ramlersstraße 32. 1107
Gesanglehrer verlangt Weihen-
straße 58, Weinert. Freitag
9 Uhr. 1133
Graveurlehrling verlangt Wolter,
Kommandantenstraße 58. 2522
Hängel, Poliererei, sucht Auf-
schlag, Berlin SW., Wilhelm-
straße 131/32. 94/1
Hängel, Zusammensteller, sucht Auf-
schlag, Berlin W., Kurfürsten-
straße 146/47. 94/3
Zelbständiger Schlosser auf seine
Kotoren (auch Weirahmaturen) ge-
sucht. Rinn, Kotoren-Gesellschaft,
Siemensstraße 12. 780
Wärgebühler verlangt (dauernd)
Schwemer, Bohnstraße 24. 121
Goldbildhauer, Lehrling verlangt
Röhler, Rammelsstraße 50. 121
Werkenschneider, Gottward, Koll-
straße 48, Quergebäude I. 2612
Waldschlufen, Kleiderständer mit
Probearbeit, sucht Eugen Peifer,
Kronenstraße 31. 2312

Vermietungen.

Werkstattgebäude, parterre und
1. Etage, mit Heizung und Gas,
für kleineren Betrieb, 30 Mark, Eisen-
bahnstraße 20. 1192

Geschäftsführer-Gesuch.

Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein mit allen Zweigen des Zeitungs-
wesens durchwegs vertrauter Geschäftsführer gesucht. Baldiger Eintritt ist
erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 1. April, mit Angabe des bisherigen
Bürostandes, der Gehaltsansprüche usw., unter der Aufschrift N. 1 an
die Expedition des „Vorwärts“ einzuliefern. 24112

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Schmelzer, Gesangshumorist,
Stettinstraße 57. 1107
Eisholz, Komiker, Groß-
straße 7. 13992
Vollsänger, Gesellschaft Lewan-
dowsch, Beuststraße 28. 1882
Tischschneider, spottbillig, gut-
gelehrt, schnell, geübt, Reparaturen,
Reparaturen, Garderobereinigung,
sucht Kundschäft. Ebert, Frucht-
straße 46. 754
Stellenangebote.
Zuche einen Klavierspieler für
Sonnabend und Sonntag, Dergelob,
Ramlersstraße 32. 1107
Gesanglehrer verlangt Weihen-
straße 58, Weinert. Freitag
9 Uhr. 1133
Graveurlehrling verlangt Wolter,
Kommandantenstraße 58. 2522
Hängel, Poliererei, sucht Auf-
schlag, Berlin SW., Wilhelm-
straße 131/32. 94/1
Hängel, Zusammensteller, sucht Auf-
schlag, Berlin W., Kurfürsten-
straße 146/47. 94/3
Zelbständiger Schlosser auf seine
Kotoren (auch Weirahmaturen) ge-
sucht. Rinn, Kotoren-Gesellschaft,
Siemensstraße 12. 780
Wärgebühler verlangt (dauernd)
Schwemer, Bohnstraße 24. 121
Goldbildhauer, Lehrling verlangt
Röhler, Rammelsstraße 50. 121
Werkenschneider, Gottward, Koll-
straße 48, Quergebäude I. 2612
Waldschlufen, Kleiderständer mit
Probearbeit, sucht Eugen Peifer,
Kronenstraße 31. 2312

Vermietungen.

Werkstattgebäude, parterre und
1. Etage, mit Heizung und Gas,
für kleineren Betrieb, 30 Mark, Eisen-
bahnstraße 20. 1192

Geschäftsführer-Gesuch.

Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein mit allen Zweigen des Zeitungs-
wesens durchwegs vertrauter Geschäftsführer gesucht. Baldiger Eintritt ist
erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 1. April, mit Angabe des bisherigen
Bürostandes, der Gehaltsansprüche usw., unter der Aufschrift N. 1 an
die Expedition des „Vorwärts“ einzuliefern. 24112